ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

5.

HEFT / MAI 1930

.* FRANKREICHS KAMPF UM EUROPA

ÖRÖK: Neugliederung Südslawiens — TRANSSYL-

ANICUS: Die geistigen Hintergründe der rumänischen

egierung — FECHT: Seemachtsverhältnisse im indo-

pazifischen Raum — WOHLTHAT: Amerikanische

Flottenmanöver

ERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655
unt. ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. *Schriftleitung: Dr. H. J. Rust*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2254

VII. JAHRGANG / HEFT 5 / MAI 1930

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

Erich Obst ..... *Berichterstattung aus Europa und Afrika* 345
Karl Haushofer ..... *Bericht über den indopazifischen Raum* 348
(Der Bericht von Herrn Prof. Maull fällt infolge einer Studienreise nach Makedonien aus)

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK:

* * ..... *Frankreichs Kampf um Europa (Prognose der Weltpolitik II)* 355

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

* *A. Török* ..... *Die neue Gebietseinteilung in Südslawien* 373
Transsylvanicus ..... *Die geistigen Hintergründe der rumänischen Regierung* 381
M. Rudolph, ... *Geopolitische Überseeprobleme des dänischen Staates II* 387
O. Fecht ..... *Die Seemachtsverhältnisse im indopazifischen Raum* 392
H. Wohlthat ..... *Amerikanische Manöver am Panamakanal 1929* 399
C. Schramm ..... *Rechtsbildung und Geopolitik II* 404

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

J. Mendel ..... *Die kommende Weltkraftkonferenz und die Energiewirtschaft der Erde II* 411
K. Saenger ..... *Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung I.* 417

LITERATURBERICHTE:

K. Haushofer ..... *Literaturbericht über den indopazifischen Raum* 419

* *Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben*

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.– / Jahrgang mit Register RM. 25.–

Gebunden RM. 30.— / Register für den Jahrgang RM. 1.— / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. O. *Fecht*, Freiburg i. Br. — Dr. K. *Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — J. *Mendel*, Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 15 — Dr. E. *Obst*, Hannover, Alleestr. 18 — Dr. M. *Rudolph*, Mannheim, Geogr. Institut der Handelshochschule — Dr. H. J. *Rust*, Berlin-Schmargendorf, Berkaer Str. 2 — K. *Saenger*, Präsident des Preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin-Dahlem, Falkenried 10 — Dr. C. *Schramm*, München, Bavaria-Ring 11 — A. *Török*, Kovin, Banat, Jugoslawien — H. *Wohlthat*, Düsseldorf-Oberkassel, Düsseldorfer Str. 45

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD
HOHENZOLLERNDAMM 83

Wie gliedert sich das Ergebnis der Londoner Konferenz in das Weltbild ein, das wir im vorigen Heft als „Prognose der Weltpolitik" zeichneten? Und weiter: Gibt es Rückwirkungen dieser großen weltpolitischen Verschiebungen auf Europas politisches System? Ja — sie sind vorhanden, sind in ihren Ansätzen bereits sichtbar — wie werden sie sich in der nächsten Zeit und für Deutschland auswirken?

Der zweite Aufsatz unseres anonymen Gewährsmannes spinnt diese Fragen in seiner Prognose der Weltpolitik unter dem Titel „Frankreichs europäische Politik" weiter und gelangt zu einer sehr interessanten Voraussage für die europäische Politik bis 1935; Professor *Obsts* Bericht zeigt die unmittelbaren Auswirkungen der augenblicklichen Lage in einer Verstärkung von Deutschlands Position im europäischen Konzert.

Auch Japans Haltung in London war, wie Professor *Haushofer* dartut, durch festländische Verhältnisse bestimmt, und *Fecht* unternimmt es, die Frage zu untersuchen, ob die vereinigten europäischen und nordamerikanischen Seestreitkräfte noch lange den Schutz ihrer Staatsinteressen gegenüber der asiatischen Expansion werden gewährleisten können. In diesem Zusammenhang ist *Wohlthats* Bericht über die amerikanischen Manöver am Panamakanal von besonderem Interesse.

In dem italienisch- französischen Gegensatz spielt die Balkanpolitik eine ausschlaggebende Rolle. Die Aufsätze *Török* und *Transsylvanicus* machen uns mit den innerpolitischen Problemen Südslawiens und Rumäniens bekannt. Sie führen unsere Leser in einen Teil Mitteleuropas, dem Deutschland verstärkte Aufmerksamkeit widmen sollte.

Außerdem sei auf die Fortsetzungen der Aufsätze *Rudolph, Schramm* und *Mendel* aufmerksam gemacht.

Die Schriftleitung

Manuskripte und Besprechungsexemplare
erbitten wir direkt an die Schriftleitung.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Flottenkonferenz und Mitteleuropa. — Mussolinis Mitteleuropapolitik. — Deutschlands Schiedsrichteramt zwischen den lateinischen Schwestern. — Rückgabe Südtirols und Revision des Korridorproblems als Preis? — Frankreichs Annäherung an Deutschland. — Der russisch-westeuropäische Gegensatz. — Stalin bremst. — Stalin und Trotzki. — Keine Klärung in Palästina. — Thronwechsel in Abessinien. — Neue Schwierigkeiten in Ägypten.

Die Flottenkonferenz von London, so kümmerlich ihre Ergebnisse hinsichtlich allgemeiner maritimer Abrüstung sein mögen, hat trotzdem nicht nur für USA., England und Japan, sondern auch für Mitteleuropa erhebliche Bedeutung. Die Schleier, die sonst alle Winkelzüge der hohen Politik sorgsamst verdecken, wurden ein wenig gelüftet, und man gewann einen Einblick in die Vorgänge und Kräfte, die das Leben der Nationen für die nächste Zeit bestimmen. Für Mitteleuropa bedeutet dies in erster Linie eine Verschärfung des französisch-italienischen Gegensatzes. Selbst ein von Amerika und England mitunterzeichneter mediterraner Sicherheitspakt vermag Frankreich nicht von der Forderung abzubringen, daß die französische Flotte unter allen Umständen wesentlich größer sein müsse als die italienische. So stark fühlt man in Paris die Bedrohung Französisch-Nordafrikas durch die „nimmersatte Expansionspolitik" des Faschismus! So klar erkennt man in Frankreich die geopolitische Gefährdung seiner Lebensinteressen durch eine etwa möglich werdende Zerschneidung der französisch-nordafrikanischen Kraftlinien!

Es versteht sich von selbst, daß die Erkenntnis des scheinbar unüberbrückbaren französisch-italienischen Gegensatzes beide Rivalen zu einer gewissen Umstellung ihrer Außenpolitik nötigen muß: man faßt das Kardinalproblem scharf ins Auge und bemüht sich, im Glacisgelände beider Festungen etwa vorhandene Gefahrenmomente durch rechtzeitiges Entgegenkommen zu beseitigen. So beginnt ein vorläufig noch zartes, aber eben doch schon deutlich erkennbares Liebeswerben um diejenigen politischen Raumorganismen, die im Falle einer französisch-italienischen Auseinandersetzung eine gewisse Rolle spielen könnten, d. h. vor allem um Deutschland und die übrigen mitteleuropäischen Staaten. Es berührt in der Tat höchst seltsam, zu beobachten, wie ganz augenscheinlich sowohl Italien als Frankreich bestrebt sind, ihr Verhältnis zu Deutschland besser zu gestalten. Wir haben früher darauf hingewiesen, wie schwierig sich die Verhandlungen zwischen Vatikan und

Quirinal wegen des Nachfolgers für den verstorbenen Fürstbischof Raffl von Brixen gestalteten. Nach der Romreise des österreichischen Bundeskanzlers Schober und der dadurch eingeleiteten italienisch-österreichisch-deutschen Annäherung kommt nun die Nachricht, daß endgültig wieder ein Deutscher, Professor Johannes Geisler, den Bischofsthron von Brixen besteigen wird. Wir geben uns keinen Illusionen darüber hin, daß sich Mussolini etwa um unserer schönen Augen willen zu diesem Entgegenkommen bereitgefunden hat. Der Führer des faschistischen Italien handelt vielmehr sicher auch hier nur in der Richtung jener großen Linie, die ihm angesichts des in London klar zutage getretenen Gegensatzes zu Frankreich einzuschlagen richtig dünkt. In Südtirol, von wo aus diese Zeilen ihren Weg in das Reich antreten, begegnet einem übrigens vielerorts ein Gerücht, das mit allen Vorbehalten doch hier verzeichnet werden möge: man glaubt zu wissen, daß zwischen Rom, Wien und Berlin ernsthafte Verhandlungen über eine gänzliche oder teilweise Rückgabe Südtirols gepflogen würden. Was Großdeutschland als Kompensation leisten soll, wird sehr verschieden angegeben; das Gerücht aber, möglicherweise bloß von Rom ausgestreut, tritt mit aller Bestimmtheit auf und zeigt auch an seinem Teile, daß Italien augenscheinlich bemüht ist, angesichts der Verschärfung seiner Beziehungen zu Frankreich die Nachbarn im Norden versöhnlicher zu stimmen. Ein neuer „Dreibund", freilich mit gänzlich verlagertem Schwergewicht, läge vielleicht wirklich in der Richtung der Mitteleuropa-Politik Mussolinis.

Während so von Rom her die Netze nach Norden geworfen werden, bereitet gleichzeitig auch Frankreich den entsprechenden Frontwechsel vor. Gewiß, man muß vorsichtig sein, denn in gewissen Kreisen herrscht Angst und Furcht vor Deutschland bis heute in so lächerlichem Maße vor, daß Tardieu und Briand darauf Rücksicht nehmen müssen. Der französische Ministerpräsident kündigte infolgedessen anläßlich der Annahme des Youngplanes im Senat eine „Zerstörungsnote" an Deutschland an, deren Inhalt (Schleifung einiger restlicher Forts bei Kehl, einiger Kasematten bei Mainz, 4 Munitionsdepots an verschiedenen Stellen und einiger Schuppen auf Flugplätzen) wohl in der Hauptsache als Beruhigungsmittel für die Rechtsradikalen gedacht war. Im übrigen aber betonte er die Notwendigkeit einer korrekten und schnellen Räumuug der letzten Zonen des besetzten Gebietes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Saarfrage einer beide Teile vollauf befriedigenden Lösung zugeführt werden würde. Deutschland und Frankreich, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet so glücklich ergänzen, sollten auch politisch eine Form freundnachbarlicher Gemeinsamkeit finden. Man ist sich offenbar am Quai d'Orsay durchaus darüber im klaren, daß eine wesentliche Besserung der deutsch-französischen Beziehungen vor allem durch eine von Frankreich geförderte Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen ermöglicht werden kann. Tatsächlich spielt in diesem Sinne der französische Botschafter in Warschau eine große Rolle. Auch hier im Osten unseres Vaterlandes gehen ähnlich wie in Südtirol Gerüchte um, die den Tatsachen bestimmt weit vorauseilen, aber als Aus-

druck der politischen Stimmung immerhin beachtet werden mögen: man will erfahren haben, daß die Polen auf französischen Rat hin einer Aufrollung des Korridorproblems nunmehr geneigt seien, daß womöglich schon die Rückgabe des Weichselkorridors gegen entsprechende Zugeständnisse in Oberschlesien (?) in Aussicht gestellt sei usw. Phantastereien, wird man zunächst sagen, und an diesem Urteil ist gewiß viel Wahres. Ebenso sicher aber darf auf Grund sehr zuverlässiger Information behauptet werden, daß Frankreich jedes Entgegenkommen Italiens gegenüber Deutschland mit äußerster Wachsamkeit verfolgt und bemüht ist, seinen gefürchteten Mittelmeer-Rivalen in Zentraleuropa tunlichst zu übertrumpfen.

Die Problematik unserer geopolitischen Mittellage hat sich also für den Augenblick etwas verschoben. Nicht mehr England und Rußland sind die Pole, deren politische Energien für die allernächste Zukunft entscheidend für unser nationales Schicksal werden, sondern Frankreich und Italien. Wird es Deutschland beschieden sein, den ehrlichen Makler zwischen den beiden lateinischen Schwestern zu spielen und als Lohn dafür wenigstens einen Teil des unerträglichen Unrechts von Versailles aus der Welt zu schaffen? Oder wird Deutschland, wenn sich eine friedliche Lösung des französisch-italienischen Konflikts am Ende als unmöglich erweisen sollte, das Fingerspitzengefühl aufbringen, um im richtigen Moment auf die richtige Karte zu setzen? Das „neue Europa" hat ja doch offenbar höchstens zu einem An- und Ausbau dieses oder jenen Eckchens geführt, nicht zu dem, wonach sich die zukunftsstarke Jugend aller abendländischen Nationen sehnt: einem bis zu den Fundamenten hinabreichenden wirklichen Umbau unter selbstverständlicher Berücksichtigung des historischen Werdeganges und der nationalkulturellen Differenziertheit.

Wir treten nicht nur im physisch-geographischen, sondern auch politisch-geographischen Sinne in eine andere Welt, wenn wir unsere Schritte von Mitteleuropa nach Rußland lenken. In Europa die Unfähigkeit, sich von den Lebensformen einer vergangenen Epoche zu lösen und den Belangen einer neu aufkeimenden Welt im politischen Leben Rechnung zu tragen; in Rußland die Unfähigkeit, den stürmischen Drang zu neuen Lebensformen zu zügeln und in Einklang mit den historisch gegebenen Grundtatsachen zu bringen. Während man über den glücklich zustandegekommenen englisch-russischen Handelsvertrag frohlockt, wachsen die aus der überstürzten Kollektivierung der Bauernwirtschaften entstandenen Schwierigkeiten derart an, daß sich Stalin selbst Anfang April dazu entschloß, einen großen Brems- und Mahnartikel zu veröffentlichen. Stalin geißelt die Anwendung von Gewaltmaßnahmen, die grobschematische Durchführung der Kollektivierung auch in dafür keineswegs reifen Rayons usw. Ob es noch Zeit sein wird, die Sünden der von Stalin selbst inaugurierten Agrarpolitik gutzumachen? Ein großer Teil des Viehbestandes ist von den zur Kollektivwirtschaft gepreßten Bauern kurzerhand abgeschlachtet, das Saatgut zur Aufbringung von Steuern verkauft worden usw. Was soll nun werden? Die Zerschlagung der bäuerlichen Individualwirtschaften ist in dem Lande, wo Gewalt stets vor Recht geht,

gewiß leichter als die Organisation kollektiv arbeitender „Getreidefabriken". Wenn nicht alles täuscht, wird sich in der Agrarpolitik die Durchführung der Produktion nach dem Fünfjahrsplan als schlechthin unmöglich erweisen. Sollte es gar, wie viele fürchten, zu einer neuen großen Hungersnot kommen, dann zieht der Zusammenbruch der russischen Landwirtschaft auch einen solchen der industriellen Erzeugung nach sich, und Rußland steht etwa wieder da, wo es 1921/22 stand. Vielleicht fürchtet Stalin selbst eine solche Entwicklung und sucht deshalb seinen Frieden mit Trotzki, damit in der Stunde ärgster Not nicht auch noch die Linksopposition ihr Haupt erheben kann. Nach Meldungen aus Konstantinopel soll jedenfalls Stalin unter Vermittlung von Radek seinem Todfeinde Trotzki Aussöhnung und Rückkehr nach Moskau angeboten haben.

Für das Verständnis des jüdisch-arabischen Problems ist der Anfang April in London erschienene Bericht der amtlichen britischen Kommission zur Untersuchung der Ursachen, die im August 1929 in Palästina zu so blutigen Ausschreitungen führten, von erheblicher Wichtigkeit. Der tiefwurzelnde Haß zwischen den alteingesessenen Arabern und den jüdischen Einwanderern, die Furcht der Araber, ihr Land zu verlieren und zu Proletariern gemacht zu werden, die ängstliche Sorge, am Ende gar unter die politische Gewalt der Juden zu geraten, alles dies tritt in dem amtlichen Bericht in tausendfältiger Variation entgegen, ohne daß man eine wirklich Erfolg versprechende Möglichkeit sähe, dem unter Aufrechterhaltung der Balfour-Deklaration abzuhelfen. Die Mandatsregierung wird es auch in Zukunft nicht leicht haben, die Ruhe in Palästina zu gewährleisten, ohne so oder so mit den weltpolitischen Zielen der Londoner Staatsführung in Konflikt zu geraten.

Aus Afrika sind wesentliche Ereignisse nicht zu berichten. Welchen Einfluß der Tod der abessinischen Kaiserin und die endgültige Thronbesteigung von Ras Tafari haben mag, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Geopolitisch bedeutungsvoller ist die Reise des ägyptischen Erstministers Naha Pascha nach London. Man hatte mit einem schnellen Abschluß des britisch-ägyptischen Vertrages gerechnet, doch traten wider Erwarten noch Schwierigkeiten ein, weil die Ägypter das Einsetzen eines genauen Termins für den Abzug der Engländer aus Kairo sowie eine Klarstellung des Kondominiums im Sudan verlangen. Wir werden zu gegebener Zeit über den Ausgang der Verhandlungen berichten.

K. Haushofer:

Bericht über den indopazifischen Raum

Indien im Literaturbericht. — Chinesische Wanderströme, Wege und Zahlen — Eisenbahnpolitische Entstehung der mandschurischen Bevölkerungs-Dynamik — Versagen der japanischen Festlandrückversicherungen. — Indopazifische Schatten in der Londoner Tagung — Furtwängler und Gandhi. — Geopolitische Auswertung der japanischen Minseitowahlen. — Stärkefrage des inneren Reichsaufbaues in Japan und Batchelors Ahnenkultrede. — Aufbauleistung im Raume

um Tokio; Wiedererstehungsfeier! — Zerstörungsziffern in Hupe und Kiangsi als chinesische Strukturzerfallsymptome. — Transpazifische Friedensklänge des neuen USA.-Botschafters in Japan. — Asiatische Monroelehre? — Armfreiheit beider pazifischen Seemächte. — Rückwirkung auf Europa und Sowjets. — Überschneidung panpazifischer und panasiatischer Kreise!

Während für die Dynamik auf weite Sicht der indischen Räume unsere Leser diesmal im Literaturbericht einige wertvolle Anhaltspunkte finden — z. B. die 700000 indischen neben 7000 europäischen Eisenbahnern u. a. — sind neuere für China und seine Außenlandschaften nur der Tagespresse und ihrem Nachrichtenspiel zu entnehmen. Darin zeigt sich in den ersten sicheren außenchinesischen Wanderdruckzahlen für 1929, denen von Dairen, ein leises Nachlassen des Einstroms in die Mandschurei, von 527362 (1928) auf 495280 (1929), während die Rückwanderung nach China 1928 nur 199033, 1929 dagegen 271168 Wanderer umfaßte. Der nordchinesische Lokal-, Zu- und Abfluß überwog; das bestätigte die Tatsache, daß der nordchinesische Wanderstrom ganz andere Wege geht, als der zumeist von der Frühindustrialisierung dort im Lande selbst aufgesogene des Yangtsegebiets, und der südwärts abströmende südchinesische Überschuß. Auch darin also zeigt der Ferne Osten eine instinktiv viel mehr rationalisierte, geopolitisch vernünftige Einstellung, während der deutsche Sibirier sinnlos nach Brasilien und Argentinien, der Ungar und Südslave vielfach nach Kanada strebt, also in fremde, zumeist doch ungünstig wirkende Klimalagen. Nur die italienische Auswanderung ist darin der ostasiatischen zu vergleichen, daß sie sich vom Klimainstinkt leiten läßt. Die nordchinesische Ausfahrt ist ausgesprochene Saisonwanderung, mit Wellenspitze im März, Nachspitze im April.

Die ursprünglich eisenbahnpolitische Entstehung der so seltsam kreuzläufigen mandschurischen Bevölkerungsdynamik aus einer chinesischen Preisgabe des leergewanderten Landes, um darin Rußland gegen Japan auszuspielen, aus dem verlorenen „Recht der Eroberung", aus der japanischen Umkehrung, aus den Fehlschlägen von Harriman, dann Straight und Knox us.-amerikanischer Eindrängung —, dies ganze Ränkespiel schilderte am kürzesten Professor Paul Hibbert Clyde in „International rivalries in Manchuria". Ohio State Univ. Preß, 1928. Nun geht der stille russisch-japanische Kampf um die Strecke Kirin—Nordkorea—Ninguta—Sansing, der chinesisch-japanische um die rein chinesischen gleichläufigen Strecken zur südmandschurischen Bahn, der chinesisch-russische um die ganze C. E. R.; aber die vollziehenden Hände müssen aus Shantung und Chili-Hope kommen, und der Hunger treibt sie immer noch scharenweise nordwärts. Japaner und Russen ertrinken schließlich in diesem Strom.

Daß durch die Winterspannungen von 1930 — (zuletzt auf die sowjetrussische Zerstörung des Bauerngefüges, die weitere Machtzersetzung in Nordchina, und die aus beiden Selbstzerstörungserscheinungen drohende Hungersnot zurückzuführen) — die Stellung Japans während der Londoner Flottenrüstungserhaltungskonferenz aufs stärkste beeinflußt wurde, bedarf eines Streifblicks. Es schienen eben einfach alle festländischen Rückversicherungen zu versagen; damit war man auf

ein Kompromiß mit den beiden stärkeren Seemächten angewiesen und noch froh, daß die Sache ohne Gesichtsverlust ausging. Zwei geopolitische Faktoren hatten dazu beigetragen. Der eine war die große örtliche Stärke, aber auch örtliche Küstenempfindlichkeit, die Japan auf der Konferenz nur mit Italien teilte. Der andere war der weise, aus seiner noch vorhandenen Struktureinheit hervorgehende Entschluß des japanischen Volks: seiner augenblicklich entscheidende weltpolitische Fragen verhandelnden Regierung, wer sie auch sei, eine überwältigende Mehrheit zu geben, und — um der inneren Einheit willen —, das Zweiparteiensystem zu verstärken, statt es, wie Deutschland oder Frankreich, auch England aufzulösen; also eher nach dem transpazifischen Muster der Vereinigten Staaten seine Weltmachtgeschäfte weiter zu führen. Das trug viel zu beider Verständigungsmöglichkeit in London bei, die sich wohltätig von der europäischen Zerfahrenheit abhob. Auch sonst fiel der Schatten indopazifischer Verlagerungen in die Londoner Verhandlungen hinein. Die hochgespannte Lage in Indien hat die Nerven des Labour-Kabinetts schwer belastet, so sehr der Vizekönig durch seine Reise in die Nordwest-Grenzgebiete, während Gandhis Salzgewinnungsmärschen, seine Nervenstärke markierte. Für die geistige Haltung zu diesen Vorgängen will uns F. J. Furtwänglers vornehme Auffassung in „Der König der Kuli" (Frkf. Ztg. v. 6. 4. 1930) vorbildlich scheinen. Weder Spott, noch die unmögliche Übertragung bzw. begriffliche Übersetzung in europäische Verhältnisse ist dem wunderlichen Gemisch aus metaphysischer und Realpolitik gegenüber angebracht, sondern nur der taktvolle Versuch des Einfühlens, wie er dort gemacht wird, und die klare Erkenntnis, daß wir nicht den geringsten Grund haben, uns aus kurzsichtigen materiellen Interessen mit fremdem Haß zu beladen.

Das muß hier ausgesprochen werden, weil an verschiedenen deutschen Stellen (Filchner; Nobel u. a.) solche Urteile fallen, und Gegengefühle erzeugen. Der kluge Referent der „Week" weiß, warum er den Schluß einer langen Besprechung des Indienbuches von Nobel in den Wunsch nach etwas mehr Liebe als Schlüssel zum Verständnis ausklingen läßt. Auch F. J. Furtwängler wird gewiß nicht den Schwarzwäldern die „Charka" in die Hand drücken wollen; aber er versucht, die Kraft des Sinnbildes aus dem Zurückgehen auf den Seeleninhalt des indischen Volkes zu erklären. Streik als Abwehr, Boykott, passive Resistenz sind eben tatsächlich in den Monsunländern „uralte Äußerungen ihres" — nicht bloß in der Kaste! — „organisierten Kollektivlebens!" Und nicht nur bei den Indern, sondern auch bei den Chinesen und Japanern! Muß hier daran erinnert werden, daß fast alle Moskauer Ideen unter der Sung-Dynastie von Wang-An Shi mit Billigung zweier Kaiser ein Menschenalter lang probiert worden sind? Daß schon im 13. Jahrhundert die gepreßten chinesischen Seeleute durch Streik die Japan-Eroberungsversuche des gewaltigen Ta-Yüan Herrschers Kublai Khan lahmlegten? Daß in Japan das Harakiri aus verletzter Ehre die gleiche unangenehme Todesart des beleidigenden Vorgesetzten nach sich zog, und so zu einem wirksamsten sozialen Erziehungsmittel zum guten Ton gegen Untergebene wurde?

„Opferwillige, schweigende Kameradschaft" — „als hätten sie die Schule der Gewerkschafter Englands und Deutschlands passiert!" Ist es nicht eine viel größere Schule, auf viel längere Sicht, das verständnisvolle Sich-Hineinfinden in die gewaltigen rythmischen Bedingungen ihres Lebensraums und das Verstehen, daß Ellenbogenenge durch beständiges Geräufe nicht erträglicher wird, und der Einzelne nur ein Glied einer unendlichen, der Zukunft seiner Kinder auf Erden, wie seinen Ahnen verantwortlichen Kette ist? Das halten wir für das große, so lange in Südost-Asien gelöste Geheimnis geopolitischer Raumerkenntnis, das durch alle westlichen übereilten Anpassungen, (auch des Gewerkschafts- und Klassenkampfes) nur gefährdet wird — so gern wir sonst mit Furtwängler übereinstimmen.

Man wird in diesem Zusammenhang zunächst die Tatsache feststellen müssen, daß die zunehmende Wahlrechtsverbreiterung in Japan weder die erwartete wuchernde Fortbildung von Splitterparteien, — als Zünglein an der Waage — brachte, noch das vielfach erhoffte rasche Aufblühen einer wuchtigen Arbeiterpartei, sondern im Gegenteil: eine vermehrte Klärung des Zweiparteienspiels, das England so lange überlegen handhabte. Eine Zahlentafel (Transpazifik, Tokio, 6. 3. 30) zeigt folgende Entwicklung:

	1915	1917	1920	1924	1928	1930
Minseito.....	150	122	111	103	214	273
Seyukai.....	106	162	280	139	216	174
Seyuhonto				139 Spaltg.		
Splitter.....	125	97	73	83	35	19 (5 Lab)

Gewiß spielt Wahlbeeinflussung, wie Handhabung der öffentlichen Meinung in Japan — aber nicht erst seit heute — eine sehr große Rolle; aber doch auch das Fehlen eines proletarischen Gemeinschaftsgefühls im größten Teil des Wahlkörpers, bei aller staatsozialistischen Grundstimmung der Nation. Der Parteisieg ist geopolitisch nebenbei ein Beweis zunehmenden Überwiegens des Urbanismus, des verstädterten Volkselements der Minseito, gegenüber dem ländlichen der Seyukai, aber auch gegen deren Korruptionseinschlag. Gewisse regionale Verankerungen der einst so mächtigen Seyukai bleiben: Jwate-Gau (Haras Geburtsort); die feste Stellung in Kagoshima, der Hauptstadt des Satsuma-Clans (Tokonami) und in Yamaguchi, der Burg des Choshu-Clans; aber die Belastung mit den nacheinander in ihr inkarnierten Clanen war zu schwer für die Partei; die Städte waren stärker. Bedeutet das eine Gefährdung für die Erbwerte, das alte Gefüge des Inselreichs, das erst wieder in London seine Lebenszähigkeit erprobte? Der siegreiche Erstminister stand in der Wahlsiegfreude lächelnd in vollständig altjapanischem Gewand auf dem Balkon eines Stahlhauses! Geht das zusammen? — John Batchelor, der greise Ainuforscher, hat (Transpazifik, 6. 3. 30), Stärken und Gefährdung des Ahnenkults untersucht, des innersten Stahlkerns im japanischen Machtbau; und fast gleichzeitig (27. 2. 30) verriet Takeo Ono mit seinen Mitteilungen über eine kommunistisch, mit vorherrschender Kameradschaftsehe durchorganisierte Teillandschaft im äußersten Norden von Hondo, Higashi Tori Mura bei Tanabu, wie grundverschiedene Zellen in diesem elastischen Staatsbau

Raum finden! Ein Edelkommunist hat also in dem scheinbar so autoritären Kaiserreich eine Stelle, wo er ganz nach seinen Grundsätzen leben kann — freilich muß er ein Fischer sein. „Frage das Alte um das Neue zu wissen" — der von Batchelor zu Beginn zitierte, oft gehörte japanische Volksspruch, und der andre: „Wenn Du Eines hast — weißt Du Zehn" würde zwar augenblicklich in Mitteleuropa wenig Gnade finden; aber im indopazifischen Bereich ist er der Schlüssel zu vielen Rätseln. Gerade der unserer Zeit fast märchenhafte Zusammenhang zwischen den uralten Uji-(Stamm-)Verbänden und Ahnenkulten über die Shintolehre hinweg zum heutigen Staatsgefüge, „als moralischer, sozialer, religiöser, im Alltag noch lebendiger und doch fossiler Seelenzustand, der dem ganzen Unterbau des heutigen nationalen Lebens zugrunde liegt" scheint einem so gründlichen Kenner der Inselrasse „eines der größten nationalen Wunder unserer Zeit, im Bereich der psychischen Erscheinungen."

Schon bei seinem Aufenthalt in Sapporo, während des russisch-japanischen Krieges, ist ihm der elementare Ausbruch dieses Stammverantwortlichkeitsgefühles, dieser Einheitsseelenstimmung aller Stände und Klassen der stärkste Eindruck. Er nennt es „Clan-brotherhood" (Stammbruderschaft), der ganzen Rasse. Die Japaner nennen es „dôbô", Geschwistergefühl. Aber wird es der Verstädterung standhalten? — Batchelor scheint nach seinen Eindrücken in Tokio doch erhebliche Zweifel zu haben. Der alte Missionär begreift aus diesem Grunde die amtlichen Versuche, die Ahnenverehrung und innere Stammgemeinschaftskraft am Leben zu erhalten: das Wesen des Patriarchalischen — eben, was die Sowjets mit allen Mitteln zerschlagen, die Ehrfurcht; Religion im ursprünglichen Sinn. „Die Japaner wissen wohl, daß — solange diese Seelengemeinschaft der Ahnen und Künftigen über die Verantwortung der Gegenwart hinweg in Herz und Gesinnung der Mehrheit besteht, keine Gefahr von außen durch Fremde droht."

Noch vieles wäre aus dieser Uji- und Shinto-Auffassung zu gewinnen, anderes auch aus der Toleranz, mit der hier erfahrene Missionärskunst das Gute aus beiden, wie aus Konfuzianismus und Buddhismus mit weitherzigem Christentum zu vereinen sich müht; anderes wäre aus der gleichen soziologischen Toleranz gegenüber dem kleinen Kommunistenstaat im Staate im Nordostzipfel von Hondo zu lernen: aber wir können hier nur andeuten, aus wie vielen verschiedenen Quellströmen sich gerade bei dieser, im Grunde dem Westen fremdartigsten Lebensform die Erkenntnis bildet.

Die dreitägige Wiedererstehungsfeier von Tokio (24.—26. 3. 30) — nach einer ungeheuren siebenjährigen Aufbauanstrengung seit dem Erdbeben und Brand vom 1. 9. 23 — zwingt zu einem Rückblick auf die, damit bis zum nächsten Erdbeben entschiedene, wichtige geopolitische Frage der richtigen oder falschen Wahl der Kernlandschaft des Inselreiches in seinem gefährlichsten Schütterzentrum! 1333, 1605, 1703, 1855 und 1923 sind an der Stelle der heute wieder glänzend, zeitgemäß mit Stahlskelett und Eisenbeton erneuerten Reichshauptstadt japanische Machtmittelpunkte in Erdbeben, Feuer und Flutwellen mit bedeutenden Teilen

zugrunde gegangen; einmal glitt der Machtschwerpunkt nach Kyoto zurück; 1923 wurde die Frage sehr ernsthaft erwogen, dann aber der Entschluß „Und doch!" gefaßt, und mit einem Aufwand von etwa 1600 Mill. GM. durch den Staat, einem Vielfachen davon durch die Einwohner durchgeführt. 386 000 ha lagen in Asche: zwanzigmal der Brandraum des großen Brandes von London, 4 mal der von Chikago, 3 mal der von San Francisco, wie der „China Expr. & Tel." (27. 3. 30) berechnet; der Verlust an Habe, rund $7^1/_2$ Milliarden GM., war 37 mal der von London, 12 mal der von Chikago, 5 mal der von San Francisco! Viermal hat der zähe Wille der Nation der seismischen Landesnatur getrotzt, nur einmal — das erstemal — nachgegeben. So groß war die greifbare Lagengunst der Shogun-Hauptstadt. Darin liegt Wille zur Größe und Wille zum Sieg über die Natur, Rassenwille über Geopolitik! Und doch zeigen sich die etwa 20%, die wir früher einmal als geopolitischen Erkenntnisfaktor in der sonstigen Willkür politischen Geschehens erkannt zu haben glauben — immerhin der Erforschung, des Nachdenkens wert.

In schroffem Gegensatz zu dieser Erneuerungskraft steht die Selbstzerstörungsarbeit des jungchinesischen Radikalismus, namentlich in Verbindung von altgewohntem Banditentum und neugepredigtem Kommunismus, wie wir ihn nun in Zahlen aus einer der meistgeplagten Landschaften, Hupe, kennenlernen. Es verlor dadurch vom Dezember 1925 bis Dezember 1929 rd. 3 Mill. (28 616 000 Einw. gegen 25 553 000); die Zahlen von Kiangsi, der andern großen Durchgangslandschaft zwischen Yangtse und Kwangtung werden nicht viel besser sein.

(Weitere Zahlen: China Expr. & Tel. London, 3. 4. 1930. S. 226.)

Trotzdem die Nachrichtenfülle über Chinas augenblicklichen Strukturzerfall und Indiens soziale wie wirtschaftliche Spannungen drängt, müssen wir in diesem Bericht auch weiterhin Japan in den Vordergrund stellen.

Denn jenseits des Schattens, den auf der einen Seite die Unsicherheit der südostasiatischen Festlandzustände, andrerseits die kluge Haltung Japans unmittelbar in die Londoner Konferenz warfen, zeichnet sich eine größere gesamtpazifische Möglichkeit ab, die wir aus gleichen Gründen, wie einst in der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" auch heute wenigstens als Möglichkeit zeigen müssen.

Sie bestände in der Verwirklichung der großen Worte, mit denen sich der neue Botschafter der Vereinigten Staaten, William R. Castle, in Tokio eingeführt hatte. (Wichtigster Wortlaut: „Far Eastern Review", Februarnummer 1930, S. 49—50, dazwischen Chinarede des Außenministers Shidehara). Wäre Castle nur ein „Politiker" im landläufigen Sinne, so würden wir — (an breitspuriges Auftreten neuer us-amerikanischer Diplomaten gewöhnt) — die Angelegenheit geopolitisch nicht so ernst nehmen. Aber schon die Wahl fiel auf eine im Pazifik bodenständig gewordene Pflanze, die 1878, zwar von guter Neu-England-Brut (1645), in Hawai, noch als Untertan von König Kalakaua, geboren wurde. Sein Großvater war 1836 nach Hawai gegangen, und hatte die Stelle als Schatzmeister des amerikanischen Missionswesens dort aufgegeben, als dieses sich politisierte! (1842 erstes Hände

weg der USA. — für andere!) Sein Vater war zuerst Generalstaatsanwalt von Hawai, dann Gesandter des vor dem Verschlucktwerden stehenden Inselreichs in Washington, endlich 1893 Annexionskommissär — eine typisch amerikanische Südseelaufbahn. Nun steht der Sohn — noch in Hawai erzogen, und dann unmittelbar nach Harvard auf die Universität gelangt, wo er 1900 in einen richtigen Staatsmannsjahrgang fiel, (Davis: Kriegsminister und Philippinengouverneur; Bliss: argentinischer, Philipps: kanadischer Gesandter, Jay, Curtis), akademisch und publizistisch wohlgeschult —, als transpazifische Friedenstaube da und verkündigt eine Art Monroe-Doktrin von Asien — für Japan! „Gerade so, wie wir glauben wollen, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Festland eine Friedensgewähr ist, — so glauben wir, daß die Macht Japans im Osten — eine Macht, die es der Kraft und vorwärts schauenden Natur seiner Regierung und seines Volkes dankt — zu Ordnung und Fortschritt und Frieden im Westpazifik führt." So hört mans in Tokio gerne!

Es wäre wertvoll genug, den Wortlaut dieser — vor Londoner Spektakel in Mitteleuropa fast unbeachteten — Rede zu bringen, was die neue Raumeinteilung der „Geopolitik" unmöglich macht. Aber der Kern ist das Ergebnis großräumigen, zusammenführenden pazifischen Denkens, im selben Monat, in dem Atlantikpakt und Mittelmeervertrag scheiterten! Es kann zu einer „Kooperation" auf lange Sicht in einem sonst in seiner Ruhe höchst gefährdeten Kraftfeld führen. Freilich kam auch die Armfreiheit der beiden Mächte zutage: „Wenn heute alle Kriegsschiffe der Welt versänken, es würde nicht die nationale Sicherheit von einem von uns gefährden." Korea und die Philippinen würden sich allerdings vielleicht unartig benehmen, vielleicht auch China und die Sowjets rühren; aber für den Kern von US-Amerika und Japan trifft es sicher zu; für die europäischen Flottenmächte nicht; sie würden am andern Tage ihre Koloniallandschaften los!

Bleiben die US-Amerikaner bei dieser transpazifischen Sprache, so können sie auf lange Sicht ein kluges Hinterhandspiel mit Japan zusammen auch auf dem westpazifischen Ufer spielen, mit beiderseits freien, nur durch starke gemeinsame Interessen moralisch und wirtschaftspolitisch vereinigten Händen. Angesichts solcher Aussichten lassen sich Äußerungen, wie die von Senator Swanson über die Wichtigkeit des Pazifik im Verhältnis zur Gleichgültigkeit der USA. gegenüber einem Atlantik- oder Mittelmeerpakt besser verstehen; auch die Überlegenheitsgefühle Stimsons in London beim Flottengefeilsche der drei europäischen Mächte. „Fünf Jahre normale Beziehungen mit Japan" (seit dem Vertrag vom 20. 1. 25) schildert G. Fedorow stolz in der guten „Moskauer Rundschau" (Nr. 4, Jahrg. II). Die japanische Regierung wird sicher klug genug sein, Rückversicherungen, solange es irgend geht, zu achten, schonen, und fühlt sich stark genug (vgl. oben), außenpolitisch mit ganz anders organisierten Mächten zusammenzuspielen, ohne gleich ihren inneren Halt zu verlieren. Aber transpazifische, panpazifische und panasiatische Kreise überschneiden sich nun einmal an lebenswichtigen Stellen, und sicher landeinwärts der ostasiatischen Küste!

* * *

Frankreichs Kampf um Europa

Prognose der Weltpolitik II

Im ersten Aufsatz war in der Hauptsache die angelsächsische Front mit ihren Auswirkungen auf die Weltpolitik geschildert worden. Diese Front ist der ursprüngliche und unmittelbare Faktor, der die große Wendung in die Weltpolitik hereingebracht hat. Er ist so ungeheuer wichtig, daß man von ihm ab eine neue Epoche datieren kann. Allerdings wird er aller Voraussicht nach die nächsten Jahre noch nicht beherrschen, sondern sich erst langsam geltend machen. Die Gründe dafür liegen einmal darin, daß das Abkommen zwischen Hoover und MacDonald zunächst einen nur teilweise gedeckten Wechsel darstellt, der erst nach und nach bei den jeweils auftauchenden Fragen realisiert werden wird; zum zweiten darin, daß England sich im Augenblick in einer großen Epoche der Umbildung befindet, die ihm eine unmittelbare, aktive Politik vorläufig unmöglich macht, und die es außerdem zwingt, sich vorsichtig zwischen alten und neuen Freundschaften hindurchzulavieren, ohne die einen über-, die anderen unterzubetonen. Deshalb wird die angelsächsische Freundschaft erst für spätere Jahre, sagen wir in drei bis fünf Jahren, direkten aktiven Einfluß auf die Weltpolitik ausüben können. Und zwar in einem Augenblick, wo der heute bereits schärfer hervortretende Kampf um Europa zu festeren Konstellationen und präziseren Forderungen innerhalb Europas selbst geführt haben wird.

Dieser Kampf um Europa ist zugleich ein Kampf Frankreichs um die Behauptung seiner dominierenden Stellung, wenn man will: um die Stabilisierung und Sicherung des Sieges. Frankreich hat um diese Behauptung seit 1919 immer mit zwei Mitteln gerungen, mit der Macht und mit der moralischen Idee. Die Macht: das ist zunächst der Versailler Vertrag, die französische Rüstungspolitik, die die größte Armee des Kontinents, die stärkste Festungslinie an der Südost- und Ostgrenze geschaffen und eben in London eine ungeheuerliche Aufrüstung der Flotte angekündigt hat. Das ist ferner das Bündnissystem mit Polen und der Kleinen Entente. Und das ist: der vergebliche Kampf um ein festes Bündnis mit den angelsächsischen Völkern oder England allein, der in Versailles begann und eben in London endgültig scheiterte. Die moralische Idee: das ist die gesamte propagandistische Phraseologie des Quai d'Orsay, die sich im Völkerbund die Plattform schuf, im Genfer Protokoll und den Begriffen Schiedsgerichtsbarkeit

und Sicherheit um ihre Behauptung rang, und schließlich ihre Zuflucht zur paneuropäischen Idee nahm.

Es ist bezeichnend für die Zielsicherheit und Weitsicht der französischen Politik, daß ihr der Mißerfolg in London nicht überraschend kam und sie nicht vor eine plötzliche Situation stellte. Dieser Mißerfolg war ja bereits nach der Entwicklung der letzten Jahre vorauszusehen. Der letzte, wirklich ernsthafte und mit Hoffnungen verknüpfte Versuch Frankreichs, sich die „großen" Sicherheiten zu schaffen, war der Appell Briands an Kellogg zum Abschluß eines franco-amerikanischen Freundschaftspaktes. Als Kellogg diesen Pakt jedoch geschickt zu einem Weltpakt umbog, war diese Linie der französischen Nachkriegspolitik beendet und Briand zog unmittelbar anschließend die Konsequenzen daraus und machte sich zum Vorkämpfer der europäischen Idee. Aus der richtigen Erkenntnis, daß man neue Ideen, die man nicht aufhalten kann, die einem aber unangenehm werden könnten, am besten dadurch verhindert, daß man sich an ihre Spitze stellt und ihnen die Wege zu weisen und vorzuschreiben sucht.

Die Folge der Londoner Konferenz wird denn auch sein, daß sich Frankreich — neben der unbedingten Stabilisierung seiner militärischen und wirtschaftlichen Macht — mit einem neuen Elan auf Europa stürzen wird. Wir werden auf den nächsten Völkerbundssitzungen die Franzosen das Feld beherrschen sehen, wir werden einen Riesenschwall von Phrasen an uns herunterrieseln lassen, wir werden die Idee der europäischen Verständigung von Herrn Briand mit einer Virtuosität serviert bekommen, die uns selbst oft genug stutzig machen wird. Dabei wird diese Aktivität ihren Elan aus der Tatsache ziehen können, daß sie nunmehr antienglische und antiamerikanische Spitzen nicht mehr so zu scheuen braucht, wie bisher. Sie kann deshalb an gewisse kontinentale Ideologien appellieren, die ja in allen Staaten Europas vorhanden sind. „Frankreich als Vorkämpfer der europäischen Kultur gegen den angelsächsischen Barbarismus", das wird das Leitmotiv sein, hinter dem sich die realpolitische Tendenz verbirgt: „Europa muß bleiben wie es ist; es darf nichts geändert werden!"

Die eigene macht- und rüstungspolitische Stabilisierung ist die Basis, die europäische Idee ist das Mittel dieser Politik. Daneben aber wird ein Faktor stärker hervortreten, mit dem die Franzosen immer ihre Politik fundiert und weitergetrieben haben: die französische Kapitalpolitik.

Die Waffe des Kapitals

Man zeigt bisher in der politischen Berichterstattung eine merkwürdige Scheu, auch die Faktoren zur Betrachtung mit heranzuziehen, in denen sich im modernen Wirtschaftszeitalter der Hauptteil der Politik abspielt: die Wirtschaft und die Finanz. Diese Scheu entspringt offenbar noch dem liberalen Erbe, das das freie, ungehinderte Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht mit den Tendenzen des Staates verquicken will. Erst durch die großen aktuellen Wirtschaftskämpfe etwa um das Öl, die Baumwolle, den Gummi u. a. ist der Sinn und das Verständnis für die

Politik, die sich hier in wirtschaftlicher Maske zeigt, wieder wachgeworden. Die Politik des Kapitalexportes wird jedoch heute noch sehr stiefmütterlich behandelt und vor den Zugängen etwa zum Bereich der Hochfinanz hängen dichte Vorhänge.

Man kann nun die französische Politik gar nicht verstehen, wenn man nicht gleichzeitig die französische Kapital- und Wirtschaftspolitik betrachtet. Gerade Frankreich ist das Land, in dem sich die liberalistische Auffassung von der Wirtschaft und dem Staat, d. h. ihre Trennung, nie durchgesetzt hat. Der nationale Gedanke dominierte immer im Staat, so daß man die französische Wirtschaft halb gouvernemental nennen könnte. „Die Devotion gegenüber dem Staate", schreibt Arthur Salz, „liegt, wie es scheint, den Franzosen im Blute oder wurde vielmehr den Franzosen vom Staate eingebläut; mag es sich um Banken, um Industrie oder um private Vereinsbildung handeln, immer wollte der Staat um Erlaubnis gefragt werden und mußte seinen Segen dazu geben. Die französischen Banken haben stets in erster Linie im finanzpolitischen Interesse des französischen Staates gearbeit, sie waren mit den politischen Interessen des Staates aufs engste verknüpft, waren geradezu politische Banken und haben den französischen Staatskredit, auch den Kredit politisch befreundeter Staaten, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Rentabilität ausgiebig gestützt. Bei aller Verschiedenheit der einzelnen Banktypen ist es für Frankreich charakteristisch, daß sein privates Finanzkapital, mit dem Staate aufs engste verbündet, von ihm abhängig und auf die Regierung hinhorchend blieb, daß nicht, wie in Deutschland etwa, eine enge Verbindung zwischen Industrie und Bankwesen, sondern daß dort die engste Verbindung zwischen Politik, Finanz und Industrie besteht. Denn auch die Industrieorganisation, insbesondere die Organisation der nationalen Schwerindustrie, steht nach dem Grundsatz „do ut des" mit dem Staate gewissermaßen auf dem Duzfuß und sucht stets (wie das berühmte comité des forges) die Verteidigung der Industrieinteressen vornehmlich mit politischen Mitteln wahrzunehmen, und ist stets bestrebt, die gesamte Politik des Landes in einem seinen Wünschen entsprechendem Sinne zu beeinflussen, was wir ja im Versailler Vertrag und nachher bitter genug zu spüren bekommen haben."

Diese Zusammenarbeit der französischen Politik mit den Banken haben wir ja bei dem Angriff auf die Mark während der Pariser Konferenz hinlänglich zu spüren bekommen, ebenso, wie sie die Engländer während der ersten Haager Konferenz zu spüren bekamen durch die französischen Goldkäufe, die die Bank von England in die Klemme brachten und Herrn Snowden nachgiebiger machen sollten. Wirtschaft und Finanz sind immer Mittel der französischen Politik gewesen und der Frank hat immer die Politik des Quai d'Orsay unterstützt, wenn nicht sogar erst ermöglicht.

Vor dem Kriege war Frankreich, neben England, der größte Kapitalexporteur. Es hatte ungefähr 45 Milliarden Fr. in ausländischen Werten angelegt. Man schätzte, daß es jährlich eine Ersparnisquote von ca. $3—3^1/_2$ Milliarden zur Verfügung zu stellen hatte. Und zwar wird der Wert der französischen Auslandsanlagen geschätzt:

1870: 10—12 Milliarden Fr.
1890: 20 „ „
1912: 40—42 „ „

Diese Summe, die nach der französischen Zahlungsbilanz von 1913 einen Zinsgewinn von 2300 Milliarden Fr. jährlich einbrachte, verteilte sich auf die einzelnen Länder folgendermaßen:

Rußland	12—13	Milliarden Fr.
England und Amerika	5	„ „
Deutschland	1	„ „
Österreich	2,5	„ „
Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Holland	2	„ „
Balkanländer	3	„ „
Spanien, Portugal	3	„ „
Türkei	3	„ „
Ägypten	3	„ „
Südamerika	6	„ „
Ostasien	2	„ „
	42,5	Milliarden Fr.

In dieser Aufstellung dominiert der russische Posten, der das französisch-russische Bündnis zusammenhielt. Durch den Krieg hat Frankreich etwa 50% seiner Vorkriegsanlagen im Ausland ohne Gegenleistung eingebüßt. In erster Linie die Anlagen in Rußland, zu denen während des Krieges noch etwa 6—7 Milliarden Fr. hinzugekommen sind. Außerdem mußte ein beträchtlicher Teil der ausländischen Effekten abgestoßen werden, um die Lieferungen an Kriegsmaterial und Lebensmitteln zu finanzieren. Nach dem Krieg ist Frankreich, das früher der zweitgrößte Gläubigerstaat war, zum Schuldnerland geworden. Seine Kriegsschulden an England und Amerika betragen allein ca. 30 Milliarden Mk. Hinzukommen kleinere Staats- und Privatanleihen.

In der Nachkriegszeit war der französische Kapitalexport so gut wie unterbunden. Er war nur mit Genehmigung des Finanzministeriums erlaubt, die selten gegeben wurde. Im Krieg selbst und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit wurden lediglich politische Kredite an kleinere Staaten gegeben, die entweder den Krieg finanzieren oder die neuen Nachkriegsstaaten stützen sollten. Über einzelne dieser politischen Schulden schweben heute noch Verhandlungen. Nach dem Stand vom Jahre 1927 bezifferten sie sich in Millionen Fr. folgendermaßen:

Jugoslawien	1946	Portugal	9
Rumänien	1050	Lettland	8,8
Griechenland	812,5	Ungarn	0,3
Polen	1047,1	Österreich	0,4
Tschechoslowakei	474,1	Albanien	1,8
Italien	209,9		

Die nach dem Kriege Estland, Litauen und Belgien gegebenen Anleihen waren bereits erloschen.

Frankreich war also als kapitalexportierendes Land vorläufig ausgeschaltet. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sowie seiner Industrie nahm sein Kapital

auf. Die finanzielle Unsicherheit bis zur Stabilisierung des Frank sowie die großen Verluste an den russischen Anleihen, hatten den französischen Sparer mit Mißtrauen erfüllt und zwangen ihn zur Zurückhaltung. Von 1918—1928 wurden nur fünf ausländische Staatsemissionen in Paris aufgelegt. Die rumänische Anleihe von 1922 von 6 900 000 £, die österreichische Anleihe 1923 von 170 Mill. Fr., die belgische Anleihe 1923 von 400 Mill. Fr., die deutsche Dawesanleihe 1924 von 3 Mill. £ und die polnische Anleihe 1927 von 100 Mill. $. Dazu kamen 1928 noch die bulgarische und 1929 die rumänische Anleihe. Außerdem wurde während dieses gesamten Jahrzehntes im ganzen nur etwa für eine Milliarde Fr. Effekten ausländischer Gesellschaften aufgelegt. Von 1924—1926, vor der Stabilisierung des Frank, gingen allerdings durch die geheime Kapitalflucht größere Mengen ins Ausland, deren Höhe sich nicht abschätzen läßt. Sie kehrten aber nach der Stabilisierung wieder zurück.

Eine besondere Art von Auslandsanlagen bildete die Beteiligung französischer Gelder an französischen Aktiengesellschaften, die im Ausland arbeiten. Die Emissionen dieser Gesellschaften betrugen in Mill. Fr.:

1913: 338	1924: 161
1920: 582	1925: 262
1921: 135	1926: 64
1922: 69	1927: 296
1923: 81	

Sie verteilen sich auf die einzelnen Erdteile folgendermaßen:

	1913	1920	1927
Europa	106	467	144
Asien, Afrika . . .	59	91	25
Amerika	173	24	127
Zusammen	338	582	296

Mit Ausnahme des Jahres 1920 halten sie sich sämtlich unterhalb der Ziffer von 1913 und haben sie nicht erreichen können. Die Wege, die dieser beschränkte Kapitalexport ging, zeigen jedoch wieder die politischen Hintergründe. Neben der Stützung der kleineren selbständigen Staaten sind es vor allem Polen und Rumänien, die für die französische Kapitalanlage an die Stelle Rußlands getreten sind. Daneben die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien, Ungarn und Österreich. Alles Staaten, die man heute unter dem Begriff Mitteleuropa zusammenfassen kann. Darüber wird noch zu reden sein.

Ein besonderes Interesse und einen gewaltigen Aufschwung haben allerdings die französischen Kolonien erfahren. Die Emissionen von Kolonialgesellschaften haben von 1920—1927 betragen:

1913: 118	1924: 197
1920: 514	1925: 194
1921: 270	1926: 633
1922: 424	1927: 973
1923: 513	

Sie sind seitdem noch weiter gestiegen. Auf die einzelnen Kolonien verteilen sie sich folgendermaßen:

	1913	1920	1927
Algerien und Tunis	72	107	88
Marokko	25	136	250
West- und Äquatorialafrika	9	150	240
Madagaskar (Ostafrika) . .	2	35	44
Indochina	6	82	248
Übrige Kolonien	4	4	103
Zusammen	118	514	973

Politisch interessant ist bei dieser Aufstellung, neben der Steigerung der Anlagen von 1913—1927, die Richtung, die dieses Interesse nimmt. Algerien und Tunis geraten ins Hintertreffen, das Interesse nimmt ab. Dagegen gewinnen Marokko, Afrika und Indochina bedeutend.

Finanzzentrum Paris

Nach der Stabilisierung des Franken, dem Rückfluß kapitalflüchtiger französischer Gelder und der politischen und finanziellen Beruhigung, die nach Abschluß des Reparationsproblems eingetreten war, zeigte sich plötzlich, daß der Sparwille des französischen Kleinbürgers ungebrochen war und daß Frankreichs Kapitalkraft, trotz der Verluste des Krieges, unerschüttert ist. Am Tage der Stabilisierung des Franken — 25. Juni 1928 — zeigte der Ausweis der Bank von Frankreich einen Goldbestand von 29,7 Milliarden Fr. Sie hat heute bereits einen Bestand von 43 Milliarden Fr. Dazu kommt noch ein Devisenbestand von etwa 25 Milliarden Fr. Es steht demnach eine Kreditbasis von fast 70 Milliarden Fr., also über 11 Milliarden Mk. zur Verfügung.

Die Vorbereitungen, die zu dieser Situation führten, haben bereits viel Staub aufgewirbelt und die internationale Finanzpolitik in Verwirrung gebracht. Denn mit der Stabilisierung des Frank, die nicht auf dem Devisendeckungsprinzip, sondern auf Goldbasis erfolgte, hat die Bank von Frankreich begonnen, systematisch ihre großen Devisenbestände abzustoßen. Sie betrugen im Juni 1928 noch 45 Milliarden Fr. gegenüber heute 25 Milliarden. Diese Operation hat mit zu dem internationalen Finanzkrach Ende des vorigen Jahres beigetragen, wie andrerseits die dauernden französischen Goldabzüge in London die Bank von England in eine schwere Krise brachten. Hierzu haben allerdings im wesentlichen politische Gründe mit dazu beigetragen.

Die Frage ist nun: was fängt Frankreich mit dieser Kapitalmenge, die vorläufig unproduktiv ist und zwangsläufig zur Nutzbarmachung drängt, an? Seine eigene Wirtschaft ist kapitalgesättigt, sie kann jedenfalls nur einen Bruchteil dieser Menge aufnehmen. Außerdem ist sie weitgehend auf Selbstfinanzierung eingestellt. Die Kolonien können ebenfalls nur einen sehr beschränkten Teil aufnehmen. Gerade die Möglichkeiten des kolonialen Ausbaues Frankreichs werden meist überschätzt. Die französische Kolonialfrage ist eine Bevölkerungsfrage! Das französische Kolonialreich ist 16mal so groß wie das Mutterland, es besitzt aber nur etwa 50 Mill. Bewohner, z. B. könnte Französisch-Zentralafrika 80 Mill. Menschen ernähren, es

unterhält aber heute nur $2^1/_2$ Mill. Madagaskar übertrifft das Mutterland an Größe und Fruchtbarkeit und es umfaßt 3 Mill. Menschen; Indochina 15 Mill. und könnte 60 ernähren. Es leben in diesem gewaltigen Kolonialbereich nur 7000 Franzosen. Der Handelsverkehr mit den Kolonien stagniert jedoch seit langem auf 10% des Gesamthandels. Wo aber der Franzose kolonisiert, da hat er das Problem seiner Unterbevölkerung mit hin verpflanzt. Die Möglichkeiten der Kolonien sind also für Frankreich sehr beschränkt.

Nun ist allerdings der Pariser Markt im Augenblick durch die bevorstehende Emission der Reparationsobligationen angespannt. Die Franzosen wollen etwa 50% dieser Anleihe übernehmen, also 150 Mill. $. Es handelt sich dabei nur um eine Umschichtung der Kapitalien, da die eingezahlten Beträge dem Markt über die Rententilgung wieder zufließen. Immerhin erfordert diese Transaktion, die etwa $3^1/_2$ Milliarden Fr. umfaßt, gewisse Vorbereitungen, so daß der Markt bis zum Mai dieses Jahres belegt sein wird. Eine Änderung wird sich erst nach Auflegung der Reparationsobligationen vollziehen. Worin wird sie liegen?

Bereits seit längerer Zeit propagiert man in Frankreich die Idee, den Pariser Markt nicht wie vor dem Kriege zum kontinentalen Zentrum für langfristige Kredite, sondern vorzugsweise als Mittelpunkt für Handelskredite auszugestalten, also Rembourbanken und einen großen Markt für Tages- und Reportgeld zu schaffen und das internationale Akzept zu pflegen. Man will damit London den Rang ablaufen. Der Präsident der Bank von Frankreich Moreau lanzierte diese Idee im November vorigen Jahres und seitdem geht man mit Initiative an die Reorganisierung und Reformierung des Pariser Marktes. Die staatliche Überwachung und das Kontrollrecht der Behörden wurden mehr und mehr eingeschränkt. Eine Ermäßigung der Stempelsteuer und der Steuer für fremde Werte soll Erleichterung schaffen, und außerdem soll das veraltete Pariser Bank- und Börsenwesen grundlegend technisch verbessert werden. Eine eigene Akzeptbank — allerdings mit dem geringen Kapital von 100 Mill. Fr. — ist versuchsweise bereits gegründet worden. Vor dem Kriege, im Dezember 1913, erreichte das Akzeptportefeuille sämtlicher französischer Banken rund 1200 Mill. Fr. gegen 8 Milliarden in England. Ende 1927 besaßen die 6 großen französischen Banken nur etwas über 300 Mill. Im Dezember 1928 bereits 860, und heute schätzungsweise 3 Milliarden. „Los von London!", das war ja auch einmal die mitteleuropäische Parole.

Hat diese Taktik Aussicht auf Erfolg? Sie kann dazu führen, den Pariser Markt auf einen Akzeptbesitz von 5—6 Milliarden zu bringen und ihn damit zu einem näheren Konkurrenten mit London anwachsen zu lassen. Sie wird es aber nicht verhindern können, daß das Zentrum der Welthandelsfinanzierung nach wie vor in London bleibt. Darauf hat Alfred Landburgh in der „Bank" überzeugend hingewiesen. Er schrieb: „Weil neben Kapital und Organisation noch etwas anderes erforderlich ist, um aus einem Platze den großen Akzept- und Diskontmarkt zu machen, etwas, was London hat, New York und Paris dagegen nicht: das größte Handelsvolumen. Um nämlich in wenigen Worten zu sagen, was erschöpfend dar-

gestellt, ein Buch füllen würde: Das Akzept folgt der Flagge. Die Weltländer suchen und finden ihre Akzeptkredite da, wo die Mehrzahl von ihnen zahlen und Zahlung empfangen muß, also in dem Lande, das die größte Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr hat und auf dessen Währung daher die meisten Fakturen lauten. Das Kapital zur Finanzierung dieses Handelsvolumens steuern — das ist das Interessanteste — zum erheblichen Teil die betreffenden Länder selbst bei. Denn da jede große Bank Reserven an dem Platze unterhalten muß, der das Handels- und daher Zahlungszentrum der Welt bildet, so entsteht hier ein gewaltiger Fonds flüssig zu erhaltender Mittel, für die das — jederzeit rediskontierbare — Waren- und Finanzakzept die gegebene Anlage bildet. Keine noch so große Kapitalkraft eines anderen Landes kann diesen Fonds ersetzen. Denn es kommt hier nicht auf die absolute Höhe der Kapitalien an, als vielmehr auf ihre Wesensart; die Kapitalien dürfen sich nicht als solche, als Kapital, sondern müssen sich als flüssig zu erhaltende Gelder, als Reserven, anbieten. Und als Reserven bieten sich Kapitalien nur da an, wo der schnelle Handelsumschlag und seine Regulierung sie zwingt, die an sich unlohnende Form des täglich fälligen Deposits anzunehmen. In New York oder Paris können sich, solange Amerika oder Frankreich nicht einen erheblich größeren Teil des Welthandels an sich reißen, automatisch immer nur große Kapitalmärkte mit entsprechender Leihbereitschaft, aber keine Weltakzeptmärkte bilden. Und wenn man solche Märkte planmäßig schafft und mit weitestgehender Rediskontmöglichkeit ausstattet, so werden die Märkte etwas Künstliches behalten und unter der Flagge des Rembourses, des reinen Warenakzeptes, in Wirklichkeit das Finanzakzept schlagen. So beschaffen, können sie außerordentlich nützlich sein. Aber sie können sich nur zu Hilfsorganen der Kapitalversorgung, nicht zu Weltzentren der Handelsfinanzierung entwickeln."

Auch dieser Weg ist also nur von begrenzter Reichweite. Frankreich wird schließlich dort wieder anknüpfen müssen, wo es vor dem Kriege stand, d. h. es wird seine führende Stellung als Kapitalexporteur und Hauptfaktor für langfristige Kredite wieder einnehmen. Es wird sich dabei zunächst um eine Umwandlung der heute kurzfristig im Ausland arbeitenden französischen Gelder — auch in Deutschland arbeiten ja ca. $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mk. — handeln. Darüber hinaus aber wird es zum alten Kapitalexport, d. h. zur langfristigen Anleihevergebung, die der Mentalität des französischen Sparers am ehesten entspricht, zurückkehren müssen. Und gerade diese Kapitalexpansion ist es, die uns hier interessiert, denn es handelt sich dabei um die Frage: von welchen politischen Gesichtspunkten wird dieser Kapitalexport bestimmt sein.

Mitteleuropa

Wir schilderten anfangs, wie die Londoner Konferenz die französische Politik auf sich selbst zurückgeworfen hat. Frankreich ist die Aufrechterhaltung und Garantierung des heutigen Zustandes in Europa mit Hilfe Englands und Amerikas mißlungen. Die Freundschaft zwischen London und Paris ist damit nicht etwa

erledigt, aber sie ist abgekühlt und wird sich in den nächsten Jahren noch mehr abkühlen, je mehr England seine faktische Selbständigkeit, sei es durch die Freundschaft Amerikas, sei es durch die erfolgte Umbildung und Regeneration im Innern wiedererlangen wird. Frankreich ist also auf sich allein und seine eigenen Machtmittel angewiesen. Und es ist entschlossen, diesen Kampf um Europa auszufechten, wie es die Initiative Briands bereits gezeigt hat.

Was heißt denn aber nun: Kampf um Europa? Wer der Ansicht ist, daß Europa durch den Versailler Vertrag stabilisiert ist, der sieht naturgemäß keinen Anlaß zum Kampf. Offenbar aber ist diese Ansicht nirgendwo in Europa die vorherrschende. Sondern sowohl Besiegte wie Sieger sind der Ansicht, daß der Versailler Vertrag wohl die Zwangsbasis abgegeben hat, auf die man sich heute stellen muß, daß die Entscheidung jedoch, wieviel von dieser Basis übrigbleibt und in welcher Richtung sie sich fortentwickelt, den Entwicklungen der Zukunft offenbleibt. Man kann dabei zwei Richtungen unterscheiden: einmal die Bestrebungen, die auf eine direkte Revision des Versailler Vertrages abzielen und bereits 1919 bei Abschluß des Vertrages gegeben waren. Dazu gehört für Deutschland u. a. die Ostgrenze, die Forderung nach Befreiung des besetzten Gebietes einschließlich des Saargebietes und die Notwendigkeit einer vernünftigen Schulden- und Reparationsregelung. Zum anderen: die neuen Ideen und Tendenzen, die sich aus dem Fortlauf der Zeit allmählich herausgebildet und aktive, zukunftskräftige Parolen geformt haben. Dazu gehört für Deutschland: der Anschluß, die Forderung nach Abrüstung, eine aktive Wirtschaftspolitik in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Für Italien: die Forderung nach Kolonien und ebenfalls eine aktive Balkanpolitik usw.

Es handelt sich bei diesen beiden Richtungen um zwei verschiedene Dinge, obwohl sie sich gegenseitig bedingen und auch durchdringen. Nur gehört die erstere eigentlich mehr der Vergangenheit und weniger der Zukunft an, während die zweite mehr Zukünftiges enthält und weniger Vergangenheit. Gerade die zweite Richtung aber ist für Frankreich die gefährliche. Es dürfte eher geneigt sein, Korrekturen hinsichtlich der ersten Richtung vorzunehmen als hinsichtlich der zweiten. Es wird also eher das Rheinland und die Saar räumen und sich evtl. mit einer Korrektur im Osten einverstanden erklären, als beispielsweise dem Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands zustimmen. Und hier liegt der eigentliche Kern: der Kampf um Europa ist in Wahrheit ein Kampf um Südosteuropa, um die kleineren Staaten, die der Friedensvertrag geschaffen hat.

Politisch hat Frankreich dabei vorläufig den Vorrang. Es hat den Bündnisvertrag mit Polen. Es hat ferner ein Bündnissystem zwischen Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei errichtet, die Kleine Entente, in der es die Führung hat. Seit der Bukarester Konferenz der Kleinen Entente im Mai 1928 sind auch die Militärverträge zwischen diesen Staaten erneuert und genauer spezialisiert worden. Als Hintergrund und Basis dieser Verträge fungieren die mit französischem Geld arbeitenden Skodawerke, die die Rüstungslieferungen aller drei Staaten zusammengefaßt und beinahe monopolisiert haben.

Auch kulturell ist der französische Einfluß sehr groß, verstärkt durch die mit großen Geldmitteln gespeiste französische Propagandaarbeit. Sie hat die Nachkriegszeit mit Erfolg benutzt, um den alten österreichischen Kulturboden, der im Südosten bestand, weitgehend zu französisieren, und sie hatte bisher durch die Lähmung Österreichs und das Versagen der deutschen Kulturpropaganda freies Feld. Es würde zu weit führen, die weitverzweigte Maschinerie der französischen Kulturpropaganda sowie die Höhe der ihr zur Verfügung stehenden offiziellen und geheimen Fonds zu untersuchen. Es ist ihr jedenfalls bereits gelungen, den deutschen Einfluß zurückzudrängen. In Ägypten, Kleinasien und auf dem Balkan bestehen heute über 500 französische Schulen. Die Elementarschulen in Konstantinopel zählen allein 20000 Schüler, in Ägypten über 40000. Die „Société des amis de l'Orient" und die „Amis de la France" verfügen allein in Jugoslawien über 65 Gruppen, die sehr tätig sind und den deutschen Kultureinfluß systematisch zurückdrängen.

Allerdings reichen Politik und Kultur heute allein noch nicht aus, um die Vormachtstellung zu garantieren. Das Zeitalter der Wirtschaft verlangt realere Dinge. Und hier ist der Punkt, an dem die französische Kapitalpolitik ansetzt. Wir sahen bereits, daß die sieben ausländischen Staatsemissionen, die während der Nachkriegszeit in Paris aufgelegt wurden, (Rumänien, Österreich, Belgien, die deutsche Dawesanleihe, Polen, Bulgarien und die letzte rumänische Anleihe von 1929) sämtlich von der Politik bestimmt wurden. Die Stellung, die früher Rußland innerhalb der französischen Kapitalpolitik spielte, ist heute fast restlos auf Polen und die Kleine Entente in erster Linie, auf die übrigen Rand- mitteleuropäischen und Balkan-Staaten in zweiter Linie übergegangen. Als weiteres Feld der französischen Kapitalexpansion lockt die Türkei und das östliche Mittelmeer, wo es gilt, den italienischen Einfluß zurückzudrängen, der nach der Aussöhnung zwischen Vatikan und Quirinal beträchtlich im Steigen ist.

Die Franzosen arbeiten auf diesem Gebiet konsequent und systematisch, und gerade im letzten Jahr ist auf dem gesamten Gebiet, das man etwa mit Mitteleuropa bezeichnen könnte, eine verstärkte französische Aktivität festzustellen. So z. B. in Polen, wo sich das französische Kapital immer fester in der Petroleum- und der oberschlesischen Industrie einnistet. Im Augenblick finden in Paris Verhandlungen mit polnischen Emissären statt, die längere Hypothekenbankkredite von Frankreich verlangen wollen. Dabei ist die Stellung des französischen Kapitals in Polen bereits sehr stark. Ferner in Rumänien, der Tschechoslowakei und namentlich Südslawien.

In Rumänien hatte sich Frankreich zwei Vertreter der französischen Interessen geschaffen, die beide über einen großen Einfluß verfügten und ihn auch zum Vorteil des französischen Kapitals ausnutzten. Seit der franco-amerikanischen Anleihe vom Februar 1929 fungierte der ehemalige Vizegouverneur der Bank von Frankreich, Charles Rist, in Bukarest als Berater der rumänischen Nationalbank, während sein Kollege Leverve dieselbe Position für die rumänische Eisenbahn-

verwaltung ausübte. Die Eisenbahninteressen des Comité des Forges und die Petroleuminteressen der Banque de Paris et des Pays Bas lagen in guten Händen. Rist selbst hatte es außerdem verstanden, die geplante Stabilisierungsanleihe über Berlin-London zu vereiteln und an ihre Stelle eine von Frankreich unter Ausschaltung Deutschlands geführte Anleihe zu setzen. Derselbe Widerstand zeigte sich später anläßlich des deutschen Warenkredites von 125 Mill. Mk. Währenddessen regelte Leverve die Eisenbahnaufträge der rumänischen Regierung und schanzte sie der französischen Wirtschaft oder den beiden mit französischem Kapital arbeitenden Werkstätten Rumäniens zu. Alle Schwierigkeiten, denen die deutsche Wirtschaft in Rumänien begegnete, ließen sich zum größten Teil direkt oder indirekt auf den französischen Einfluß zurückführen.

Ähnlich liegt die Situation in Bulgarien, wo der Völkerbundskommissar Charon, ein Westschweizer, die französischen Interessen wahrnimmt. Als vor einem Jahr die großen Ausschreibungen für die bulgarischen Eisenbahnen erfolgten und die Lieferungsaufträge bereits an tschechische und italienische Firmen vergeben waren, intervenierte Charon plötzlich, annulierte die Aufträge, worauf sie französischen Firmen übergeben wurden.

Am fühlbarsten ist der verstärkte französische Einfluß im Augenblick in Jugoslawien, wo das französische Kapital nach Abschluß des franco-jugoslawischen Handelsvertrages im Januar 1929 verstärkt eindringt und Fuß faßt. Eine große Reihe jugoslawischer Banken arbeitet mit französischem Geld. Im letzten Jahr sind eine Reihe größerer Wirtschaftsabkommen getroffen worden, die wichtige jugoslawische Bodenschätze in französischen Besitz gebracht haben.

Die im Besitz des italienischen Konzerns „Terni" gewesene Konzession für die Wasserkraftwerke an der Krka und Cetina in Dalmatien in der Nähe von Spalato wurden z. B. für den Preis von 120 Mill. Lire an eine französische Gruppe unter Führung der Banque Nationale de Crédit, Paris, und der Société des Phosphates Tunésiens verkauft. Zu diesem Zweck wurde die Société Française des Forces Hydroéléctrique de Dalmatie gegründet.

Die Zeitschrift „Südosteuropa" schilderte die Bedeutung dieses Projektes treffend folgendermaßen: „Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Stromerzeugung innerhalb von 3 Jahren von 110 auf 550 Mill. KWh. pro Jahr und innerhalb 8 Jahren auf 900 Mill. KWh. zu steigern. Für diese Investitionen und den Ausbau der Karbid-, Zyanamit-, Ammoniak-, Nitrat- und Phosphorsalz-Fabriken müssen innerhalb 10 Jahren mindestens 450 Mill. französische Frs. aufgewendet werden. Außerdem soll auf Grund der außerordentlich reichen Bauxit-Vorkommen in Südkroatien, Dalmatien, der Herzegowina und Montenegro sowohl eine Bauxit-Zement-, wie eine Aluminiumfabrik errichtet werden. Im Gegensatz zu den Italienern haben die Franzosen die Konzession für die Ausnützung der Wasserkräfte auf der ganzen Länge der genannten Flüsse erhalten und außerdem hat der jugoslawische Staat sowohl für die Einfuhr der Maschinen- und Fabrikanlagen wie für die Ausfuhr der chemischen Produkte der Gesellschaft die weitgehendsten

Zoll- und Steuerermäßigungen eingeräumt. Dafür hat der jugoslawische Staat ein Bezugsrecht zu ermäßigten Preisen für 20% der chemischen Erzeugung und 10% der Stromerzeugung sowie die öffentlichen Körperschaften auf 5% der Stromerzeugung erhalten. Die Konzession ist für 50 Jahre erteilt, nach deren Ablauf die Anlagen in den Besitz des jugoslawischen Staates übergehen. Außer den obengenannten Gesellschaften sind noch die französische Chemie-Gesellschaft „Bozel-Maletra" und die Stahlhütte „Soc. des Aciéries de Firminy" interessiert. Die Bedeutung dieses Ausbaues der dalmatinischen Wasserkräfte für das gesamte Wirtschaftsleben in Jugoslawien kann man ermessen, wenn man die enorme jährliche Stromerzeugung von fast einer Milliarde KWh. mit der Stromabgabe des größten deutschen Elektrizitätswerkes vergleicht, — im Jahre 1928 haben die Reichselektrowerke im ganzen 2000 Mill. KWh. abgegeben —, besonders dann, wenn man die Wirkung der Erzeugung chemischer Produkte für den jugoslawischen Inlandsmarkt sowohl wie für die Ausfuhr in die Mittelmeerländer sowie das südliche und östliche Europa in Betracht zieht. Im Jahre 1928 wurden aus Jugoslawien ausgeführt: Karbid für annähernd $3\frac{1}{2}$ Mill. Mk., Kunstdünger für annähernd $10\frac{1}{2}$ Mill. Mk., davon Zyanamit für annähernd $8\frac{1}{2}$ Mill. Mk. Die Hauptabnehmer waren Italien, Österreich, Polen und die Tschechoslowakei."

Kurz darauf schloß die Société Française des Constructions de Batignolles einen Vertrag mit der Belgrader Regierung ab über die Trockenlegung der Sümpfe von Pancevo. Das Objekt beziffert sich vorlaufig auf 500 Mill. Dinar und ist auf 30 Jahre berechnet. Verbunden ist damit der Bau von Eisenbahnlinien. In der Bauxit- und Aluminium-Industrie haben die Franzosen festen Fuß gefaßt, ebenso in den Blei- und Zinkminen und den Erdöl- und Mineralquellengebieten. So hat sich französisches Kapital vorläufig mit 20 Mill. Frs. an den Petroleumvorkommen östlich von Marburg in Slowenien interessiert. Die in Paris gegründete Aktiengesellschaft Mines et Mineraux wird sich nicht nur auf Serbien und Slowenien beschränken, sondern auch auf der Murinsel und im Transmurland, sowie in Bosnien und im kroatischen Zagorien Bohrungen beginnen. Außerdem hat die französisch-spanische „Société Minière et Metallurgique de Pennarroy" in Paris eine Konzession zur Ausbeutung der Blei- und Zinkvorkommen auf einem Gelände von 100000 ha erworben. In Belgrad ist daraufhin eine Tochtergesellschaft gegründet worden. Auch in der Holzindustrie hat Frankreich eine starke Position in der von der Banque de Paris et des Pays-Bas in Genf gegründeten „Union des Usines et Exploitations Forestières de Nasic", einer Holdinggesellschaft, die 34 Unternehmungen umfaßt.

Als Ergänzung dieser durchaus nicht vollzähligen Aufstellung dienen die franco-jugoslawischen Anleiheverhandlungen, die im Augenblick neben den polnischen in Paris laufen. Nachdem die serbischen Vorkriegsschulden geregelt sind, ist der Weg frei für neue Anleihen, und Paris ist bereit, einen größeren Kredit an Belgrad zu geben. Man sieht, daß die französische Kapitalpolitik noch immer denselben Zwecken dient, wie vor dem Krieg, nämlich der Untermauerung der

politischen Stellung Frankreichs. An die Stelle Rußlands sind heute Polen, die Kleine Entente und die mittel- und südosteuropäischen Staaten getreten, und wie das Bündnis mit Rußland dazu diente, Deutschland einzukreisen und in Schach zu halten, so soll das neue französische Bündnissystem dazu dienen, den Versailler Vertrag zu stabilisieren und alle Revisionstendenzen im Keim zu unterdrücken. Unter der Parole „Paneuropa" wird hier in Wirklichkeit gegen Europa gekämpft, sofern man nicht etwa der Ansicht ist, daß auch Napoleon I., der Europa unter seinem Szepter vereinigen wollte, ein großer Paneuropäer war.

Die wirtschaftliche Basis

Wo liegen die Widerstände gegen diese französische Politik! Zunächst bei den beiden anderen Großmächten Europas: Deutschland und Italien. Denn beide können einer Stabilisierung Europas auf dem heutigen Status niemals zustimmen. Die Italiener bauen gegen den französischen Einfluß im Südosten ihr eigenes Paktsystem auf, das sich in erster Linie auf die revisionistischen Staaten Ungarn, Bulgarien und die Türkei stützt, aber auch mit Griechenland, Rumänien, Spanien und zuletzt auch Österreich gute Beziehungen unterhält. Deutschland hat bisher seine Aufgabe im Südosten noch nicht begriffen, die deutsche Außenpolitik ist ja vorläufig noch nicht imstande, aktive Ideen zu vertreten, da sie keinen innerpolitischen Boden besitzt. Trotzdem verfügt sie im gegebenen Augenblick über das alte deutsche und österreichische Kulturgut, das sich im Südosten befindet, über die deutschen Minderheiten und die wirtschaftliche Position, die sie der französischen Politik entgegensetzen kann. Denn das ist ja die Schwäche der französischen Politik: sie behauptet sich wohl vorläufig politisch, kulturell und finanziell, ihre wirtschaftliche Basis ist jedoch außerordentlich schmal. Das zeigt eine Aufstellung der wichtigsten Lieferanten der einzelnen Länder. (Anteil in % des Einfuhrwertes.)

Polen

	1923	1924	1925	1926	1927
Deutschland.....	43,4	34,2	31,0	23,6	25,2
Vereinigte Staaten ..	15,3	12,4	13,7	17,4	12,1
Großbritannien	8,1	7,5	7,9	10,4	9,2
Frankreich.....	3,8	4,9	5,9	7,4	7,5
Österreich	8,7	11,7	9,6	6,8	6,6
Tschechoslowakei ...	4,8	5,7	5,5	5,0	5,6

Nimmt man als Normaljahr das Jahr 1924, nach dem Inflationsjahr 1923 und dem Beginn des Zollkrieges 1925, so ergibt sich ein Anteil Deutschlands am polnischen Einfuhrhandel von rund $33\frac{1}{3}$%. Zusammen mit Österreich deckt Großdeutschland die Hälfte der polnischen Einfuhr.

Tschechoslowakei

	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Deutschland	27,9	40,8	35,2	31,2	21,2	29,9
Österreich	7,8	6,6	7,9	7,4	7,4	7,1
Polen	2,6	3,7	4,6	7,0	7,2	5,7
Ungarn	5,4	3,5	5,6	6,4	6,7	5,4
Vereinigte Staaten ..	18,0	7,0	5,6	6,4	5,0	6,8
Italien	2,3	4,6	6,2	4,1	2,2	2,3

Nach Deutschland, das an erster Stelle steht und rund $^1/_5$ der tschechischen Einfuhr deckt, folgt Österreich.

Ungarn

	1924	1925	1926	1927
Tschechoslowakei ...	25,2	24,8	23,4	24,2
Österreich	23,2	22,6	19,9	18,2
Deutschland.....	12,5	15,0	16,6	17,6
Rumänien	7,8	8,1	8,1	6,8
Polen	5,5	4,9	5,1	4,7

Deutschland befindet sich langsam steigend an dritter Stelle und deckt zusammen mit Österreich fast ebenfalls $^1/_3$ der ungarischen Einfuhr.

Südslawien

	1923	1924	1925	1926	1927
Österreich	26,9	19,8	18,3	20,1	19,6
Tschechoslowakei ...	18,5	20,1	17,8	18,7	19,2
Italien	17,7	20,5	18,8	13,8	12,9
Deutschland.....	8,7	8,3	9,9	12,0	12,3
England	9,9	10,6	8,2	5,8	7,0

Der Anteil Deutschlands ist langsam im Wachsen, besonders in den letzten 2 Jahren 1928 und 1929, nach dem deutsch-südslawischen Handelsvertrag. Der Anteil Frankreichs an der Einfuhr beträgt demgegenüber nur 4%.

Bulgarien

	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Deutschland	21,5	20,0	20,2	19,6	21,9	20,4
Italien	12,3	16,5	14,2	13,9	13,9	15,2
Tschechoslowakei ...	3,8	3,2	5,7	7,8	11,9	10,1
England	15,0	15,8	13,2	13,1	11,3	12,2
Österreich	8,4	8,2	10,6	9,6	8,7	7,9

Statistische Angaben für Rumänien liegen nur bis 1925 vor. Deutschland stand mit einem Anteil an der rumänischen Einfuhr von knapp $^1/_5$ an erster Stelle. Österreich an zweiter.

Rumänien

	1922	1923	1924	1925
Deutschland	19,7	22,7	19,2	16,6
Österreich	16,0	15,7	16,8	16,5
Tschechoslowakei	9,4	8,3	11,5	14,8
Italien	5,9	7,5	10,0	11,0
England	8,9	9,2	9,8	10,5
Polen	12,3	13,9	9,0	5,6

Welche Rolle diese Staaten für Deutschland selbst spielen, geht aus der deutschen Handelsbilanz von 1929 hervor. Bei fast allen südosteuropäischen Staaten ist unsere Handelsbilanz aktiv.

Deutschlands Handelsbilanz 1929

(in Mill. RM.)	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	+ Ausfuhr-, — Einfuhr-Überschuß	(in Mill. RM.)	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	+ Ausfuhr-, — Einfuhr-Überschuß
Insgesamt	**13436**	**12664**	**—772**	Türkei	76	73	— 3
Niederlande	701	1355	+ 654	Brasilien	215	210	— 5
England	865	1306	+ 441	Chile	117	99	— 18
Schweiz	318	627	+ 309	Griechenland	104	70	— 34
Österreich	202	441	+ 239	Spanien	252	218	— 34
Tschechoslowakei	480	658	+ 178	Mexiko	96	59	— 37
Belgien	447	609	+ 162	Saargebiet	202	143	— 59
Schweden	350	476	+ 126	Südafrikan. Union	164	96	— 68
Dänemark	370	483	+ 113	Rumänien	211	143	— 68
Belgien	447	537	+ 90	Rußland	426	354	— 72
Norwegen	143	227	+ 84	Niederländ.-Indien	361	188	— 173
Finnland	114	188	+ 74	China	371	185	— 186
Ungarn	89	147	+ 58	Frankreich	642	449	— 193
Jugoslawien	61	95	+ 34	Canada	302	85	— 217
Italien	442	471	+ 29	Australien	313	85	— 228
Lettland	70	95	+ 25	Argentinien	747	371	— 376
Ägypten	78	83	+ 5	Britisch-Indien	624	220	— 404
Polen	339	342	+ 3	Ver. Staaten	1788	991	— 797

Was geht aus diesen Zahlen hervor? Zunächst die starke wirtschaftliche Position, die Großdeutschland, also Deutschland und Österreich, in diesem Raum besitzt. Dann die schmale wirtschaftliche Basis, über die Frankreich verfügt. Es belegt fast in keinem dieser Länder eine der 6 ersten Handelsposten. Der italienische Handel macht zwar die größten Anstrengungen, um sich den Balkan zu erobern, er reicht jedoch nicht im entferntesten an die großdeutsche Position heran. Hier liegen die Grenzen der französischen Politik, die sich weder durch Geld und Macht noch durch Propaganda forträumen lassen. Und von hier aus wird auch einmal der französische Einfluß gemindert und auf sein natürliches Maß zurückgeführt werden können.

Abschluß und Prognose

Wir haben also nach der Londoner Konferenz, die als der große weltpolitische Wendepunkt der Nachkriegszeit bezeichnet wurde, folgende Situation: auf der einen Seite die werdende angelsächsische Front, die für die nächsten Jahre mit sich beschäftigt sein wird und sich politisch vorläufig an Europa desinteressieren wird. Daneben Frankreich, das die endgültige Absage der Angelsachsen erhalten hat und infolgedessen auf sich allein gestellt ist. Frankreich hat kein anderes Interesse, als seine Machtstellung in Europa zu stabilisieren. Machtpolitisch ist das bereits geschehen, aber die Macht allein ist ein unsicherer Boden. Infolgedessen werden die Franzosen versuchen, auch die moralische Propaganda sich zu Diensten zu machen. Sie werden also ein Paneuropa propagieren, wie es ihnen nützlich und dienlich ist, und jeden als Störenfried bezeichnen, der sich an diesem hehren und nur der Menschheit dienenden Plan nicht ohne Vorbehalte beteiligen kann. Daneben werden sie versuchen, stärkeren politischen und finanziellen Einfluß auf Österreich und Ungarn zu bekommen und diesen Einfluß in der Richtung der alten Donauföderation auszunutzen. Sie werden also versuchen, um den Kern der Kleinen Entente ein größeres Staatensystem zu gruppieren, das dem französischen Einfluß untersteht und als Bollwerk gegen etwaige deutsche oder italienische Gelüste dienen kann. Angesichts der Ungeklärtheit, die vorläufig noch im Südosten herrscht, werden sie damit auch gewisse kleine Fortschritte erzielen. Da weder Deutschland noch Italien vorläufig dieser Politik eine schlagkräftige andere entgegenzusetzen haben, wird sie wahrscheinlich die nächsten beiden Jahre beherrschen.

Die Lücken dieser Politik sind das Verhältnis Frankreichs zu Italien und Deutschland. Briand wird noch mehrere Versuche unternehmen, um mit den Italienern zu einem Ausgleich zu kommen; er wird sich sogar zu größeren Zugeständnissen als bisher bereiterklären. Trotzdem ist ein franco-italienischer Ausgleich nach der Londoner Konferenz ausgeschlossen. Einmal deshalb, weil Italiens Forderungen zu weitgehend sind, als daß sie eine französische Regierung befriedigen könnte. Und zweitens deshalb, weil Italien nach der Londoner Konferenz wieder auf eine vorsichtige Unterstützung Englands rechnen kann. Die Engländer sehen ganz klar, daß die französische Machtstellung viel zu groß geworden ist und daß sie selbst England bedroht. Sie steuern deshalb systematisch auf die alte englische Taktik hin, der übermächtigen Position auf dem Kontinent eine Gegenposition entgegenzusetzen, die sie ausbalanciert. Außerdem spielt die italienische Flotte nunmehr, nachdem die Franzosen ihr großes Aufrüstungsprogramm bekannt gegeben haben, eine wichtige Rolle in der englischen Berechnung. Die Italiener haben also vorläufig keine Veranlassung, auf die Taube auf dem Dach zu verzichten und sich mit dem Spatz in der Hand zufrieden zu geben. Sie warten vorläufig ab, bis sich eine Konstellation in Europa herausgebildet hat, auf Grund deren man bestimmte Forderungen an Frankreich richten kann. Im Grunde warten sie auf nichts anderes als auf Deutschland.

Deutschland selbst schaltet vorläufig aus der Außenpolitik aus. Es nähert sich gerade erst der Epoche seiner großen, inneren Auseinandersetzungen — die erste

Young-Krise und mehr —, die die nächsten 2 Jahre mindestens umfassen wird, es bleibt also während dieser Zeit lediglich Objekt der Weltpolitik wie bisher. Allerdings wird auch während dieser Zeit im deutsch-französischen Verhältnis keine Wendung eintreten. Die Saarverhandlungen werden sich noch lange hinschleppen. Zwischendurch wird man in Genf von Paneuropa reden und Herr Coudenhove im Verein mit Herriot, Briand und den französischen Paneuropäern wird in Europa herumsausen, Bankette abhalten und Reden schwingen, um seiner Bewegung wenigstens zu einem leuchtenden Niedergang zu verhelfen. Eine engere deutsch-französische Verbindung kann heute als gescheitert betrachtet werden, trotz der intensiven Bemühungen Arnold Rechbergs und seines Freundes Moritz Klönne. Die nächsten 2 Jahre europäischer Politik bringen also noch keine entscheidende Wendung.

Diese Situation ändert sich erst in dem Augenblick, wo in Deutschland der große innenpolitische Umwälzungs- und Regenerationsprozeß, der mit dem Kabinett Brüning eben erst eingesetzt hat, zu einer neuen innerpolitischen Grundlage geführt haben wird. Erst dann wird man wieder an eine aktive deutsche Außenpolitik denken können. Die Eigenart dieser neuen Grundlage und ihre parallele Entwicklung zu dem österreichischen Umbildungsprozeß wird es mit sich bringen, daß die neue deutsch-österreichische Außenpolitik starke mitteleuropäische Tendenzen vertreten wird.

In der Zwischenzeit wird das Verhältnis Deutschlands und Österreichs zu Italien an Interesse gewinnen. Die ersten Vorläufer dieser Entwicklung sind ja bereits heute festzustellen, sie werden in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich noch eine festere Grundlage erhalten. Die politischen Tendenzen Deutschlands und Italiens in Europa sind viel zu gleichgerichtet, als daß sich daraus nicht ein gemeinsamer Gedankenaustausch entwickeln sollte. Außerdem werden die antifaschistischen Tendenzen in Deutschland selbst, die heute diesem Gedankenaustausch noch entgegenstehen, innerhalb der nächsten Jahre an Einfluß und Geltung verlieren. Die deutsche Innenpolitik wird andere Bahnen gehen, so daß die innenpolitischen Widerstände gegen Rom — in beiderlei Gestalt — nachlassen werden.

Damit entwickelt sich eine Konstellation in Europa, die zwangsläufig in den nächsten fünf Jahren alle jene Bestrebungen, die auf eine Revision des von Frankreich stabilisierten Status hindrängen, auf einen gemeinsamen Nenner bringen wird. In erster Linie Deutschland und Italien, in zweiter Linie Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Während jene Staaten, die heute noch mehr oder weniger eng an Frankreich gebunden sind, deren eigene Interessen aber in ganz anderer Richtung laufen, Rumänien und Jugoslawien, sich etwas von Paris lösen und eigene Wege gehen werden. Dann wird eines Tages der Augenblick kommen, wo es Zeit sein wird, in Genf oder sonst irgendwo eine bestimmte revisionistische Forderung zu erheben. Sei es, daß Italien die Mandatsfrage aufrollen wird, oder daß Deutschland den Anschlußgedanken zur Debatte stellen wird, oder sonst etwas Ähnliches. In diesem Augenblick werden sich in Europa selbst zwei Lager gegenüberstehen, ein konservatives unter französischer Führung und ein revisionistisches. Und hier wird der Punkt sein, wo die Haltung der Angelsachsen die Entscheidung bringen wird.

Wir haben diese Entwicklung auf fünf Jahre berechnet. Diese fünf Jahre werden für Europa notwendig sein. Sie enthalten außerdem die Möglichkeit, daß sich der Osten inzwischen entwickeln und Rußland eine Umgestaltung erfahren wird. Und sie werden auch für die Angelsachsen erforderlich sein, bevor das englisch-amerikanische Verhältnis wie die Umbildung in England selbst zu einem gewissen Abschluß geführt haben wird. Vor dem Jahre 1935 — es ist ein interessantes Jahr, nachdem es Mussolini ebenfalls dazu gestempelt hat — wird das Foreign office kaum in der Lage sein, größere Entscheidungen zu treffen. Dann aber hat England seine Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit sicherlich zurückgewonnen, und es vermag sich schlüssig zu werden, welchem der beiden Lager es von Fall zu Fall seine politische Unterstützung leihen wird. Es wird dabei nicht ohne Amerika handeln können, das bis dahin sicherlich noch stärkeren wirtschaftlichen Einfluß auf Europa gewonnen haben wird. Vor dem angelsächsischen Forum also wird das Schicksal Europas entschieden werden.

Das mag den heutigen ideologischen und wirtschaftlichen Paneuropäern bedauerlich erscheinen, aber „die Politik ist ein schlimmes Gewerbe", schrieb Friedrich der Große einmal an den Earl Marishal, „bei denen, die sich mit ihr einlassen, drängt sie sich in jede Handlung ein: ich hätte sie in meinem Brief unerwähnt lassen sollen. Dabei fällt mir ein, daß sich der Kardinal von Richelieu eines Tages einfallen ließ, ein Trauerspiel zu dichten. Es hieß „Europa" und fiel durch, obgleich der Dichter Minister war . . ." Und außerdem, es wird bald Zeit werden, die Blutleere der heutigen paneuropäischen Ideologie, diesen Angsttraum aus Zahlen und Maßen, aufzudecken. „Europäisch ist", schrieb Jakob Burckhardt, „das Sichaussprechen aller Kräfte in Denkmal, Bild und Wort, Institution und Partei, bis zum Individuum — das Durchleben des Geistigen nach allen Seiten und Richtungen —, das Streben des Geistes von allem, was in ihm ist, Kunde zu hinterlassen, sich nicht an Weltmonarchien und Theokratien wie der Orient lautlos hinzugeben. Von einem hohen und fernen Standpunkt aus, wie der des Historikers sein soll, klingen Glocken so schön, ob sie in der Nähe disharmonieren oder nicht: discordia concors . . . Denn Europäisch ist: nicht bloß Macht und Götzen und Geld, sondern auch den Geist lieben . . . Die abendländische Entwicklung hat das echteste Zeichen des Lebens: aus dem Kampf ihrer Gegensätze entwickelt sich wirklich Neues; neue Gegensätze verdrängen die alten; es ist nicht ein bloßes resultatloses, fast identisches Wiederholen von Militär-, Palast- und Dynastierevolutionen wie 700 Jahre lang in Byzanz und im Islam . . . Tödlich für Europa ist immer nur eins erschienen: erdrückende mechanische Macht, möge sie von einem erobernden Barbarenvolk oder von angesammelten heimischen Machtmitteln im Dienste eines Staates oder im Dienste einer Tendenz, etwa der heutigen Massen, ausgehen . . . Retter Europas ist vor allem, wer es vor der Gefahr der politisch-religiös-sozialen Zwangsnivellierung und Zwangseinheit rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes bedroht . . . Was wäre aus Europa geworden ohne diesen Widerstreit der Kräfte im Innern?"

ARPAD TÖRÖK:

Die neue Gebietseinteilung in Südslawien

Seitdem die südslawische Idee durch die politischen Ereignisse konkretere Form erhalten hat, stand es fest, daß die drei Stämme Serben, Kroaten und Slowenen nur einen einheitlichen Staat bilden können. Die Kroaten waren von jeher mit der ungarischen Herrschaft unzufrieden, aber die Ideologie eines unabhängigen kroatischen Staates war nie mehr als historische Schwärmerei, als Erinnerung an einstige Selbständigkeit. Soweit die Kroaten an ihrer politischen Bindung lockern wollten, gingen ihre Bestrebungen entweder auf den Trialismus aus oder auf ein neues südslawisches Reich. Unter den heutigen Verhältnissen wäre ein unabhängiges Kroatien bzw. Slowenien undenkbar. Sie könnten dem auf ihnen lastenden außenpolitischen Druck nicht Widerstand leisten und würden notgedrungen in einem größeren Staatsgebilde Zuflucht nehmen. Das eigentliche südslawische Problem bestand bisher in der Frage der Regelung der innerpolitischen Beziehungen der drei Stämme. In dieser Frage gab es wohl Verschiedenheit der Auffassungen, aber eine wahre Sehnsucht nach Lösung der heutigen Bande gab es bei der großen Mehrzahl des Volkes nicht.

Die südslawische Idee als Kriegsziel

Als die südslawische Idee aufgekommen ist, hat man dem innerpolitischen Problem verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt. Es handelte sich dabei um eine sehr schwierige Frage: Nicht nur die Lebensgemeinschaft der drei Stämme sollte so geregelt werden, daß sie alle zufrieden sind, sondern auch den Existenzbedingungen des Staates mußte Rechnung getragen werden. Das konnte aber nur durch Aufopferung gewisser Stammeswünsche geschehen. Während des Weltkrieges hat das südslawische Komitee unter Führung von Trumbitsch eine intensive Propaganda entfaltet, um bei den Verbündeten der südslawischen Idee zur Anerkennung zu verhelfen und als zukünftiges Prinzip der Friedensverträge durchzusetzen. Der damalige serbische Minister-

präsident, Paschitsch, hat die südslawische Idee als Kriegsziel wohl aufgegriffen, wollte daraus aber praktisch eine großserbische Idee machen. Die südslawischen Politiker mußten also sogleich einen Kampf auf zwei Fronten führen. Auf der einen Seite kämpfte man um Anerkennung bei den großen Verbündeten, auf der anderen mußte man die großserbische Aktion Paschitsch paralisieren, der lediglich eine Vergrößerung des serbischen Staates anstrebte. Nun ist aber dem Komitee doch nicht mehr gelungen als die Durchsetzung eines gewissen völkerrechtlichen Prinzips bei den Verbündeten. Man anerkannte den neugebildeten Staat als Vereinigung der südslawischen Provinzen Österreich-Ungarns mit dem Königreich Serbien, nicht aber als eine Vergrößerung Serbiens. Auf das innerpolitische Verhältnis der drei Stämme wurde jedoch nicht Bezug genommen. Schon das erste Dokument der südslawischen Einheit, die Deklaration von Korfu, verzichtete auf eine Umreißung des zukünftigen innerpolitischen Verhältnisses. Die Staatsform wurde einer späteren Volksbefragung vorbehalten. Dabei dachte man aber nicht so sehr an das Verhältnis der drei Stämme zueinander, sondern an die Frage ob Monarchie oder Republik. Die Kroaten neigten mehr dem Republikanismus zu, während die Serben an ihrer angestammten Dynastie festhielten.

Die zweite Gelegenheit, um eine Lösung des innerpolitischen Problems vorzunehmen, hat sich nach dem Zusammenbruch der Monarchie geboten, ehe die Vereinigung mit Serbien ausgesprochen wurde. Zu jener Zeit gab es in Agram einen Nationalrat, der über die südslawischen Provinzen der Habsburger die Souveränitätsrechte des zusammengebrochenen Reiches ausgeübt hat. Dieser Nationalrat hatte keine Zeit seine völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen; da es aber keine andere Herrschaft über dieses Gebiet gab und das Prinzip der freien Vereinigung der südslawischen Gebiete bereits angenommen war, stand der Funktion des Nationalrates auch völkerrechtlich nichts im Wege. Paschitsch hat sich zwar auch während dieser Zeit bemüht seinen großserbischen Standpunkt durchzudrücken, jedoch ohne Erfolg. Er besaß kein Mandat zur Befreiung der südslawischen Gebiete Habsburgs, folglich hatte die serbische Armee hier selbst nicht mehr Rechte als irgendeine andere siegreiche Ententearmee. Bei der herrschenden völkerrechtlichen Lage war also der Agramer Nationalrat allein befugt, die Bedingungen festzustellen, unter welchen die Vereinigung mit dem Königreich Serbien erfolgen sollte. Aber in dieser Versammlung ist es trotzdem zu keiner klaren Beschlußfassung gekommen. Man hatte hier über etwas debattiert, was geistig noch gar nicht vorbereitet war. Gleichzeitig wurden

zwischen den Führern des südslawischen Komitees und Paschitsch Verhandlungen über die zu bildende Regierung geführt; auch diese Verhandlungen sind nicht vorwärtsgekommen. Mittlerweile haben sich die Ereignisse überstürzt, die Anarchie hat im Lande zugenommen, der Nationalrat mußte zu einem endgültigen Beschluß, wenigstens über die nächsten Schritte, kommen. In dieser Spannung hat man die sofortige Vereinigung beschlossen und die Frage der Gebietseinteilung bzw. die der Rechte der einzelnen Stämme einer späteren Behandlung überlassen. Damit ging auch die zweite Gelegenheit vorüber, ohne daß etwas Bindendes über das innerpolitische Problem beschlossen worden wäre.

Verfassung und Stammesindividualismus

Die dritte Gelegenheit bot sich dazu bei der Erbringung der Verfassung. Die Konstituante bildete bereits eine einheitliche Körperschaft, hier gab es keine anerkannten geopolitischen Individualitäten, keine Verhandlungspartner, sondern bloß Abgeordnete, die jeder für sich individuell abzustimmen hatten. Trotz dieser Struktur der Konstituante war es nicht ausgeschlossen, daß sich die einzelnen Stämme für ihre Wünsche einsetzten. Die Mehrheit der kroatischen Abgeordneten bildete eine einheitliche Partei, deren geschlossenes Auftreten gewiß nicht ohne Wirkung geblieben wäre. Die Kroaten, unter Führung von Raditsch, haben sich aber geweigert, an den Arbeiten der Konstituante teilzunehmen. Sie betrieben passive Resistenz, versuchten eine Art „non cooperation"-Bewegung einzuleiten, fielen aber im Endergebnis mit ihren Bestrebungen gänzlich durch. Die Verfassung wurde erbracht und bildete ein Kompromiß zwischen der großserbischen Bewegung und der südslawischen Idee. Man hat einen zentralistischen Staat geschaffen, der die Stammesindividualitäten gerade nur im Namen des Staates gelten ließ (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen). Es wurden keine politischen Formen geschaffen, in welchen sich diese Individualitäten als Einheiten hätten ausleben können.

Es ist überflüssig, auf die langwierigen Kämpfe einzugehen, die sich in Südslawien auch nach der Erbringung der Verfassung abgespielt haben. Heute läßt es sich bereits feststellen, daß die Politik der Kroaten nicht nur an einem Mangel an Geradlinigkeit und Grundsätzlichkeit gelitten hat, sondern auch in ihrer Taktik verfehlt war. Was stand zur Diskussion? Die Lebensgemeinschaft der drei Stämme inhaltlich (Rechte und Pflichten der einzelnen Stämme) wie auch räumlich (Abgrenzung der Stammesgebiete) zu regeln. Das war eine Auf-

gabe von nicht geringer Schwierigkeit. Vor der Vereinigung waren die drei Stämme staatsrechtlich auf sechs verschiedene Gebiete verteilt. Serbien, Montenegro, Österreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien. Da der neue Staat in der Vergangenheit nie eine staatsrechtliche Einheit gebildet hat, wie etwa Polen, so war die politische und kulturelle Entwicklung der einzelnen Gebiete auch verschieden. Es war also nicht leicht all das Heterogene auf einen Generalnenner zu bringen. Man wußte auch nicht recht wie man das Problem anfassen sollte. Sollten die historisch-geopolitischen Einheiten oder die ethnographischen Einheiten als Grundlage der Regelung angenommen werden? Da eine geistige Vorarbeit auf diesem Gebiete kaum geleistet worden ist, so kann man die von Paschitsch durchgesetzte Verfassung auch als das Produkt der Not ansehen. Wie man die Lebensgemeinschaft der drei Stämme auch immer gelöst hätte, die Gemüter hätten sich anfangs doch nicht beruhigt, weil man die beiden Grundsätze, den räumlichen und den ethnographischen, gleichzeitig nicht anwenden konnte, während die Anwendung des einen Grundsatzes eine Verletzung des anderen bedeutet hätte. Um nur ein Beispiel anzuführen: Der östliche Teil von Kroatien (Syrmien) hat eine serbisch-orthodoxe Bevölkerung, gehörte aber seit jeher dem staatsrechtlichen Gebiete von Kroatien an. Die Serben reklamierten dieses Gebiet für sich, da es von Serben bewohnt ist, die Kroaten begründeten ihren Rechtsanspruch damit, daß es kulturell und geschichtlich zu Kroatien gehört. Paschitsch schritt auf dem Wege des geringsten Widerstandes. Das Stammesproblem warf er mit seinem Zentralismus einfach über Bord, die Raumfrage löste er, indem er sich bei der Verwaltungseinteilung an das vorgefundene Verwaltungssystem anlehnte. Lediglich in der Wojwodina hat man die alte Verwaltungseinteilung — aus Gründen der Minderheitenpolitik — zerrissen.

Bei ruhiger innerpolitischer Entwicklung hätte auch diese Verfassung ihre Aufgabe erfüllen und ein seelisch-politisch einheitliches Südslawien schaffen können. Die trostlose innerpolitische Lage, die zehn Jahre hindurch geherrscht hat, ist nicht allein auf das ungelöste staatsrechtliche Problem zurückzuführen. Wohl stand es im Hintergrunde jeder Debatte, aber akut ist es erst wieder geworden, nachdem die ewige Fehde im Parlament den Staat auf einen gefährlichen Abgrund gebracht hat. Als die zentrale Staatsgewalt bereits außerordentlich geschwächt war, traten die Kroaten und ihre Verbündeten (Pribitschewitsch) neuerdings mit ihren, diesmal schon ganz extremen, staatsrechtlichen Forderungen auf. Sie wünschten eine Zergliederung des Staates in seine ehe-

maligen völkerrechtlichen Provinzen und eine Neubildung, die sich auf Grund von Verhandlungen mit den wiedererstandenen Gliedern ergeben soll. Welche Gefahr eine solche Lage für die außenpolitische Stellung des Staates, ja für seine Existenz schlechterdings bildete, ist wohl einleuchtend. Die unaufhörlichen Spannungen mit Italien hatten gerade im Sommer 1928 ihren Höhepunkt erreicht. Wenn es auch nicht wahrscheinlich war, daß Italien einen innerpolitisch derart zerklüfteten Staat angegriffen hätte, so hätte sich der italienischen Diplomatie immerhin ein reiches Betätigungsfeld eröffnet, um in der etwaigen Neuordnung die eigenen Interessen am weitgehendsten durchzusetzen.

Als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, kam der Regimewechsel. Sie ist als Reaktion auf die kroatischen Wünsche entstanden und vertritt eine Ideologie, die jener kroatischen entgegengesetzt ist. Für die Ideologie des neuen Regimes ist vielleicht am meisten kennzeichnend der offene Brief, den Wickham Steed im Oktober 1928 an den König Alexander gerichtet hat. Der bekannte englische Publizist ist ein warmer Freund Südslawiens. Als außenpolitischer Redakteur der Times hat er während des Krieges der südslawischen Bewegung sehr bedeutende Dienste erwiesen. Für den König Alexander hat er große Sympathien, er sieht in ihm den Typus des echten südslawischen Staatsmannes und Patrioten. Sein offener Brief übt zwar Kritik an mancher Regierungshandlung der vergangenen zehn Jahre, er ist aber voll von aufrichtiger Sorge um die Zukunft des neuen Südslawiens. Er schwärmt für die südslawische Idee und wünscht, daß die Bedeutung der einzelnen Stämme für den Staat nicht größer sein soll, wie die Bedeutung von Schotten, Welschen und Engländern für Großbritannien ist. Dann schreibt er folgende beachtenswerten Sätze: „Die Zeit drängt. Prozesse, die man in früheren Zeiten sich selbst überlassen konnte, um allmählich auszureifen, sind in unseren Tagen ganz besonders dringend geworden." Das heißt mit anderen Worten soviel, man sollte nicht abwarten, bis die südslawische Nation von selbst ausreift, man sollte ihren Reifeprozeß künstlich beschleunigen. Das ist eine große und schwierige Aufgabe, und das neue Regime hat sich entschlossen, diese Aufgabe zu erfüllen, das Nationwerden der südslawischen Stämme zu beschleunigen. Das ist ihr Programm und das ist ihre Ideologie.

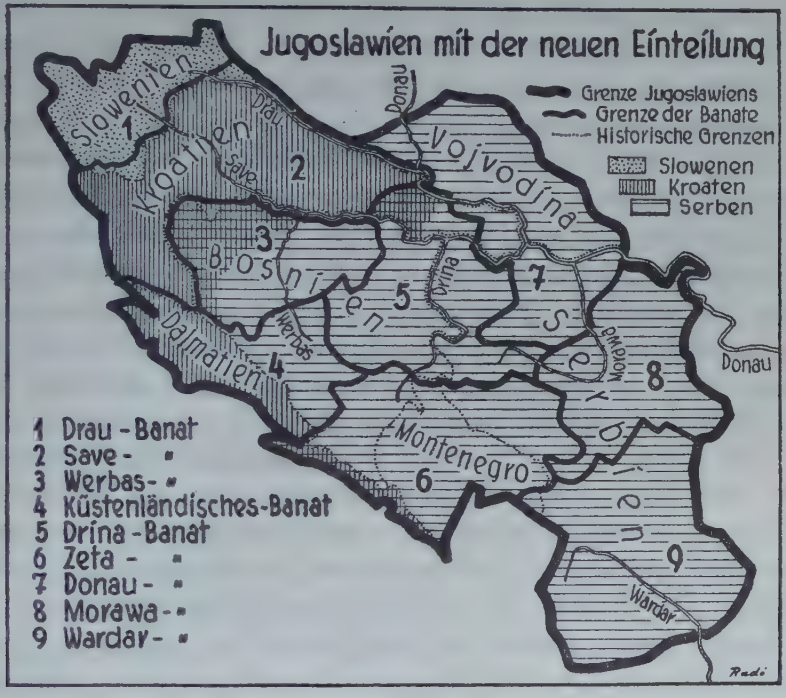
Die Gesichtspunkte der Neugliederung

Zu den zahlreichen Handlungen, die der Verwirklichung dieser Ideologie dienen, gehört nun auch die neue Gebietseinteilung. Der Sinn der neuen

Gebietseinteilung liegt nach offiziellen und offiziösen Äußerungen darin, dem Stammesseparatismus den Boden zu entziehen. Es heißt, die neuen Provinzen wurden nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert. Diese Absicht wird schon durch den Namen der einzelnen Banate (die neuen Gebiete) zum Ausdruck gebracht, die alle nach einem für ihr Gebiet wichtigen Fluß benannt wurden. Nur das aus einem Teil Dalmatiens gebildete Banat wurde als Küstenland benannt. Durch diese Erklärungen wird das Interesse unwillkürlich auf das Verhältnis der Banate zur ethnographischen Lage gelenkt. Man wird sich fragen, in welcher Weise wurden durch die neue Gebietseinteilung die historisch-geopolitischen Individualitäten und die Stammesindividualitäten berücksichtigt. Schon ein flüchtiger Blick auf beiliegende Karte zeigt, daß man bestrebt war die historischen Grenzen der einzelnen Provinzen, aus welchen sich der Staat gebildet hat, zu verwischen. Die alte montenegrinische Staatsgrenze fällt mit der neuen Grenze des Zetabanats (6) nur auf ganz wenigen Stellen zusammen. Die alte Grenze zwischen Serbien und Bosnien ist ganz aufgehoben. Hier liegt das neue Drinabanat (5), in dessen Mitte die alte Grenze, der Drinafluß, verläuft. Das Donaubanat (7) verbindet ehemaliges ungarisches, kroatisches und serbisches Gebiet. Seine Grenze fällt nur auf kurzer Strecke, auf der Donau und der Save, mit alter staatlicher bzw. staatsrechtlicher (Kroatien—Ungarn) Grenze zusammen. Dalmatien, der schmale Küstenstreifen, wurde zwei großen Gebieten, dem Küstenländischen Banat (4) und dem Zetabanat (6) einverleibt. Seine alten Grenzen wurden nur gegenüber Kroatien und auf kurzer Strecke gegenüber dem Werbaser Banat (3) belassen. Kroatien gegenüber bildet nämlich das Velebitgebirge die natürliche Grenze, während an der alten bosnischen Grenze ein Stück der Dinarischen Alpen als natürliche Grenze beibehalten wurde. Es fällt auf, daß man das kroatische Kernland und fast ganz Slowenien je zu einem Banate geformt hat. Die Grenze zwischen dem Drau Banat (1) und dem Save Banat (2) fällt mit geringer Abweichung mit der alten Staatsgrenze zusammen. Nur an einigen Stellen wurde diese zugunsten einer natürlichen Grenze verlassen. Ein Teil des Zwischenmurgebietes, welches früher der slowenischen Verwaltung angegliedert war, ist jetzt zum Savebanat gekommen. In dieser Führung der Banatgrenze werden wir ein deutliches Entgegenkommen den Kroaten und Slowenen gegenüber feststellen müssen.

Von noch größerem Interesse ist das Verhältnis zwischen Banatgrenze und ethnographischer Grenze. Die slowenischen Wünsche sind dabei fast voll be-

friedigt. Die kroatischen Wünsche wurden nur in ihrem Kerngebiet berücksichtigt. Ihre östlichen Ausläufer wurden dem Drinabanat (5) angeschlossen. Allerdings ist dieser Teil bereits von orthodoxen Serben durchsetzt. Die südlichen Ausläufer des Kroatentums, die in Dalmatien wohnen, sind vom kroatischen Kerngebiet abgetrennt und mit einem Teil Bosniens, mit serbischer Bevölkerung, dem Küstenländischen Banat einverleibt. Der südliche Teil von



Dalmatien, mit den historischen Städten Ragusa und Cattaro, gehört dem Zetabanat (6) an, dessen Kerngebiet das ehemalige Montenegro bildet. In diesem südlichen Teile Dalmatiens, gab es allerdings immer eine Anzahl von orthodoxen Serben. Das dürfte auch der Grund für die Teilung Dalmatiens gewesen sein. Die Hauptmasse der südslawischen Minderheiten wohnt im Donaubanat (7). In der Wojwodina gibt es Deutsche und Magyaren in der östlichen Spitze des ehemaligen Kroatien, die dem Donau- und dem Drinabanat angehört, gibt es ebenfalls eine deutsche Minderheit. Die Mazedonier gehören in ihrer Gesamtheit dem Wardarbanat (9) an.

Zentralisation oder Dezentralisation

Die Bedeutung, die dieser Neueinteilung zukommt, scheint nicht allein auf verwaltungstechnischem Gebiete zu liegen. Als am 6. Januar 1929 das neue Regime an die Macht gelangte, sind nicht nur der eigenen Bevölkerung, sondern auch dem Auslande gegenüber Versprechungen gemacht worden, daß die Aufgabe des Regimes lediglich darin bestehe, den Boden für ein gedeihliches Zusammenleben der einzelnen Stämme vorzubereiten. Mit anderen Worten: das Regime betrachtete sich als Quartiermacher eines neuen, auf gesünderer Grundlage aufgebauten Konstitutionalismus. Hat doch König Alexander selbst erklärt, der Parlamentarismus sei immer sein Ideal gewesen, und er müsse lediglich die Auswüchse des Parlamentarismus, wie sie in Südslawien vorgeherrscht haben, verurteilen. Was die bisherige Arbeit der neuen Regierung betrifft, so bewegt sie sich in der Tat auf der durch ihre Ideologie vorgezeichneten Linie. Sie will vor allem einen südslawischen Geist, eine südslawisch-nationale Gesinnung erzeugen und den Stammesprovinzialismus verdrängen. Das kommt unter anderem im neuen Namen des Staates zum Ausdruck, der auf Königreich Jugoslawien geändert wurde. Es soll auch an einem Gesetz gearbeitet werden, welches die cyrillische Schrift abschafft. Bei den großen staatsmännischen Fähigkeiten des Königs ist nicht daran zu zweifeln, daß es ihm bewußt ist, daß mit der Lösung politisch-technischer Probleme das Ziel noch nicht erreicht ist. Die Gesetzgebung kann nur den Boden vorbereiten, damit sich ein neuer Geist ausbreitet. Diesem Geist muß ein bestimmtes Betätigungsgebiet freistehen, damit er sich auch entwickeln kann. Die offiziösen Äußerungen deuten dahin, daß auch der Regierung dieser Gedanke nicht fernsteht. In einer Veröffentlichung des Zentralpressebüros heißt es u. a., daß der bisher zentralistisch verwaltete Staat nun dezentralisiert wurde, wodurch das Interesse der Bevölkerung an dem Gedeihen ihrer Banate gestärkt werden wird. Schon allein die Terminologie „Dezentralismus" läßt darauf schließen, daß man es mit dem Gedanken einer späteren Volksbeteiligung ernst meint. Für einen absolutistisch regierten Staat läßt sich der Ausdruck Dezentralismus logisch nur anwenden, wenn an der Spitze der dezentralisierten Einheiten Persönlichkeiten stehen, die ihren Posten kraft eigenen Rechtes bekleiden. Etwa ein Fürst, der seinem Souverän gegenüber gewisse Pflichten hat, den Gesamtstaat anerkennen muß, aber die Exekutive selbständig und unabhängig leitet und von seinem Posten nicht abgesetzt werden kann. Für die neuen Banate trifft das aber nicht zu. An der Spitze der neuen Gebiete steht der Banus, der

von der Regierung ernannt wird und für seine sämtlichen Handlungen ihr verantwortlich ist. Der Ausdruck Dezentralismus ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen als neue Arbeitsteilung der Zentralverwaltung zu verstehen. Dennoch deutet er darauf hin, daß man den Banaten später eine Selbstverwaltung gewähren wird, daß sie ihre Agenden kraft verfassungsmäßigen Rechtes ausführen. Auf diese Entwicklung deutet sowohl die südslawische Idee hin, wie auch die bisherige Tätigkeit der Regierung.

Transsylvanicus:

Die geistigen Hintergründe der rumänischen Regierung

Seit elf Jahren gehört Siebenbürgen zu Rumänien. Eine Frist, in der — sollte man meinen — neue Tatsachen sich hätten absetzen, die zusammengefaßten Gebiete sich aufeinander hätten einspielen können. In solcher Spanne müßte der geistige Gehalt der verschiedenen Gebiete ein Lebensverhältnis zueinander gefunden haben. Man müßte die gegenseitige Art achten gelernt und aus der Mannigfaltigkeit der geistigen Standorte einen gemeinsamen ideellen Nenner gefunden haben, ohne jemand zu verletzen, ohne Anmaßung von der einen und Abdroßlung der andern Seite.

Siebenbürgens Bedeutung im Kulturenkampf

Nun haben sich allerdings vor zehn Jahren zwei verschiedene Welten staatlich verbunden: östliche und westliche Lebensart.

Der Osten: Altrumänien ist äußerlich abhängig von den westeuropäischen Errungenschaften, die erlernbar und nachahmbar sind. Europäische Wissenschaft, europäische Gedanken, europäische Mode bestimmen sein Gebiet und füllen den Zitatenschatz des öffentlichen und privaten Lebens. Wäre der geistige Gehalt eines Volkes oder einer Landschaft nur von diesen Dingen abhängig, die den Willen und Verstand beeinflussen, so könnte man Altrumänien westlich nennen. Aber die lebensgestaltenden Kräfte liegen im Seelischen, in der kulturellen und moralischen Haltung; in ihr drückt sich das Wesen aus. Sucht man nun im Altreich nach diesem unmittelbaren und unbewußten Ausdruck der westeuropäischen Welt, so findet man ihn nicht. Statt dessen aber Züge des östlichen Lebens, wie es sich entfaltet hat in solchen Randgebieten, die unter dem Eindruck einer fremden Kultur stehen und ihrer eigenen Art nicht

mehr ganz vertrauen. Eine gewisse Unsicherheit der seelischen Haltung, ein verstandesmäßiges Hinneigen nach dem stärkeren Gebiet — hier Westeuropa — und gleichzeitig ein ständiges unbewußtes Wiederversinken in das gefühlsmäßige Erbe, das man so gerne aufgeben möchte, kennzeichnet diesen Strich. Das zeigt sich auch im äußern Bild des Lebens: halbausgeführte, selten zu Ende gedachte, immer in neuen Verwandlungen dem Westen angeähnelte Formen drücken ihren Stempel den Städten auf, den Organisationen, der Verwaltung, jedem Zweig des Lebens. Es ist eben ein kulturelles Randgebiet, wo die geistigen Einflüsse noch keinen Ausgleich fanden, wo außer im Bauerntum noch keine innerlich selbstverständliche und empfundene Form erwuchs.

Auf der andern Seite — in Siebenbürgen — ein Randgebiet Westeuropas, aber nicht mit dem entgegengesetzten Vorzeichen, so als sei auch Siebenbürgen eine Landschaft, wo sich wie im Altreich westliche und östliche Einflüsse noch unentschieden befehden. Hinter Siebenbürgen reckt sich geistig die Sicherheit Europas auf, die den ganzen Osten bis nach China in eine kulturelle Krise gestürzt hat. Was also Siebenbürgen unbewußt bestimmt, ist eine, verglichen mit dem Osten, gesunde und mächtige Kultur. Gewiß, Siebenbürgen ist Randgebiet, aber ein Randgebiet im Sinne des Westens, geistig erobernd, ausstrahlend, seit Jahrhunderten Kolonistenland. Es will sich nicht einem neuen geistigen Zentrum angleichen, sondern es ist längst Ausdruck der weltgültigen Kultur.

Diesen kulturell grundlegenden Unterschied überbrückt die nationale Verbundenheit der Rumänen in beiden Gebieten, war aber bisher nicht stark genug, sie zu einem lebenden Ausgleich zu führen. Man besitzt wohl einen gemeinsamen Schatz in Sprache, Religion, in manchen Sitten und Idealen, doch nur begrenzt in der Lebensweise.

Um diese Lebensweise, um die moralische und geistige Haltung, also um das Kulturelle im Leben streiten die Landstriche Ost und West. Es ist ein Kulturenkampf und kein Streit um Rechte oder Provinzautonomien und dergleichen äußere Regelungen, zu denen er vielleicht führen mag. Als Kulturenkampf erscheint er bewußt nur den Siebenbürgern; ihnen allein — dies kennzeichnet ihre Art — geht es hier um das Geistige. Die östlichen Rumänen dagegen dünkt die von der ihren verschiedene Haltung ein Verrat an der Nation. Sie, die in die Vereinigung den Regierungskörper einbrachten, die deshalb auch näher am Machtinstrument standen, alle Hände an den Hebeln der Leitung, sehen im geistigen Anderssein der Siebenbürger, das sich natürlich in tausend

Einzelheiten verrät, einen Widerstand gegen den Staat selbst und verkennen in der naiven Art des Ostens, daß er sich bloß gegen ihre Macht richtet. Und gegen ihre Macht auch nur aus dem geistigen Gegensatz heraus.

Die Nationalpartei

So hat sich dieser west-östliche Gegensatz ins Banale verschoben, als er sich auf das politische Gebiet ausdehnte und zuspitzte in eine Auseinandersetzung zwischen der Nationalpartei und den Liberalen. Die Nationalpartei, die aus dem siebenbürgischen Rumänentum erwuchs, tritt als westliche Partei auf und das gibt ihr auch einen geistig gültigen Wert; sie hat außerdem die territoriale Begrenzung des kulturellen Gegensatzes dadurch, daß sie sich auf das Altreich ausdehnte, aufgehoben und — horizontal auf das gesamte Land ausgeweitet; es kämpfen in ihren Reihen, gleichgültig, ob sie sich aus Siebenbürgen oder dem Altreich auffüllen, Menschen, die dem Westen mehr zugeneigt sind. Der Kampf ist damit in einen lebendigeren Ideentausch von Mensch zu Mensch getreten und seiner provinziellen Bedingtheit entkleidet. Er hat aber dadurch, und weil er sich in hundert praktischen Forderungen besonders der Bauern — die ja der geistigen Auseinandersetzung ferner stehen — verzettelt, auch wieder an Entschiedenheit verloren. Die Nationalpartei begreift gewiß die kulturelle Sendung des Westens in Rumänien, doch kann sie ihr, eingespannt in den Machtkampf und von tausend Mitläufern verheert, nicht mehr so glaubhaft wie früher entsprechen. Der Kampf mit dem Osten hat sie selbst ver—östlicht.

Wenn sie trotzalledem in der Politik Vorposten Europas stellt, so deutet dies wieder auf die lebendige Stärke des Kulturenkampfes selbst in der politischen Bahn. Nur bedauert man hier, daß die Nationalpartei eine politische Terminologie aus Europa verwendet und als Leitsatz auch glaubt, die veraltert ist. Die überschwenglichen Hoffnungen, die sie an die Demokratie knüpft, hegt heute westlich des Landes niemand mehr. Rumänien braucht natürlich eine wirklich demokratische Zwischenzeit von Jahrzehnten, damit das Land im simpeln Sinne des Wortes einmal aufatme. Aber für die Nationalpartei heißt das von den Verhältnissen ihr aufgezwungene und notwendige Haften an demokratischen Idealen eine Lockerung der geistigen Beziehungen zum Westen. Es bedeutet überdies eine Überbetonung der nationalistischen Einstellung, die sich zum Schaden Europas so leicht mit der Demokratie in dem Augenblick verbindet, wo eine Nation sich der demokratischen Machtmittel eines volksgemischten Staates bemächtigt.

Die Nationalpartei ist also keineswegs eine vollgültige Verkörperung des westlichen Geistes in Rumänien. Die Einwände gegen sie sind gleichzeitig auch Befürchtungen der Minderheiten, die durch die kurzsichtige Schulpolitik der Nationalpartei in den letzten Monaten stark vor den Kopf gestoßen wurden. Seitdem sich die Nationalpartei, hinter der die Mehrzahl des Landes schon seit längerer Zeit stand und bloß infolge der terroristischen Regierungsmethode der Liberalen nicht zum Sieg gelangte, endlich an die Spitze des Staates gestellt hat (November 1918), scheint der westliche Geist seinen ersten großen Erfolg errungen zu haben. Die Aufhebung der Zensur und des Standrechts, die Wahlen, die im Dezember, zum erstenmal in der Geschichte des Landes, völlig sauber und frei stattfinden durften, mit überwältigendem Sieg der Nationalpartei, sind beachtliche Zeichen dafür, daß der reinere Wind tatsächlich zu wehen begonnen hat.

Der Gegensatz zwischen West und Ost bedeutet vor allem eine Verschiedenheit der staatsmoralischen Auffassungen. So selbstverständlich es jedem in Rumänien ist, daß es keine Bestechung geben sollte, so natürlich war es in der bisherigen Staatspraxis, daß bestochen wurde. Die alten, durchweg im altrumänischen Geiste geführten Regierungen hatten den moralischen Ehrenkodex Europas und taten doch mit einer verblüffenden Sicherheit, was in türkischen Paschaliks vielleicht noch Sinn gehabt haben mochte. Eine solche orientalische Auffassung des Staates als Nahrungskrippe für die jeweils herrschende Partei und die Beamten ist von unglaublicher Haltbarkeit. Der Kampf der neuen Regierung richtet sich gegen diesen Geist, der in einem modernen Staatswesen, zu dem Rumänien durch seine Größe und geopolitische Lage gezwungen wird, verheerend wirkt. Nun ist aber nicht leicht einzusehen, wie es gelingen soll, in möglichst raschem Zuge Wandel zu schaffen. Schon die Säuberung der Beamtenschaft ist eine Herkulesarbeit, aber noch mühseliger wird es sein, in der Nationalpartei den guten positiven Geist, der sie in der Opposition beseelte, aufrechtzuerhalten. Die obersten Führer sind gewiß unantastbar, Idealisten, doch keineswegs Phantasten, aber die Partei selbst mußte durch ihren unerhörten Machtzuwachs Elemente in sich eindringen lassen, die sicherlich den Programmanforderungen innerlich nicht entsprechen. In politisch so jungen Ländern wie Rumänien schwankt die Parteizugehörigkeit außerordentlich. Die Partei erscheint in der großen Allgemeinheit nicht als Verkörperung einer bestimmten Idee. Die Nationalpartei ist überhaupt die erste rumänische Partei mit einem klarumschriebenen Arbeitsplan, also Partei im europäischen Sinn.

Siegt eine Partei, so laufen Millionen zu ihr über, weil man aus alter Erfahrung weiß, daß es vorteilhafter ist, nicht gegen die Macht zu sein. Diese sich unbewußt vollziehende Entschließung ist eine Gefahr für die Nationalpartei, ist eigentlich erst die große Aufgabe für sie. Erziehung heißt ihre Aufgabe, Selbstbewahrung ihrer Intentionen gegen die Unreife des Landes und der eigenen Genossen.

Das Erbe der Liberalen

In vielen Fragen hat die Regierung verhältnismäßig leicht Erfolge errungen. Die Liberalen, eine oligarchische Clique, haben sich jahrelang verzweifelt gegen die öffentliche Meinung zu halten gewußt, indem sie vor allem in ihrer Wirtschaftspolitik bestimmte starke Kreise, die Banken und die Industrie, bevorzugten, den Bauernstand aber, auf dem das Schicksal dieses Agrarlandes ruht, ausnützten. Die Zollgesetzgebung war auf die Interessen ganz weniger Unternehmer zugeschnitten. Im Bestreben, ihre Position zu wahren, verfiel das öffentliche Verkehrswesen — die Straßen sind in einem ärgeren Zustand als 1918 —, das Auslandskapital wurde, wieder um die inländische liberale Industrie zu stützen, ferngehalten. Dazu versäumte man, eine so wesentliche Staatsangelegenheit wie die Minderheitenfrage zu lösen, aus einem chauvinistischen, kurzsichtigen Empfinden heraus, das bei der liberalen Regierung, die infolge ihrer Unbeliebtheit immer nur für den momentanen Erfolg arbeiten mußte, darauf gerichtet war, den rumänischen, wenig minderheitenfreundlichen Massen nicht noch mehr Stoff zur Kritik zu geben. Der liberale Unterrichtsminister Anghelescu, ein pädagogischer Narr, zerstörte das ganze Unterrichtswesen. Und schließlich trat dann eine Geldkrise als Folge all dieser Stümperei ein, die einen der wesentlichsten Gründe für den Sturz der Liberalen abgab.

Das Erbe, das die Liberalen hinterließen, war wohl furchtbar, gab andererseits aber gerade deshalb der neuen Regierung, im Anfang wenigstens, ein leicht übersehbares Feld zu Reformen, die sich sofort auswirkten und vom ganzen Lande als Erlösung empfunden wurden.

Schon weil die Liberalen so unvorstellbar schlecht regiert haben, ist die Regierung der Nationalpartei besser. Auf lange Sicht hin bedeutet dies nun wieder sehr wenig. Die tragischen Auswirkungen der schlechten liberalen Wirtschaftspolitik sind nicht so schnell zu beseitigen. Und dies wird der Volkstümlichkeit der Nationalpartei nicht zugute kommen, weil ein Stimmungsumschwung ihr, die sich zuerst unter allen rumänischen Parteien wirklich auf das Volk stützt, weitaus mehr schaden kann als anderen. Diese Partei steht, weil sie demo-

kratisch ist, so lange an der Macht, als es das Volk will. Sollte sie aber, falls ihr die Massen treulos werden, in die alte rumänische Regierungspraxis zurückfallen und sich mit Hilfe der Gewalt halten wollen, so wäre ihr innerer Sinn verloren und der moralische Schaden größer, als wenn die Liberalen weiter geherrscht hätten. Es ist auch durchaus nicht gewiß, ob die Regierung einer solchen Versuchung nicht erliegt. Seit mehreren Jahren ist ihre Partei mit der Bauernpartei verbunden und hat damit starke agrarsoziale Bestrebungen aufnehmen müssen. Hier liegt eine weitere interne Parteigefahr, die Möglichkeit zur übermäßigen Bevorzugung des Bauernstandes, die bis jetzt allerdings kaum zur Auswirkung gelangte. Die Verwurzelung im Volke hemmte aber schon ihre Aktivität in manchen ernsten Fragen, nicht so sehr auf dem Gebiet der Parteidisziplin, als vielmehr bei der versprochenen Lösung des Minderheitenproblems, die bei der Mentalität der rumänischen Massen von der Opposition leicht als eine nationale Schädigung ausgetrommelt werden kann, was bereits dazu beitrug, daß in den letzten Schulgesetzen die tolle Politik Anghelescus bestätigt wurde. Die Aufgabe der Regierung ist schwer, weil sie ein fortschrittliches Programm vertritt, das der inneren Verfassung des Volkes in vieler Hinsicht weit überlegen ist.

Es gibt kaum eine andere Regierung in Europa, die ein so weitumfassendes Erziehungswerk in Angriff zu nehmen ernstlich trachtet und dabei so mächtige Widerstände erfährt am Volkswesen, durch die Opposition und vor allem durch sich selbst — wie der Umfall in der Schulfrage bewiesen hat.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, der Gegensatz zwischen Ost und West in Rumänien ist politisch in ein Stadium praktischer Auseinandersetzung getreten und zwar in der einzig fruchtbaren Weise, daß der vordringende Westen den bloß sich selbst verteidigenden Osten in der Macht ablöste. Das bedeutet natürlich noch keinen Sieg der staatsmoralischen Haltung, aber doch einen ernsten Anfang. Die reine kulturelle Auseinandersetzung allerdings, gefördert durch dieses Ereignis, hat eine innere Gesetzmäßigkeit, die erst nach langen Jahren zu einer Synthese vordringen kann.

Der Kulturenkampf in Rumänien ist im Grunde kein politischer Kampf, sondern ein Ideenstreit. Die Stellung Siebenbürgens darin eine Idee und diese Idee hat erst durch die Schaffung Großrumäniens, die Ausdehnung der Nationalpartei auf das ganze Land und den politischen Sieg an Weite und lebendigen Ansatzpunkten gewonnen. Die Minderheiten Rumäniens, besonders die Deutschen, spielen in dieser Auseinandersetzung eine außerordentliche Rolle, denn sie sind die legitimsten Erben des Westens.

M. Rudolph:

Geopolitische Überseeprobleme des dänischen Staates II

Grönland im Kampf zwischen Dänemark und Norwegen

Hinsichtlich der Grönlandfrage ist das Interesse Norwegens noch wesentlich lebhafter und aktiver, da bei ihr der Schwerpunkt nicht wie bei den bisher besprochenen Problemen auf innerpolitischem Gebiet liegt, sondern in wichtigster Linie außenpolitischer Natur ist. Sie ist auch keine Minderheitenfrage in dem bisher erörterten Sinne, da die Bewohner Grönlands nicht ein Volk europäischer Hochkultur sind, sondern eben Eskimos, denen die Dänen als Herrenvolk gegenüberstehen wie andere europäische Nationen ihren Kolonialvölkern.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte sind hier die Grundlagen des dänisch-norwegischen Gegensatzes, den man durchaus als einen Wirtschaftskampf bezeichnen kann, an dem das an natürlichen Hilfsquellen arme Norwegen am stärksten interessiert ist. — Die verschiedenartige Natur und Lage ihrer Heimaträume veranlaßt Dänen und Norweger zu sehr verschiedenartiger Auswirtschaftung der grönländischen Nutzungsmöglichkeiten. Trotz aller Klagen von Kopenhagen über die jährlichen Opfer für die Aufrechterhaltung der Kolonie und den Eingeborenenschutz ist Grönland doch immerhin seit einer Reihe von Jahren eine ganz gute Einnahmequelle des Staates geworden, die über die Kosten für die Verwaltung hinaus noch ein Plus von wechselnder Größe in die Taschen des Staates fließen läßt. Die Möglichkeit solcher aktiven Bilanz ist aber nur durch die Anwendung des Monopols zu erreichen, das in absoluter Unbeschränktheit die Preise für die Ein- und Ausfuhrprodukte regeln kann, ohne auf den Käufer oder einen etwaigen Konkurrenten Rücksicht nehmen zu brauchen. Die Spottpreise, die man dem Eskimo für seine Eisbären- und Blaufuchsfelle zahlt, und die enormen, auf den Kopenhagener Auktionen für die gleichen Felle erzielten Preise sind eines von vielen derartigen Beispielen. Auf diese Weise macht sich die Insel doch bezahlt, und Dänemark hat ein begreifliches Interesse, fremde Handelstreibende, die preishebend wirken könnten, von den grönländischen Küsten fernzuhalten, zumal man dabei nach außen hin noch den Anschein sehr humaner Bestrebungen für sich erwecken kann, indem man behauptet, die Fremden würden zur Verhütung von physischer und moralischer Verseuchung der Eingeborenen ferngehalten. An eine Aufhebung des Monopols, das in Dänemark selbst vielfacher, scharfer Kritik ausgesetzt ist, ist unter solchen Umständen vorläufig noch lange nicht zu denken, höchstens scheint sich die Neigung zu einer geringen Lockerung der strengen Bestimmungen anbahnen zu wollen. Das Charakteristische der dänischen Wirtschaftspolitik ist also, daß man nicht selber Hand ans Werk legt, sondern die Eingeborenen gegen geringe Entschädigung arbeiten läßt. Wo man aber selber einmal versucht, sich zu betätigen, da fehlen Erfahrung und Übung, und man

muß wieder die Hilfe anderer für sich in Anspruch nehmen. So ist z. B. bei den dänischen Versuchen, dem norwegischen Eismeerfang etwas gleichartiges Dänisches entgegenzustellen durch Gründung einer eigenen Fanggesellschaft, nur Kapital und Material dänisch, die Fangleute aber sind die mit dem Eismeer vertrauten Färinger und Grönländer. Das gleiche gilt für die von dänischen Reedereien unternommenen, auf die südwestgrönländischen Gewässer gerichteten Seefischerei-Expeditionen, die auf den Färöern beheimatet wurden. Denn „das dänische Volk hat keine direkte, organische Verknüpfung mit den Nordlanden. Die Dänen fangen weder Wale noch Robben und treiben keine Fischerei auf Islands Bänken oder vor Grönlands Schärenhof", wie es J. Fr. Jacobsen (Tilskueren 1926) ausgedrückt hat. — Andrerseits macht sich aber neuerdings eine bemerkenswerte, aber wohl ziemlich aussichtslose Propaganda bemerkbar, durch Ansiedlung von dänischen Jungbauern auf Grönland dort eine rationelle Land- und besonders Viehwirtschaft ins Leben zu rufen, wodurch man ein bodenständiges Element zu schaffen sucht im Gegensatz zu dem immer nur zeitweilig dort ansässigen und stark wechselnden Beamtentum. Dadurch will man außer der Erhaltung der sonst zur Auswanderung in die neue Welt genötigten Dänen für die Grönländer landwirtschaftliche Lehrmeister gewinnen.*) Man darf bei dieser Bewegung wohl durchaus mit Recht einen starken politischen Hintergrund vermuten, namentlich in Hinblick auf die künftige Lockerung des Monopols, ein Bestreben, auf Grönland festeren Fuß zu fassen, als das bisher der Fall war.

Die Auswirtschaftung der Inselreichtümer durch Norwegen bedient sich ganz anderer Methoden. Diese liegen in dem andersartigen Charakter der Norweger begründet, die ihr Heimatland zu verwegenen Schiffern und Fischern erzogen hat. Alljährlich reisen die norwegischen Fangflotten mit eigener norwegischer Mannschaft in die Grönlandsee und holen unter Einsetzung von wertvollem Menschenleben und Schiffsmaterial die Fischreichtümer aus dem Meere und die wertvollen Pelztiere am Festlande. In dem wirtschaftlich schwachen Norwegen aber spielt der Eismeerfang eine ganz bedeutende Rolle neben der Fischerei**), von dem ganze Dörfer und Städte leben, und in diesem Eismeerfang ist gerade die Ostgrönlandsee besonders wichtig***), so daß für Norwegen viel auf dem Spiele steht, wenn Dänemark sein Ziel einer Souveränitätserweiterung über die ganze Insel erreichen könnte. Mit der Verschließung des Landes und der Dreimeilenzone auf dem Meere wäre dieser Wirtschaftszweig ruiniert, denn gerade im Grenzgebiet der Dreimeilenzone liegt der Treibeisrand, das ergiebigste Fanggebiet für die Pelz- und Trantierjäger. Und da nicht einmal die dänischen Färinger Zutritt zum Lande bekommen, hätten die Norweger überhaupt keine Aussicht, diese Genehmigung zu erlangen.

*) Referate eines Vortrages über dieses Thema in der Vereinigung „Das neue Grönland" in „Politiken", „Berlingske Tidende", „Dagens Nyheder" u. a. vom 17. Mai 1929. — **) C. J. Hambro, Norske Naeringsinteresser paa Grönland. Kristiania 1924 bei H. Aschehoug. — ***) Gunnar Isachsen, Norske Fangstmaends Faerder til Grönland. Det Norske Geogr. Selskaps Aarbok XXXI—XXXII, 1919—1921. Kristiania 1922 bei H. Aschehoug.

Aber nicht nur zur Jagd benötigen sie unbedingt den freien Zutritt zum Lande, sondern auch wegen der Anlage und des Betriebes ihrer meteorologischen Stationen. Seit 1922 unterhalten sie an der Myggebugt eine Radiostation, die durch ihre Sturmwarnungen für die großen norwegischen Fischerflotten von segensreicher Bedeutung geworden ist, indem die ostwärts wandernden Sturmgebiete von den elektrischen Wellen bereits in Norwegen gemeldet werden können, wenn der Sturm noch mehrere Stunden von den fischenden Flotten entfernt ist. Am Ausbau des Wetternachrichtendienstes zu solchen Zwecken ist aber Dänemark weniger interessiert, weil seine kleinere Fischereiflotte in diesen und andern nördlichen Gewässern bisher fast gar nicht fischt und man für die südlicheren Räume eines solchen Warnungsdienstes leichter entraten kann. Auch durch die mehrere Jahre später, 1925 entstandene drahtlose Station in Julianehaab, der weitere folgten, wird die Bedeutung der Myggebugtstation nicht gemindert, und es ist begreiflich, daß Norwegen ein großes Interesse an der Erhaltung seiner Station hat, die mit denen von Jan Mayen, Spitzbergen und der Bäreninsel ein großangelegtes System bildet und mit ihnen in engster Zusammenarbeit steht.

Außer durch diese wirtschaftlichen und meteorologischen Interessen haben die Norweger auch durch wissenschaftliche Eroberungen anderer Art ein Anrecht auf die ostgrönländischen Küsten erworben, Eroberungen, die z. T. von den gleichen Fangschiffen neben der schweren Arbeit des Fanges her geleistet worden sind. Neben der Kenntnis der topographischen Verhältnisse dieser schwer zugänglichen und wenig besuchten Küsten haben sie besonders die klimatischen und ozeanographischen Kenntnisse weitgehend gefördert. Die älteren Jahrgänge von „Petermanns Mitteilungen" enthalten häufig Berichte über die wissenschaftlichen Ergebnisse solcher norwegischen Fangschiffe, da Petermann ein offenes Auge für die Wichtigkeit derartiger Reisen für die Wissenschaft hatte, die vielfach erst die Grundlagen und Vorbedingungen für spezielle wissenschaftliche Forschungsreisen geschaffen haben.

Endlich stützt man in Norwegen seine Ansprüche noch durch zweierlei andere Gruppen von Gründen, nämlich juristische, die sich aus dem Abkommen von 1814 ergeben, und historische auf Grund der Tatsache, daß es Norweger waren, die Grönland entdeckten und erstmalig besiedelten, doch reichen diese zwar auch geographisch durchaus faßbaren Argumente so weit in die Vergangenheit und treten so stark hinter den realen, wirtschaftlichen Gründen zurück, daß sie an dieser Stelle unbeachtet bleiben können.*)

Solange Dänemark sich mit seinen südwestgrönländischen, international anerkannten Besitzungen und Angmagssalik im Südosten zufrieden gab, bestand die dänisch-norwegische Grönlandfrage nur latent, da Norwegen an der Nordostküste

*) Den gesamten Komplex der historischen, juristischen und wirtschaftlichen Einwände Norwegens behandelt das — leider nicht genügend objektive — Buch von Idar Handagard „Grønland og Norge" (2. Aufl. Kristiania 1923, Norsk Bokhandel). Eine gute Darstellung der Entwicklung des Streites bietet dagegen Gustav Smedal, Opgjør og Forståelse med Danmark. Grønlandssaken historiskog politisk. Oslo 1928, Steenske Forlag (mit zahlr. Literaturangaben).

seinen Wirtschaftszielen ungestört nachgehen konnte. Die Verschärfung trat erst mit dem Augenblick ein, in dem Dänemark seine Souveränität über die ganze Insel auszudehnen suchte und Norwegen sich diesen Bestrebungen aufs heftigste widersetzte. Die langen Reibereien führten endlich zu dem Osloer Abkommen von 1924, das aber als Provisorium für 20 Jahre sich nur darauf beschränkte, für die Gegenwart einen modus vivendi zu schaffen und eine grundsätzliche Klärung vermied, indem die grundsätzliche Frage der Ausdehnung der dänischen Souveränität einstweilen ausgesetzt wurde. Dänemark räumte aber unter Achtung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen Norwegens diesem weiterhin das Niederlassungsrecht in Nordostgrönland ein, soweit es ohne Beeinträchtigung der Kolonie Angmagssalik geschehen kann und verzichtet damit zunächst auf die formelle Anerkennung seiner Oberhoheit über ganz Grönland. Seine Ansprüche sind demnach nicht zur Durchführung gekommen, und Norwegen hat die seinigen mit Erfolg durchgefochten. Dennoch ist man dort unzufrieden, weil die endgültige Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären nicht erreicht, die Unsicherheit nicht beseitigt wurde, was als eine Schwächung oder gar Aufgabe des nationalen Standpunktes angesehen wird. Ganz unbefriedigt ist natürlich die norwegische „norröne" Gruppe, die nicht nur Anerkennung, sondern Erweiterung des bisherigen Interessenraumes auch auf westgrönländische Gebiete erstrebt. Auch Dänemark ist unbefriedigt, weil man das Abkommen für den ersten Schritt zur Aufgabe der Hoheit über ganz Grönland hält und seine Erweiterungsbestrebungen gehemmt sieht. Der Kampf geht deshalb in Wahrheit heftig, wenn auch in anderen Formen weiter: Da es Dänen wie Norwegern freisteht, Niederlassungen in Ostgrönland ins Leben zu rufen, ging Dänemark an die Anlage der Scoresbysundkolonie. Der Jahrzehnte alte, bisher aber nie ausgeführte Gedanke, aus dem dichtbesiedelten Westgrönland Eskimos nach dem unbesiedelten Scoresbysundgebiet zu überführen, erhielt durch das Osloer Abkommen neuen Anstoß, da Dänemark sich genötigt sah, dieses Siedlungswerk zu unternehmen — und zwar sogleich, weil es fürchten mußte, daß ihm Norwegen hierin sonst zuvorkäme. Von dänischer privater Seite (da der Staat zögerte) wurde deshalb 1924 die Scoresbysundexpedition ausgeschickt zur Annexion des Fjordes und des umliegenden Geländes für Dänemark*). Um die Angelegenheit dem dänischen Volke mundgerecht zu machen, bemüht sich die Presse übereifrig, die Erfolge der Unternehmung möglichst rosig zu schildern. (Auch spätere Forschungsreisende, wie der 1929 von dort zurückgekehrte Alwing Petersen, schildern ein wahres Polarparadies in zahlreichen Pressemeldungen.) Ob aber alles das, was an höchst erfreulichen Entdeckungen im Fjordgebiet berichtet wird (reiche Kohlenflöze, heiße Quellen u. a.), auf die Dauer der wissenschaftlichen Kritik standhalten wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist die neue Niederlassung gleich den

*) Über Vorgeschichte und Verlauf der Expedition unterrichtet der vom Leiter Ejnar Mikkelsen erstattete, in deutscher Sprache erschienene und recht optimistische Bericht: Nachbarn des Nordpols, eine Koloniegründung in Ostgrönland. Deutsch von Luise Wolf. Leipzig 1927, Philipp Reclam.

westgrönländischen jährlich auf gewisse Zufuhren angewiesen, und die Schwierigkeiten einer Forcierung des hier sehr mächtigen Treibeisgürtels vor der Küste hat das Expeditionsschiff sogleich am eigenen Leibe bitter erfahren können. Wordie, der Leiter der Ostgrönlandexpedition der Universität Cambridge von 1926, glaubt*), daß zum mindesten die Anlage von weiteren Eskimoniederlassungen, wie sie von den Dänen geplant ist, nördlich der Fjordmündung wegen des dort dichter werdenden Treibeises unmöglich sei, da ein regelmäßiges Anlaufen der Lebensmittelschiffe dort nicht gewährleistet werden kann. — Norwegen wird in gleicher Weise durch Anlage von Stützpunkten und Wetterstationen vollendete Tatsachen zu schaffen suchen, die ihm bei einer späteren endgültigen Regelung zur Begründung seiner Forderungen dienen sollen. — Auch durch Errichtung einer eigenen Walfanggesellschaft sucht Dänemark die Norweger auszustechen, muß aber, wie oben erwähnt, aus Mangel an erforderlicher Kenntnis und Vertrautheit mit dem Eismeerfang zu den Färingern und Eskimos seine Zuflucht nehmen und arbeitet bisher trotz erforderlicher Staatsunterstützungen dennoch mit sehr bedeutenden Verlusten.

Die Grönlandfrage ist also heute genau so ungeklärt und das dänisch-norwegische Verhältnis genau so gespannt wie vor 1924, zumal noch andere Fragen, wie die der Museums- und Archivsachen die Befriedung erschweren, wobei von durchaus neutraler Seite anerkannt wird, daß die wenig sympathische Haltung der Kopenhagener Regierung den größten Teil der Schuld trägt.

Der tiefe, naturbedingte Hauptgrund für die vorstehend skizzierten politischen Fragen des dänischen Staates liegt bzw. lag in der Zusammenfassung verschiedener, nach Lage und Eigenart stark vom Mutterlande abweichender Natur- und Wirtschaftsgebiete unter einem Zepter. Diese verschiedene Lage und Eigenart erzeugte Volksgruppen von verschiedenen kulturellen und wirtschaftlichen Wünschen und Zielen, die nicht durch starre Einseitigkeit zu befriedigen waren. Eine Lösung hätte sich aber in jedem Falle finden lassen, wenn nicht als zweiter Hinderungsgrund die überaus unnachgiebige Haltung Dänemarks entgegengestanden hätte. Dänemark hat es bisher noch nicht über sich bringen können, dem Zuge der Zeit folgend veraltete Staatsinstitutionen der neuen Zeit und ihren Forderungen anzupassen. Hinzu kommt weiter die aus dem Abkommen von 1814 sich ergebende Verwicklung, die das Verhältnis zu Norwegen trübt: Ein übersteigerter, überempfindlicher Nationalismus, wie er sich bei fast allen, auch den kleinsten Nationen nach dem Kriege in unerfreulichster Weise bemerkbar macht, läßt deswegen auch zwischen Dänemark und Norwegen keine guten Beziehungen aufkommen. Auch die erst nach langem Zögern Norwegens erfolgte Ratifizierung der nordischen Schiedsverträge hat das Verhältnis der beiden nordischen Brudervölker nicht zu bessern vermocht. Den größten Teil der Schuld aber muß man doch bei objektiver Betrachtung im Verhalten der Kopenhagener Regierung erblicken, und es ist zweifellos richtig, wenn der Hamburgische Correspondent vom 8. Okt. 1927 schreibt: „Aus seiner Geschichte hat Dänemark noch nie zu lernen verstanden. Norwegen

*) The Scottish Geographical Magazin 1928, S. 1 ff.

und Schleswig-Holstein gingen verloren. Island wird wahrscheinlich bald verloren gehen und wird die Färöer und Grönland nach sich ziehen. Der Nationalstaat Dänemark hat eben kein Verständnis dafür, daß nicht jeder dänische Untertan auch Nationaldäne sein will."

Ottmar Fecht:

Die Seemachtsverhältnisse im indopazifischen Raum

Wettlauf zwischen chinesischer und japanischer Expansion

Die Ereignisse, die sich im indisch-ostasiatischen Raume abspielen, beschäftigen mehr und mehr die Aufmerksamkeit aller geopolitisch Interessierten. In Hinterindien ist die wirtschaftliche Vormachtstellung aus der Hand des Weißen zum großen Teile an die Chinesen übergegangen. Im Königreich Siam sind unter 10 Mill. Einwohnern 3—4 Mill. Chinesen. Sie leben vorwiegend in den großen Städten und nehmen einen hervorragenden Platz im Wirtschaftsleben als Kaufleute und Handwerker ein. Chinesisches Kapital finanziert industrielle Betriebe. Der ländliche Grundbesitz Siams, ebenso wie derjenige in Britisch-Malaya, wird in wachsendem Maße von reichen Chinesen aufgekauft. Singapore, der Schlüssel zum Pazifik in englischen Händen, zählt heute unter $^1/_2$ Mill. Bewohnern 400 000 Chinesen, zum Teil in wirtschaftlich führenden Stellungen, und nur 100 000 Malaien. In Indochina haben die Franzosen Schwierigkeiten mit Selbstbestimmungsregungen der Bevölkerung. Die Kolonie liegt außerdem gerade dort, wo die Expansionsbewegung Chinas und die indische Selbständigkeitsbewegung zusammenstoßen. Auf der südostasiatischen Inselwelt, in die sich heute die Niederlande, Portugal, England und die Vereinigten Staaten teilen, sind mehrere Millionen Chinesen ansässig. Dazu kommen besonders auf den Philippinen zahlreiche Japaner. In Niederländisch-Indien selbst gibt es eine Autonomiebewegung, die von den malaiischen Intellektuellen getragen wird. Sie erstrebt zunächst ein Dominium im Rahmen des holländischen Staatsverbandes. Das europäische Mutterland hat mit Zugeständnissen bereits eingesetzt. Es fürchtet die Bewegung, wie aus der Verhaftung einiger Führer Anfang 1930 hervorgeht. Ihr Endziel ist noch nicht abzusehen. Aber auch von anderer Seite droht dem niederländischen Besitze Gefahr. Sobald China die ersehnte Großmachtstellung erreicht hat, wird der Drang nach Beherrschung des Gegenufers — in diesem Falle die ostindische Inselwelt — sich von selbst einstellen. Auf den nordamerikanischen

Philippinen schneiden sich die japanische und die chinesische Interessensphäre. In einer Bevölkerung von rund 10 Mill. sind 2 Mill. Chinesen enthalten. Die Zahl der Japaner ist ebenfalls stark. Trotz erschwerender Maßnahmen seitens der Amerikaner schicken beide Nationen täglich neue Zuwanderer auf erlaubten oder verbotenen Wegen nach der Inselgruppe und beginnen sich wirtschaftlich immer breiter zu machen. Die Vereinigten Staaten haben sich vor einem Menschenalter die bis dahin spanischen Philippinen angeeignet, um am Westrande des Stillen Ozeans eine Position zu behaupten, die ihnen die Herrschaft auf diesem sichern sollte. Das amerikanische Kolonialgebiet steckt als Fremdkörper mitten in der ostasiatischen Welt. Neuerdings erwägt man in der Union den — vielleicht gar nicht ernst zu nehmenden — Gedanken, der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung entgegenzukommen. Seit den 90er Jahren schiebt sich nun aber Japan allmählich über die Riu-Kiu-Inseln und das ehemals chinesische Formosa von Norden, seit dem Weltkriege über die früher deutschen Marianen-, Karolinen- und Palau-Inseln auch von Osten an die Philippinen-Gruppe heran. Japans Ziel liegt klar zutage. Die Chinesen scheinen jedoch ihm den Rang ablaufen zu wollen, wie die rasch anwachsende chinesische Bevölkerungsziffer auf den Inseln ankündigt. Man bekommt überhaupt mehr und mehr den Eindruck, daß das eigentliche Machtzentrum Ostasiens in Zukunft in China, nicht in Japan liegt. Das isolierte Japan wird nicht umhin können, sich enger an das aufsteigende China anzuschließen. Die auf dem Festlande bestehenden Differenzen zwischen beiden Mächten sind auszugleichen. In dieser Hinsicht ist eine Rede des japanischen Außenministers Ende 1929 vor dem Parlamente zu Tokio äußerst beachtenswert. Selten sind von japanischer Seite wohlwollendere Worte an die Adresse Chinas gerichtet worden. Sie zeigen, daß Japan den notwendigen Anschluß an die Schwesternation sucht. Das von den Vereinigten Staaten zum mächtigen Flottenstützpunkt ausgebaute Hawai, inmitten des Stillen Ozeans, kann schwerlich gehalten werden, wenn die Philippinen eines Tages verloren gehen sollten. Ostasien wird möglicherweise der spätere Herr Hawais sein: unter den 350000 Einwohnern sind 135000 Japaner und 25000 Chinesen. Also fast die Hälfte der Bevölkerung ist jetzt schon ostasiatisch, die andere Hälfte beherbergt viele Mischlinge, die zum Teil chinesisches Blut aufweisen.

Die riesigen Flächen des australischen Kontinents müssen den notgeborenen Imperialismus der Ostasiaten locken. Ich nenne ihren Ausdehnungsdrang notgeboren, weil Landnot die Haupttriebfeder ist. Auf einem Raume,

der bequem 100—150 Mill. ernähren könnte, leben in Australien 6—7 Mill. Menschen. Ängstlich wird bis heutigen Tages jede Einwanderung „Farbiger" unterbunden. Dieser Zustand kann nicht mehr allzulange andauern. Denn das Land ist dem finanziellen Zusammenbruche nahe. Soziale Fürsorge und Arbeitslöhne sind in kaum zu überbietender Weise ausgebaut. Das Endergebnis wird die Notwendigkeit sein, die Farbigen als billige Arbeitskräfte einzulassen. Dann ist der Augenblick gekommen, auf den besonders Japan wartet. Eine Überflutung Australiens durch japanische Arbeitermassen könnte als Folge den späteren wirtschaftlichen und politischen Anschluß des jetzigen englischen Dominiums an Ostasien nach sich ziehen. Hand in Hand mit diesen offenbar sich anbahnenden Entwicklungen im Fernen Osten geht eine andere Erscheinung, die für Englands gesamt-asiatische Stellung tödlich werden kann. Der allindische Kongreß Ende 1929 hat bewiesen, daß Indien in seiner Mehrheit sich schon heute nicht mehr mit der Konzession eines britischen Dominiums zu begnügen gedenkt, sondern nach völliger Unabhängigkeit strebt. Wahrscheinlich wird ein selbständiges Indien seine Arme nach Ostafrika ausstrecken, das schon jetzt indisches Wirtschaftsgebiet zu werden beginnt.

Auf verlorenem Posten?

Natürlich suchen die im indopazifischen Raume interessierten nichtasiatischen Staaten den Verlust ihrer Positionen nach Möglichkeit aufzuhalten. Darauf deuten die beträchtlichen Seestreitkräfte hin, die dort von ihnen stationiert sind.

Das Hinaussenden von Kriegsschiffen in fremde Meere verfolgt einen mehrfachen Zweck. Größere Seemächte haben ständig mit Kriegsschiffen besetzte Flottenstationen zum Schutze der Volksgenossen in den Meeresräumen solcher Staaten, deren politische Verhältnisse nicht genügend gefestigt erscheinen. Meistens erfüllen kleinere Kreuzer und Kanonenboote diese Aufgabe. In Ostasien dienen zahlreiche kleine Einheiten der beteiligten fremden Seemächte diesen Zwecken. Auf den Flüssen Chinas tuen augenblicklich 22 englische, 11 nordamerikanische, 10 französische, 2 italienische und einige japanische Kanonenboote und Flußkanonenboote Dienst als Stationäre. Zu ihrer Unterstützung sind vereinzelte Kreuzer eingesetzt. Sie können wegen der Breite der chinesischen Ströme weit flußaufwärts gehen. Das typische Beispiel für eine Macht, die im Fernen Osten keine Kolonien besitzt und dort Schiffe vorwiegend zum Schutze seiner Staatsbürger hält, ist Italien. Zwei italienische Flußkanonenboote befahren die Ströme Chinas, während ein alter Kreuzer den Rückhalt bildet. Denn die zweite Aufgabe, der einzeln hinausfahrende Kriegs-

schiffe in Übersee gerecht werden sollen, erfüllt der veraltete italienische Kreuzer sicher nicht: Anknüpfung und Schutz wirtschaftlicher Beziehungen. Man hat in neuerer Zeit den Wert der Kriegsschiffe als Vermittler von Handelsaufträgen schätzen gelernt. Voraussetzung ist allerdings, daß das wirtschaftlichen Anschluß suchende Land durch moderne, repräsentative Schiffe vertreten ist, die Vertrauen zu seiner industriellen Leistungsfähigkeit erwecken. Zweifellos macht sich gerade in Ostasien eine solche Verwendung der Machtmittel zu See bezahlt. Für die dort eingesetzten außerasiatischen Seestreitkräfte besteht eine wichtige, wenn auch heute noch nicht, wie wohl in Zukunft einmal, einzige Aufgabe in Anknüpfung und Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen. Trotz der beginnenden Industrialisierung des chinesischen Reiches kann die europäische Wirtschaft durch Erzeugung von Qualitätswaren sich vermutlich noch für längere Zeit unentbehrlich machen. Möchte auch die deutsche Industrie dies rechtzeitig erkennen!

Das Hauptziel, das die fremden Mächte bei der Stationierung starker Kräfte zur See in dem betrachteten Raume leitet, ist jedoch die Verteidigung des dort liegenden Kolonialbesitzes, vor allem der seestrategisch wichtigen Punkte, sowie Schutz besonders vitaler Interessen. Nirgends im Bereiche außereuropäischer Kolonialgebiete auf der Erde sind so starke maritime Streitkräfte zusammengezogen, wie in dem ost- und südostasiatischen Raume. Der Grund ist ersichtlich. Nirgends ist Kolonialbesitz so gefährdet, nirgends sind so mächtige Feinde der fremden Kolonien und Vorrechte auf dem Posten, als gerade hier in der Nähe Japans und Chinas. Das Moment der Überraschung wird künftig noch mehr als bisher im Seekriege eine Rolle spielen. Ein unvermuteter Vorstoß der schlagfertigen japanischen Flotte beispielsweise gegen Hawai oder die Philippinen eines Tages als Einleitung einer ostasiatischen Offensive ist durchaus denkbar.

Die absoluten Flottenstärken im indopazifischen Raum

Japan hat zur Zeit ständig im Dienste — also sofort verwendungsbereit — 7 Großkampfschiffe, 3 Flugzeugträger, 4 Geschützte Kreuzer zu 7200 t, 5 Kreuzer zu 5700 t, 1 Kreuzer zu 3500 t, etwa 70—80 Zerstörer, 30—40 Unterseeboote. Fast ausnahmslos handelt es sich um modernes Material. Die Großkampfschiffe beginnen, wie nahezu in allen Marinen, zu veralten, stellen aber mit ihrer mächtigen Artillerie heute noch volle Kampfwerte dar. Bald dürften die gegenwärtig in die aktive Schlachtflotte eingereihten, nur mittelgroßen Kreuzer durch

8 neue 10000 t-Kreuzer ersetzt sein, von denen 4 fertiggestellt, 4 weitere im Bau sind. Damit nennt Japan Schiffe von heutzutage stärkster Wirkung sein Eigen, die wegen ihres großen Aktionsradius und ihrer hohen Geschwindigkeit für überraschende Unternehmungen in weiten Seeräumen besonders wertvoll sind. Die nicht dauernd im Dienst befindlichen Flottenbestände können hier außer Acht bleiben. Denn es sollen nur die stündlich in die Waagschale zu werfenden Seestreitkräfte Berücksichtigung finden, mit denen die im Osten vorhandenen Kräfte der fremden Mächte im Ernstfalle sofort zu rechnen haben. Bei dem Washingtoner Flottenabkommen im Jahre 1922 erhielt Japan gegenüber den Vereinigten Staaten einen Bestand an Großkampfschiffen im Verhältnis von 3 : 5 zugebilligt. Japan wünscht jetzt auf der im Januar 1930 zusammengetretenen Londoner Seekonferenz mit seinen Geschützten Kreuzern zur Union in ein Verhältnis von 7 : 10 zu gelangen. Erreichen wird es mindestens die Verhältniszahl 6,6 : 10. Dadurch ist ihm praktisch die Ebenbürtigkeit mit der nordamerikanischen Marine gesichert. Die kommende ostasiatisch-amerikanische Auseinandersetzung wird am Westrande des Stillen Ozeans ausgetragen werden. Die zur See höchstens um 50% stärkeren Vereinigten Staaten haben also den großen Nachteil des außerordentlich langen Anmarschweges zum Operationsgebiete ihrer Flotte. Die japanische Marine kann sich dagegen unmittelbar auf ihre heimischen Basen stützen.

In den ohne Zweifel zu erwartenden Kämpfen wird China schwerlich abseits stehen. Das Reich der Mitte ringt nach nationaler Einigung und Festigung. Mag auch noch ein Jahrzehnt oder mehr verstreichen, die politische und wirtschaftliche Großmacht China ist im Entstehen. Die ersten Ansätze zum Wiederaufbau auch der chinesischen Flotte sind gemacht. Sie setzt sich gegenwärtig nur aus 6 alten kleinen Kreuzern, einer Reihe ziemlich wertloser Zerstörer, Torpedoboote und Kanonenboote, schließlich aus 4 modernen Kanonenbooten und 7 neueren Flußkanonenbooten zusammen. Ein Flottenbauprogramm sieht vorläufig vor: 2 Panzerschiffe zu 12000 t, 4 Geschützte Kreuzer zu 4800 t, 2 Flugzeugträger, 3 Zerstörer, 12 Flußkanonenboote, 2 Unterseebootsminenleger. — Zur Vervollständigung sei auch die unbedeutende Marine Siams erwähnt. Sie besteht nur aus wenigen Kanonenbooten, Zerstörern und Torpedobooten.

Die Vereinigten Staaten erscheinen in Ost- und Südostasien vorwiegend mit Zerstörern und U-Booten auf dem Plane. 19 neuere Zerstörer von 1200 t und 12 neuere U-Boote von ungefähr 900 t dienen zur Verteidigung der Philippinen. Ein Flugzeugmutterschiff mit einem Torpedo- und Bombenflug-

zeuggeschwader an Bord, ferner eine Anzahl Minenleger und Minensuchboote ergänzen die dortigen Verteidigungsmittel zur See. Der Kanonenboote auf den chinesischen Flüssen ist schon an anderer Stelle gedacht worden. An großen Schiffseinheiten ist lediglich ein alter Panzerkreuzer von nur noch geringem Gefechtswerte in Asien stationiert. Da moderne größere Einheiten fehlen, sind die rein defensiven Ziele der asiatischen Seestreitkräfte der Union deutlich betont. Japan würde kaum zulassen, daß die Vereinigten Staaten im Westpazifik in nennenswertem Umfange Flottenbestände von ausgesprochen offensivem Charakter unterhalten, wie Schlachtschiffe und moderne Geschützte Kreuzer. Ein Versuch in diesem Sinne müßte den Kampf um den Stillen Ozean in greifbare Nähe rücken.

Der Schwerpunkt der asiatischen Flotte Englands liegt nicht in Indien, sondern ebenfalls in Ostasien. In dem indischen Kolonialreiche haben die Briten nur einen neueren 10000 t-Kreuzer und 2 modernere Kreuzer zu 7700 t neben einigen Kanonenbooten im Dienste. Mittelpunkte der englischen Seestellung in Fernost sind Singapore und Hongkong. Nach dem Washingtoner Abkommen 1922 hat England jedoch von einem weiteren Ausbau Hongkongs als Flottenstützpunkt abzusehen. Die Stärke der Seestreitkräfte Englands in Ost- und Südostasien ist erheblich. Außer den Kanonenbooten unterhält es dort 5 Geschützte Kreuzer neuester Art zu 10000 t, einen älteren Kreuzer zu 3800 t, 1 Flottillenführer zu 1800 t, 8 Zerstörer zu 1100 t, 6 in den Jahren 1928/29 gebaute Unterseeboote zu 1600 t, 1 Minensucher, 1 Flugzeugträger mit 20 Flugzeugen. Die Briten können augenblicklich die Zusammenziehung dieser starken maritimen Kräfte im fernen Osten noch wagen. Denn sie verletzen damit die Interessen Japans, der gegenwärtig einzigen wirklichen Seemacht Asiens, heute wenigstens nicht unmittelbar. China muß vorläufig die englische Machtkonzentration in dem als asiatischen, wenn später nicht gar als rein chinesischen „Mare nostro" beanspruchten Südchinesischen Meere hinnehmen. England hat als Herr Singapores den westlichen Zugang zum Stillen Ozean in der Hand. In China selbst verteidigen die Briten außergewöhnlich wichtige Belange. Schon das Viertelhundert englischer Kanonenboote auf den Strömen beweist dies. Der englische Kaufmann nimmt im Lande den ersten Platz unter den Europäern ein. An den offiziell seit dem 1. Januar d. J. aufgehobenen, praktisch vorderhand weiterbestehenden fremden Konzessionen sind besonders stark die Engländer interessiert. Durch ihren Einfluß auf die Seezölle haben sie die Möglichkeit, sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Die Erstürmung der

britischen Niederlassung in Hankau vor einigen Jahren, der damals über die englischen Waren verhängte Boykott sind aber keine günstigen Vorzeichen. Die nationale chinesische Regierung verfolgt als erste Ziele wirklich restlose Beseitigung aller fremden Vorrechte. Selbst wenn wider Erwarten die nationale Zentralregierung sich nicht endgültig halten sollte, wird jede andere chinesische Regierung, mag sie vielleicht innenpolitisch noch so grundverschieden von der vorigen sich auswirken, außenpolitisch die nämlichen Forderungen erheben müssen. Souveränität ohne jede Einschränkung ist das A und Ω der künftigen chinesischen Außenpolitik.

Holland hat das Schwergewicht überhaupt seiner ganzen Flotte allmählich von den heimischen Küsten nach dem ostindischen Kolonialreiche geschoben. Zum Schutze seines dortigen Besitzes sind nunmehr 1 Küstenpanzerschiff zu 6500 t, 2 moderne Geschützte Kreuzer zu 7000 t, 2 neue gepanzerte Kanonenboote zu 1700 t, 8 erstklassige große Zerstörer zu 1650 t, 3 kleine Torpedoboote, 12 neue U-Boote zu 6—700 t stationiert. Drei etwas größere U-Boote für Indien sind im Bau. Ursprünglich war der Zweck der niederländisch-indischen Flotte nicht so sehr der Schutz gegen Asien, als Verteidigung der holländischen Neutralität und Rettung des Kolonialreiches in etwa in Ostasien ausbrechenden bewaffneten Konflikten. Besonders gegen Englands Begehrlichkeit war man mißtrauisch und rechnete mit der Möglichkeit eines Handstreiches. Heute dürften die Briten keine große Neigung mehr verspüren, in nächster Nachbarschaft des gärenden Indiens ein weiteres Gebiet mit Selbständigkeitsregungen einzustecken.

Frankreich ist in Indochina mit einigen Minensuchbooten, im Fernen Osten durch die Kanonenboote auf den Flüssen und einen veralteten Panzerkreuzer vertreten. Von Italiens Seestellung in China war schon die Rede.

Die gesamten von Europa und Amerika aufgebotenen Seestreitkräfte im indopazifischen Raume haben die undankbare Aufgabe, gegen das vordringende Asiatentum eine auf die Dauer wohl nicht haltbare Stellung zu stützen. Immerhin können sie noch verhindern, daß der Zusammenbruch der fremden Vorherrschaft in Ost- und Südostasien zu plötzlich erfolgt. In nicht ferner Zeit werden allerdings Kriegsschiffe außerasiatischer Mächte in dem umschriebenen Bereiche wahrscheinlich nur als Förderer von Wirtschaftsbeziehungen geduldet werden. Einer ständigen Zusammenziehung großer fremder Streitkräfte in ihrem Lebensraume dürften die Ostasiaten nach Eintritt Chinas in die Reihe der Großmächte sich widersetzen.

HELLMUTH WOHLTHAT:

Amerikanische Manöver am Panamakanal 1929

Die Aufgabe

Der Besitz des Panamakanals bedeutet für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, daß sie ihre Flotte schnell entweder im Atlantischen oder Pazifischen Ozean vereinigen können. Gleichzeitig wird durch den Besitz des Kanals eine entsprechend schnelle Vereinigung der feindlichen Kräfte verhindert. Der Weg um Südamerika bedeutet etwa 12000 zusätzliche Seemeilen für eine Flotte, die von Europa oder Ostasien kommt und auf die ihr abgewendete Seite Amerikas zu gelangen sucht. — Die dem Kanal zunächst gelegene amerikanische Flottenbasis an der kalifornischen Küste ist im Norden San Pedro, 3000 Meilen von Panama City entfernt. Die Hauptbasis im Pazifik und der Außenposten, der die pazifische Küste vor einer Invasion beschützen soll, Hawaii, liegt in einer Entfernung von 4700 Meilen von Panama City.

Der Zweck des Manövers 1929 war, alle Mittel in Angriff und Verteidigung des Kanals zu erproben. Dem Angreifer stehen zwei Möglichkeiten offen: entweder den Kanal unbrauchbar zu machen, ohne die Kanalzone zu besetzen, oder die Kanalzone zu erobern und den Kanal möglichst unbeschädigt für seine Kriegs- und Handelsflotte in Gebrauch zu nehmen.

Die Aufgabe des Angreifers in diesem Manöver war, vom Pazifik kommend den Kanal so zu beschädigen, daß er gebrauchsunfähig wurde. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen entweder eine oder mehrere Schleusen oder der Gatun-Damm zerstört werden. Dieser Damm hindert das Wasser der Fahrstraße, die durch den Gatunsee geht, in einem reißenden Strom in tieferes Land auszulaufen. Der Wasserstand des Gatunsees würde dadurch so niedrig, daß die Schiffahrt aufhören müßte.

Die Verteilung der Streitkräfte

Der angreifende Admiral der schwarzen Flotte verfügte über 11 Schlachtschiffe, die drei Geschwader Beobachtungsflieger trugen. — Diese Flugzeuge werden mit Katapulten gestartet und dienen hauptsächlich zur Beobachtung und Korrektur des Feuers der Schiffsgeschütze. — Ferner gehörten zur Flotte das Flugzeugschiff „Saratoga“ mit zwei Geschwadern Kampfflieger, zwei Geschwadern Aufklärungsflieger, einem Geschwader Torpedo- und Bombenflieger, einem Geschwader leichte Bombenflieger, der Flugzeugschlepper „Aroostook“,

ein schweres Bombenflugzeug an Bord, welches ein ganzes Geschwader darstellen sollte, und endlich: der Kreuzer „Omaha", 38 Zerstörer, eine Anzahl Unterseeboote sowie 15 Schiffe mit Material aller Art für die Unterhaltung seiner Streitmacht.

Der Admiral der blauen verteidigenden Flotte verfügte über 4 Schlachtschiffe, 5 leichte Kreuzer, das Flugzeugschiff „Lexington", den Flugzeugschlepper „Wright", 32 Zerstörer, eine Anzahl U-Boote und mehrere Minenleger. Seine Schlachtschiffe führten ein Geschwader Beobachtungsflieger mit sich. Die „Lexington" trug ein Geschwader Torpedo- und Bombenflieger, ein Geschwader Kampfflieger, ein Geschwader Aufklärungsflieger, ein Geschwader leichte Bombenflieger, die „Wright" ein Geschwader Torpedo- und Bombenflieger. — In der Annahme befand sich ein weiteres blaues Geschwader in höchster Fahrt von Hampton Roads, der Flottenstation im Zentrum der atlantischen Küstenverteidigung, unterwegs, um sich durch den Kanal vor dem Angriff der schwarzen Flotte mit den pazifischen Streitmächten zu vereinigen. An Truppen waren auf der blauen Seite 10000 Mann Küsten- und Feldartillerie, Infanterie und Flieger, die die jetzige Besatzung der Kanalzone bilden.

Der schwarze Admiral konnte jeden Kurs steuern, der ihm beliebte, und kam von San Pedro (Kal.).

Um die Lage verständlicher zu machen, füge ich einige Bemerkungen ein.

Die Verwendung von Beobachtungsflugzeugen hat die Wirkung des Geschützfeuers von Schiffen und auch von Küstenbatterien gewaltig gesteigert. Der Führer muß auf möglichst weite Entfernung eine Warnung von der Annäherung des Feindes erhalten aus zwei Gründen: 1. angreifende Bombenflieger können aus Entfernungen weit außerhalb der Reichweite der Geschütze kommen; — 2. die beste Waffe gegen Bombenflieger sind die eigenen Kampfgeschwader. Im Luftkampf spielt die Überhöhung eine große Rolle. Um den Vorteil der größeren Höhe zu gewinnen, müssen also die Verteidiger Zeit haben, vor Ankunft des Angreifers diese Höhe zu erreichen. Außerdem können Flieger nicht wie Land- und Seestreitkräfte längere Zeit die gleiche Formation beibehalten, sondern nur einige Stunden.

Der Aufmarsch

Der blaue Admiral mußte deshalb ein Hauptaugenmerk auf die Entdeckung der schwarzen Flugzeugschiffe lenken. Wenn er auch nicht hoffen konnte, mit seiner schwächeren Schlachtflotte eine solche Position zu erlangen, sie durch

Geschützfeuer zu versenken, so konnte er sie doch durch die Flieger seiner eigenen Flugzeugschiffe angreifen lassen, um so den Bombenangriff auf die Kanalschleusen und den Gatundamm zu verhindern.

Der schwarze Admiral wollte seinerseits dem Flugzeugschiff „Saratoga" die größte Wirkungsmöglichkeit geben und sandte das Schiff mit dem Kreuzer „Omaha" und zwei Zerstörern auf eine lange Fahrt nach Süden zu den Galapagos-Inseln. Gleichzeitig suchte in Reichweite der schwarzen Hauptkräfte der Flugzeugschlepper „Aroostook", begleitet von schützenden Schlachtschiffen, nach einer durch Land geschützten ruhigen Wasserfläche, wovon der schwarze Bombenflieger zum Angriff auf den Gatundamm aufsteigen sollte. — Bis jetzt ist es noch nicht möglich, schwere Bombenflieger anders als von ruhigem Wasser (oder Land) aufsteigen zu lassen.

Der Kampf begann damit, daß ein blauer Zerstörer die schwarze Flotte auf hoher See sichtete. Obwohl er durch Geschützfeuer versenkt wurde, hatte er doch seine Radiomeldung abgeben können. Da die „Saratoga" nicht zu entdecken war, beschloß der blaue Admiral, die schwarze Flotte mit den Fliegern der „Lexington" anzugreifen.

Es herrschte schlechtes, unsichtiges Wetter. Klare Sicht folgte plötzlich auf den verhüllenden Dunst. Die „Lexington" war zu nahe an den Feind geraten. Das schwarze Schlachtschiff „California" und vier andere eröffneten sofort auf 16 000 Yards Entfernung das Feuer aus ihren 14- und 16-Zoll-Geschützen. Die „Lexington" war zerschossen ehe sie einen Flieger starten konnte.

Die schwarzen Flieger greifen an

Die schwarzen Schlachtschiffe, welche die „Saratoga" schützen sollten, während sie ihre Flugzeuge zum Angriff auf die Schleusen von Miraflores und Pedro Miguel startete, verfehlten den Treffpunkt. In der darauffolgenden Nacht entdeckte der blaue Kreuzer „Detroit" die „Saratoga" und gab die Radiomeldung zurück. Die „Saratoga" brachte es jedoch fertig, eine gute Stellung etwa 100 Meilen von der Kanalzone einzunehmen und hatte bei Tageslicht etwa 100 Flieger zum Angriff gestartet.

Die Warnung der „Detroit" hatte die Kanalverteidigung zu spät erreicht. Die schwarzen Flieger griffen die Schleusen an und entkamen, nachdem sie sie überflogen hatten. Nur vier wurden zur Landung gezwungen.

Während die „Saratoga" beschäftigt war, ihre Flugzeuge wieder aufzunehmen, wurde sie von blauen Schlachtschiffen angegriffen, die auf die

Meldung der „Detroit" herbeigeeilt waren. Im Kriegsfall hätte die „Saratoga" mit ihrer Geschwindigkeit von 31 Knoten gegen 21 der Schlachtschiffe entkommen können. Sie hätte dann die Flieger ihrem Schicksal überlassen müssen.

Inzwischen hatte die „Aroostook" einen ruhigen Wasserplatz gefunden und ihre schweren Bombenflugzeuge gestartet. Nach einem langen Flug über dem Isthmus warf dieses Flugzeug theoretisch die schweren Bomben auf den Gatundamm ab. Das Flugzeug wurde zur Landung gezwungen.

Die dreitägigen Manöver mit dem Höhepunkt des Fliegerangriffs hatten gezeigt, daß ein überraschender Angriff wohl möglich war. Der Erfolg wird aber von der Wirkung der schweren Bomben auf die modernen Schleusen und Dammbauten abhängen. Auch kam die Wirkung der Flugzeugabwehrbatterien nicht zum Ausdruck, die nach dem Kriege sowohl an Reichweite ihrer verschiedenen Geschützarten, Feuergeschwindigkeit und Treffsicherheit bedeutende Verbesserungen erfahren haben.

In der folgenden Nacht lief die schwarze Flotte in die Bucht von Panama ein. Dies wurde von den blauen Zerstörern und Aufklärungskreuzern gemeldet, Das Ziel des schwarzen Admirals war, die Schleusen von Miraflores durch Geschützfeuer zu zerstören. Die blauen Seestreitkräfte konnte er durch seine Übermacht zurücktreiben. Um die Schleusen mit seinen Geschützen erreichen zu können, mußte er entsprechend nahe heran. Er mußte mit den Angriffen von U-Booten und mit Minen rechnen. Er blieb so weit ab, daß er mit den 94—14-Zoll- und 24—16-Zoll-Geschützen seiner Schlachtschiffe, den Landbatterien mit entsprechender Reichweite und den blauen Schiffen zahlenmäßig überlegen war. Er blieb außerhalb der 12-Zoll-Mörser, die in Gruppen von 4 zusammen feuern und sehr gefährlich für Schiffe sind, da ihre Geschosse das Ziel in steilem Einfallwinkel treffen, und außerhalb der 6-Zoll-Kanonen, die durch ihre Fähigkeit zu lang anhaltendem Schnellfeuer ebenfalls gefährlich sind.

Im Weltkrieg erhielten Schiffe, die Küstenbefestigungen angriffen, mehr Treffer als umgekehrt. Die Flugzeugbeobachtung gibt heute der angreifenden Flotte die Möglichkeit, außer Sicht vom Lande unter dem Horizont zu bleiben und doch mit beobachtetem Feuer zu schießen. Voraussetzung ist, daß die angreifende Flotte die Luft beherrscht. Da mehrere Inseln in der Bucht von Panama liegen, konnte die schwarze Flotte teilweise in Sicht dieser Landbeobachtung kommen.

Schon vor Anbruch des fünften Tages waren alle Flieger beider Parteien in der Luft. Die Aufklärungsflieger suchten die genaue Lage beim Feinde festzu-

stellen. Bombengeschwader griffen die feindlichen Schiffe an. Kampfflieger suchten ihre Gegner herunterzubringen. Blaue Zerstörer legten einen Rauchschleier vor ihre Schlachtschiffe. Die schwarze Flotte suchte sich der Sicht von den Inseln zu entziehen durch einen Rauchschleier, der von Zerstörern und Fliegern gelegt wurde. Die schwarzen rauchlegenden Zerstörer waren für die Landbatterien ein zu kleines und zu schnell bewegliches Ziel. Die rauchlegenden Flieger hätten nur durch einen Fliegerangriff an ihrer Tätigkeit gehindert werden können. Verhüllt hinter einem weißen und schwarzen Rauchschleier lag die schwarze Flotte und startete mit ihren Katapulten die Beobachtungsflieger. Sie trieb die blauen Schiffe durch ihr Feuer zurück. Tausende von Fuß hoch kreisten die Beobachtungsflieger über ihr und lenkten das Feuer der dazu bestimmten Schlachtschiffe auf die Schleusen von Miraflores.

Der blaue Admiral setzte sein letztes Verteidigungsmittel ein und warf seine U-Boote und Zerstörer zum Torpedoangriff auf die schwarzen Schlachtschiffe. Die U-Boote wurden von schwarzen Fliegern entdeckt und mit Bomben angegriffen. Hiermit endeten die Übungen.

Militärisches und geopolitisches Ergebnis

Die Hauptlehre des Manövers war, daß die Verwendung von Flugzeugen die Aussicht des Angreifers, den Panamakanal zu zerstören, erhöht hat. Dies könnte im Ernstfall der erste Schritt zu einer entscheidenden Niederlage der amerikanischen Flotte werden.

Für den Inhaber der Seeherrschaft ist dann die Bewegung von Armeen über die Weltmeere keine Unmöglichkeit, wie zuletzt 1918 der Transport von 200 000 Amerikanern nach Europa bewiesen hat.

Nach Ansicht amerikanischer Sachverständiger, hat das Manöver bewiesen, daß die Überlegenheit in einem Kampf zur See zwischen Kräften, deren Stärke ähnlich ist, nicht erkämpft werden kann ohne die Überlegenheit in der Luft. Die Zusammenarbeit aller Arten von Kriegsschiffen mit Luftstreitkräften gibt den Kriegsschiffen in der einen oder der anderen Form eine größere Wirkungsmöglichkeit.

Der Erfolg des Angreifers oder des Verteidigers des Panamakanals beruht auf der Luftherrschaft. Die amerikanische Besatzung der Kanalzone ist nicht zahlreich genug, um beide Küsten gleichzeitig zu verteidigen. Die Kanalverbindung zwischen dem Atlantischen und Pazifischen Ozean ist von solcher Wichtigkeit für die Vereinigten Staaten, daß der Bau eines zweiten Kanals in der Nikaraguazone in Aussicht genommen ist.

Ich möchte ferner noch darauf hinweisen, daß die riesigen Entfernungen des amerikanischen Herrschaftsbereiches es notwendig machen, daß die einzelnen Schiffsklassen, z. B. die Unterseeboote und Kreuzer, im Einklang mit den internationalen Verträgen so groß gebaut werden können, daß sie einen entsprechenden Wirkungskreis haben. Dies spielt eine Hauptrolle in der Verhandlung über die sogenannte Flottenabrüstung.

Die Engländer erörtern in der Presse den Plan, ihre Befestigungen auf den westindischen Inseln zu schleifen. Damit würden sie der empfindlichen öffentlichen Meinung Amerikas im Zusammenhang mit allem, was den Panamakanal angeht, entgegenkommen. In Wirklichkeit sind die englischen Befestigungen zum Schutze der westindischen Inseln heute von geringem Werte. Der Besitz der Inseln hängt davon ab, wie lange im Ernstfalle die englische Flotte die Seeherrschaft behauptet. England verfügt an der atlantischen Küste Amerikas in der Linie Halifax—Bermudas—westindische Inseln über vorzügliche Stützpunkte. Die Japaner haben nichts Ähnliches an der pazifischen Küste, abgesehen von ihrer Lage gegenüber den amerikanischen Außenposten Manila—Hawaii.

Die Manöver am Panamakanal beweisen jedoch, daß ein überraschender Angriff auf die pazifische Küste und den empfindlichsten Punkt der amerikanischen Stellung, den Panamakanal, mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann.

Carl Schramm:

Rechtsbildung und Geopolitik II

II. Staatsrecht

Die staatsrechtliche Entwicklung eines Volkes wird von der Geopolitik wesentlich beeinflußt. Das beste und naheliegendste Beispiel bietet auch hier Deutschland. Während nahezu kein altes Kulturvolk der Welt mehr einen Kampf um Föderalismus und Unitarismus kennt, muß sich Deutschland mit diesem Problem wahrscheinlich während der ganzen Dauer seiner Lebensgeschichte abmühen. Der Grund liegt darin, daß die germanische Welle der Völkerwanderung in dem mitteleuropäischen Raum mit seiner eigenartigen Struktur zum Stillstand kam. Das Staatsrecht vieler Völker wird von einer großen Ebene beherrscht und führt somit zwangsläufig zum Zentralismus und zur großräumigen Auffassung des Staates. Man denke an Rußland, Preußen usw. Andere Völker wurden in einen Kessel geworfen, der von natürlichen Grenzen umschlossen ist, z. B. Ungarn.

Hier entsteht gleichfalls unter dem Zwange der Natur eine einheitliche Staatsauffassung, wenn auch ohne großräumige Einstellung. Frankreichs staatspolitische Entwicklung stand unter dem Einfluß der natürlichen Seinefestung, welche infolge ihrer zentralen Lage die Flankengebiete unter ihren Willen zwang.

In Deutschland finden wir aber leider eine Mischung all dieser Möglichkeiten. Nördlich der Gebirgsdiagonale die Großräumigkeit mit ihrem automatischen Streben nach Zentralismus. In Thüringen kleine und kleinste Kessel, umgeben von Gebirgszügen und Flüssen, welche zur Kleinstaaterei führen. Unter dem Einfluß der Donau bildete sich der südbayerisch-oberpfälzische Staat der Wittelsbacher, der durch den schwäbisch-fränkischen Jura im Norden und Nordwesten und den Alpen im Süden begrenzt wird. Zwischen dem schwäbischen Jura und dem Schwarzwald wächst Württemberg in die deutsche Geschichte. Der Schwarzwald läßt bis zum Rhein ein schmales Gebiet offen, das sich zum Staate Baden entwickelte. Weiter nördlich folgt dem gleichen Gesetz Hessen. So mischen sich kleinste Kleinstaaterei, Kesselpolitik großerer Staaten und der Zentralismus großräumiger Staatsauffassung. Unter diesen Zeichen stand die deutsche Staatspolitik und wird sie noch lange stehen. Nicht in erster Linie die Fürstenpolitik ist daran schuld, sondern die geopolitische Struktur Deutschlands. Wäre Deutschland ein großräumiges Gebiet, so wäre es Einheitsstaat geworden trotz oder gerade wegen der Fürsten. Würde das neutrale Maindreieck von Natur festungsartiger ausgestaltet sein und wäre es von einem zielbewußten Volksstamm bevölkert gewesen, so wäre der deutsche Förderativstaat mit einheitlicher Führung oder der Einheitsstaat längst schon gekommen. Gerade die Eroberungssucht der Fürsten hätte dies erreicht. So wurde der Streit der Fürsten durch die Geopolitik in falsche Bahnen gebracht. Alle deutschen Stämme lagen aber um das Maindreieck Rücken an Rücken und ihre machtpolitischen Tendenzen waren zentrifugal gerichtet. Die böhmische Festung wäre gleichfalls geeignet gewesen, ein einheitliches großes Deutschland zu erzwingen. Diesem Raum fehlte aber das Führervolk.

Daß heute die Entwicklung mehr zum Einheitsstaat neigt als früher, hängt mit dem überragenden Einfluß des großräumigen Preußens und dem Abschwächen der geopolitischen Raumwirkungen durch die Besserung der Verkehrs- und Transportverhältnisse zusammen.

Ein anderes Beispiel für den Einfluß der Geopolitik auf das Staatsrecht gibt Spanien. Es ist daran, gerade seine 10. Verfassung auszuarbeiten, eine Zahl, die sonst kein Staat bisher erreicht hat. Diese Tatsache hängt zusammen mit der

verhältnismäßig großen Interesselosigkeit des Spaniers für Kollektivfragen. Und diese Interesselosigkeit ist wiederum zurückzuführen auf den kulturellen und politischen Einfluß, den lange Jahre die Araber mit ihrem Nomadenwesen und ihrer Ablehnung aller Kollektivfragen auf Spanien ausgeübt haben. Daß aber Spanien unter arabischen Einfluß gekommen ist, muß man, ohne daß es einer weiteren Begründung bedarf, auf die geopolitische Lage zu Afrika zurückführen.

III. Sozialentwicklung

Daß die Entwicklung der sozialen Lage einer Bevölkerung auf die Rechtsbildung von Einfluß ist und sein kann, braucht nicht lange bewiesen zu werden. Man denke als typisches Beispiel an den Kampf der Patrizier und Plebejer in Rom, der sich auf sozialer und machtpolitischer Grundlage als Kampf um die Rechtsgleichheit abspielte. Je nach der Entwicklung der sozialen Lage einer Bevölkerung wird auch das Staatsrecht beeinflußt werden. Aber auch die soziale Lage ist zum großen Teil wiederum von geopolitischen Verhältnissen bedingt. Daß in Ländern mit Naturreichtum die Verhältnisse anders liegen als in armen Ländern, leuchtet sofort ein. In Deutschland können wir wiederum eine zweifache Entwicklung beobachten, die gleichfalls zum Teil auf die Wirkung der Rhein-Donaulinie zurückzuführen ist. Die süd- und westdeutsche Kleinstaaterei sowie die größere Unterwürfigkeit der dunklen Rasse führte zu einer Knechtschaft und Unfreiheit der Bauern. Im nord- und nordostdeutschen Kolonialgebiet mit seiner Großräumigkeit entstanden große Ländereien eines einzigen Eigentümers. Seine Oberhoheit war aber oft nur formeller Art; der Bauer war verhältnismäßig frei. Die Unfreiheit und Knechtung des süd- und westdeutschen Bauern ist zum großen Teil auch auf römisch-rechtliche Einflüsse zurückzuführen, deren Zusammenhänge mit der Geopolitik schon dargetan wurde. Die Staufenkaiser übernahmen italienische Wirtschaftsformen. Der Bauer war der „subjectus“ des „Imperators“. Diese Gedankengänge übertrugen sich auch auf die kleinen und kleinsten „Imperatoren“. Es ist daher gar nicht auffallend, daß die Bauernkriege um 1500 fast nur an der Rhein-Donaulinie aufflammten, während das Land nördlich und östlich der Gebirgsdiagonale im großen und ganzen von diesen Unruhen verschont blieb.

Rhein und Donau führten, angelehnt an die Rhônelinie, die Blickrichtung des Oberdeutschen nach Italien und das damals alles beherrschende Mittelmeer. Der Handel Deutschlands mit dem Süden ging von Oberdeutschland aus. Hier entstanden die Städte als Handelsniederlassungen. Der Norden mit seinen weiten

Ländereien kannte ursprünglich nur wenige Städte. In den Städten entstanden die Gewerbe und mit ihnen die Zünfte, die sehr bald anfingen, mit den Stadtvätern um die Gleichberechtigung in der Stadtverwaltung zu ringen. Sehr bald drangen die Vertreter der Zünfte in die Stadtverwaltung ein. Dies führte zu einer Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen und von hier aus auch der Staatsverwaltung. So ist es nicht verwunderlich, daß Oberdeutschland, dem Zwang geopolitischer Verhältnisse folgend, demokratisch wurde, während das norddeutsche Kolonialland konservativ blieb. Noch während des Krieges bestand in Preußen das Dreiklassenwahlrecht. Die ersten Verfassungen gaben die süddeutschen Fürsten. In Norddeutschland brachte erst die Hansa eine Stadtentwicklung mit sich. Aber auch die Entwicklung der Hansa ist auf geopolitische Verhältnisse zurückzuführen. Durch die Entdeckung Amerikas wurde das wirtschaftliche Schwergewicht aus dem Mittelmeer in die Atlantik verlegt. Diejenigen Länder, welche nächst der Atlantik lagen, blühten wirtschaftlich auf, während die anderen Länder verarmten. Für Deutschland bedeutete dies eine Verschiebung des wirtschaftlichen und machtpolitischen Schwerpunktes vom Süden (Wien) nach dem Norden (Berlin). Aber trotzdem nunmehr in Norddeutschland Städte aufblühten, ist doch die Stadtverfassung lange Zeit grundverschieden von der oberdeutschen geblieben. In der norddeutschen Hansastadt herrschte der Kaufmann vor und nicht der Gewerbetreibende.

Man sieht also, wie auch die soziale Entwicklung der Bevölkerung auf rechtliche Verhältnisse und Rechtsbildung einwirkt und wie diese Sozialentwicklung ihrerseits durch geopolitische Verhältnisse beeinflußt wird.

IV. Urheberrecht

Der Zusammenhang zwischen Urheberrecht und Geopolitik*) kann sowohl in der innerstaatlichen wie auch der zwischenstaatlichen Rechtsentwicklung beobachtet werden. Im vorigen Abschnitt wurde bereits auf das Zünftewesen in West- und Süddeutschland hingewiesen, dem keine ähnliche Entwicklung in Norddeutschland, mindestens vor der Zeit der Hansa gegenübersteht. Auch der Unterschied zwischen Großräumigkeit des deutschen Nordens und Ostens und der Kleinstaaterei des Südens und Westens ist hier gleichfalls von Bedeutung. Denn unter der Vorherrschaft der Zünfte und Gilden wuchs das Urheberrecht aus dem Volke heraus. Die geringe Größe der Staaten gab den „Monopol-

*) Z. T. entnommen aus Meister „Geopolitische Grundlagen des überstaatlichen Urheberrechts", Zeitschrift für Geopolitik 1929, S. 250.

rechten" der Fürsten keinen großen Wert. In großräumigen Ländern dagegen, welche der Allgewalt der Krone unterstanden, entwickelte sich das Urheberrecht aus dem Monopol und Privilegien, welche die Fürsten gewährten. So ist es denn auch nicht auffallend, daß Norddeutschland für einen „ewigen Schutz" geistigen Eigentums eintrat, während Süd- und Westdeutschland jeglichen staatlichen Schutz ablehnten und unbeschränkte Nachdruckfreiheit verlangten. Weiter ist interessant, daß sich das französische Urheberrecht aus dem römischrechtlichen Sachenrecht heraus entwickelte. Für die französische Rechtslehre ist das Urheberrecht heute noch ein „geistiges Eigentum", während die vom römischen Recht frei gewordene deutsche Rechtsentwicklung die Theorie eines „Immaterialgüterrechtes" geschaffen hat.

Diese Verschiedenheit der Grundlagen des Urheberrechtes führte beim zwischenstaatlichen Vertragsrecht zwangsläufig zu Schwierigkeiten. Zunächst schlossen sich gleichsprachige Länder zusammen; erst später kamen die Verträge zwischen verschiedensprachigen Völkern. Die auf Grund der geopolitischen Verhältnisse vom römischen Recht heute noch beeinflußten Länder, Frankreich, Italien und Spanien, fanden sich am raschesten zusammen und gehören seit Beginn der Berner Union dieser an. Ihre Urheberrechtsentwicklung war, fußend auf dem römischrechtlichen Eigentumsbegriff, verhältnismäßig gleich. Länder, welche sich der Union nicht oder nur zögernd anschlossen, hatten kein Interesse an „geistiger Ausfuhr", sondern nur an „Einfuhr". Es sind dies vielfach Länder mit geringerer Kultur. Das Lesebedürfnis und somit die Höhe der Buchauflagen ist gering. Je geringer aber die Auflage, desto weniger können Abgaben für die Druckerlaubnis bezahlt werden. Das Streben nach kostenlosem Nachdruck wird verständlich. Das gleiche gilt in all den Staaten, die auf Grund geopolitischer Verhältnisse dünn besiedelt sind. Hier wirkt die Geopolitik direkt auf die Einstellung des Volkes zur Frage des Nachdruckes ein. So wehrte sich das dünnbesiedelte Skandinavien lange gegen den Beitritt zur Union. Dänemark ist nur mit seinem Hauptlande und den Faröern, nicht aber für das dünnbevölkerte Island und Grönland beigetreten. Solange die alte österreich-ungarische Monarchie die um die Donau lagernden Völker zusammenfaßte, welche meist auf niederer Kulturstufe standen, hatte sie wenig „Ausfuhr", dafür aber um so mehr „Einfuhr". Dieser Staatenaufbau Österreichs führte dazu, daß es sich gegen die Union wehrte. Holland war eines der typischsten Länder, in welchen ein schwunghafter Nachdruck getrieben wurde. Geopolitisch reizvoll ist es festzustellen, daß Frankreich einen für Holland wichtigen Handels- und Schiffahrts-

vertrag nur gegen Urheberschutz gewährte. England stand durch seine Insellage in rechtlichen Dingen gegenüber Europa in einer „splendid isolation". So mußte gerade den Engländern infolge ihrer Insellage das Versehen unterlaufen, daß sie nicht die endgültige Vorlage eines zwischenstaatlichen Abkommens von 1886, sondern den Vorentwurf von 1885 zum Gesetz erhoben.

V. Naturreichtum und Spionagegesetzgebung

Der Versuch, einen Zusammenhang zwischen Naturreichtum und der Gesetzgebung gegen Wirtschaftsspionage zu konstruieren, wird zunächst ungläubig aufgenommen werden. Naturreichtum an Kohlen und anderen Rohstoffen entwickelt Industrien. Diese schützten, besonders solange ein Urheberrechtsschutz fehlte, ihre Erfindungen durch Betriebsgeheimnisse. Diese Betriebsgeheimnisse waren wertvolle Bestandteile der gesamten Volkswirtschaft, welche eine merkantilistische Wirtschaftsauffassung vor dem Ausland schützen wollte. So kamen gerade diejenigen Länder, welche durch die geopolitischen Bodenverhältnisse eine industrielle Entwicklung hatten, zur Gesetzgebung gegen Wirtschaftsspionage. Das preußische Strafrecht, das aus dem alten niedersächsischen Bauernrecht entstanden ist und von der rheinisch-westfälischen Wirtschaftsentwicklung noch nicht beeinflußt war, kannte keine solchen Bestimmungen. Dies war auch der Grund, warum auffallenderweise das deutsche Rechtsstrafgesetzbuch, das auf dem preußischen Strafgesetz aufbaute, keine analoge gesetzliche Reglung erhielt.

VI. Ein praktischer Fall aus der Rechtsfindung

Für den praktisch tätigen Juristen können geopolitische Kenntnisse von Bedeutung werden. Ein ausländisches Tabakmonopol verpackt seit Jahrhunderten seinen gewöhnlichen Landtabak in Briefen. Diese gleiche Packung wird entlang der bayrisch-österreichischen Grenze auf bayrischer Seite festgestellt. Zwischen einer bayrischen Tabakfirma und dem Monopol entstand ein Kampf um die Priorität. Die Nachweise der ersten Benutzung reichen für beide Parteien außerordentlich weit zurück, geben aber kein klares Bild. Der Ausdruck „Grenzbriefe" und „Grenzerbriefe", den diese Packungen in Bayern führen, kommt zur Hilfe, obwohl zunächst mit ihm nichts anzufangen war. Denn der Hinweis auf die Grenze allein ist keine Erklärung. Es mußte auf die Theorie vom geopolitischen Grenzsaum zurückgegriffen werden. Keine Grenze ist ein ideell gedachter Strich auf einer Landkarte, der in Natura durch Grenzpfähle

markiert wird. Die Bevölkerung hüben und drüben vermischt sich, tritt in persönliche und wirtschaftliche Beziehungen. Es bildet sich der Grenzsaum. Verschiebt sich im Laufe der Zeit die Grenze, wie zwischen Bayern und Österreich, so wird der Grenzsaum für eine Zeitlang außerordentlich breit. In diesem Grenzsaum entsteht manchmal ein eigenes Denken und Fühlen. Von diesem Grenzsaum stammt der Ausdruck „Grenzerbriefe". Die Bayern, welche ihre Grenze bis Südtirol vorschoben und auch im Salzburgischen in österreichisches Gebiet eindrangen, lernten dabei den österreichischen Tabak in seiner eigenartigen Packung kennen. Die Grenzbevölkerung dieses Grenzsaumes rauchte ihn, ob sie zufällig bayrisch oder österreichisch war. Hinderte die Grenze den freien Bezug, so wurde er geschmuggelt oder in Bayern gefälscht. So kamen die Briefe auch in Berührung mit den „Grenzern", den österreichischen Zollbeamten. Diese geopolitischen Erwägungen, die an Hand eines nur lückenhaften Tatbestandes angestellt wurden, führten zwingend zu dem Schluß, daß die Priorität der Briefpackung dem österreichischen Monopol zusteht und die bayerischen Firmen zum Teil aus Schmugglerunternehmen herausgewachsen sind, welche den nördlich der Staatsgrenze liegenden Teil des bayerisch-österreichischen Grenzsaumes beliefern wollten.

VII. Schlußbetrachtungen

Der Versuch einer geopolitischen Betrachtung der Rechtsbildung ist nicht eine wertlose Spielerei. Es ist vielmehr für den Gesetzgeber von außerordentlicher Wichtigkeit, diese Probleme zu studieren. Nur ein Gesetz, das geopolitischen Verhältnissen Rechnung trägt und sich nicht gegen den Geist derselben versündigt, nützt dem Volksganzen. In neuster Zeit wird z. B. das amerikanische Aktienrecht für Deutschland als Mustergesetzgebung angepriesen. Die Grundlagen des amerikanischen und deutschen Aktienrechtes sind aber verschieden. Es wäre vollkommen verfehlt, zu glauben, daß die gleichen günstigen Wirkungen, welche das amerikanische Aktienrecht für seine Heimat hatte, auch in Deutschland oder Europa eintreten müßten. Dieses Recht ist aus den geopolitischen und den dadurch bedingten wirtschaftlichen Verhältnissen Amerikas herausgewachsen und ist nur bei gleichen Grundlagen verwertbar. Die deutsche Wirtschaft ist jedoch anders aufgebaut. Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Joseph Mendel:

Die kommende Weltkraftkonferenz und die Energiewirtschaft der Erde II

Deutschland

Deutschland: Kohle wird im Westen, Nordwesten und Zentrum gewonnen, Wasserkraft überwiegend im Süden, aber auch unter Benutzung von Talsperren in Mitteldeutschland und im Osten (Schlesien). Die Elektrizitätsgewinnung fußt sowohl auf Dampfkraft wie auf Wasserkraft, im Süden überwiegend auf letzterer. Durch den Ausgang des Weltkrieges (Gebietsverluste) hat Deutschland eine Minderung seiner Steinkohlenbasis auf Grund der 1913er Förderung von fast 50 Mill. t Steinkohlen erlitten, während sein Braunkohlengebiet und damit seine Förderung fast völlig unangetastet blieb. Die Ruhr- und Linksrheinförderung, die 1913 114,2 Mill. t in dem jetzt Deutschland verbleibenden Gebiet betrug, war 1928 wieder auf diesen Stand zurückgekehrt 114,6 (1927 schon 118) Mill. t. In ganz Deutschland wurden 1928 151 Mill. t Steinkohlen gewonnen (1913 190 Mill. t). Demgegenüber stieg die deutsche Braunkohlenförderung unaufhörlich von $87^1/_4$ auf 166 Mill. t in 1928 entsprechend dem technisch gelungenen weitgehenden Ersatz der Steinkohle u. a. auch für die Elektrizitätsgewinnung und der steigenden Mineralölgewinnung aus Braunkohle. Alle Braunkohlengebiete nehmen an dieser Steigerung teil. Die deutsche Steinkohlenkoksgewinnung hat mit 34 Mill. t (1913 34 Mill. t) den Vorkriegsstand wieder voll erreicht. Die Steinkohleneinfuhr und -ausfuhr Deutschlands hat starke Einschränkungen erlitten. Bei der Ausfuhr sind die Reparationslieferungen zu berücksichtigen. Der Verbrauch Deutschlands an Steinkohle und Braunkohle auf Steinkohle umgerechnet betrug 1913 $179^1/_2$ Mill. t (Stein- und Braunkohle), 1928 $157^1/_2$ Mill. t innerhalb der alten Grenzen und 148 Mill. t innerhalb des heutigen Gebietsumfanges. Der Minderverbrauch ist darauf zurückzuführen, daß in den abgetretenen Gebieten große kohlenverbrauchende Industrien lagen (Eisenindustrie Lothringens und Oberschlesiens). Er wäre aber noch weit bedeutender gewesen, wenn nicht ein großer Teil wieder durch erhöhten Verbrauch der Kohle zur Öl- und Elektrizitätsgewinnung zurückerobert worden wäre. Die Steinkohlennutzung, und dasselbe gilt in ähnlichem Umfange auch für die Braunkohlennutzung, hat technisch eine wesentliche Wandlung erfahren. Kohle wird heute in immer geringerem Maße direkt verbrannt, sondern zur Gewinnung der wertvollen Nebenprodukte, aber auch zu einer rationelleren Ausnutzung ihrer Verbrennungskraft vergast. In Zukunft wird man daher die Kohlenindustrie der einzelnen Länder

als Grundlage der nationalen Gaswirtschaft zu werten haben. Die heutige Gasgewinnung erfolgt einmal in den Gaswerken, die zum größten Teil verstadtlicht worden sind, wenn auch noch eine Reihe von privaten Gaswerken besteht. Die Gaserzeugung erfolgt aus einer möglichst gleichartigen geeigneten Steinkohlenqualität. Eine zweite Quelle der Gasversorgung nutzt die Ferngasversorgung direkt durch die Kohlenzechen. Es handelt sich darum, daß die einzelnen Zechen in konzentrierten Kohlengebieten bei der Koksgewinnung ihre Kohle schon auf der Zeche vergasen und zur Versorgung großer Gebiete weiterleiten. Ferngas kann innerhalb seiner technich-wirtschaftlichen Reichweite (es bestehen heute Ferngasleitungen bis zu 700 km) billiger als das Gas der städtischen Gasanstalten angeboten werden, wenn auch andererseits der Gasdruck selbst über eine gewisse Höhe nicht gesteigert werden kann und dadurch die Reichweite des Zechengases eine Grenze hat. Zwischen dem Ferngas der Zechen und dem Gruppengas der städtischen Verwaltungen ist ein heftiger Kampf entbrannt. In Deutschland ist der Träger der Ferngasversorgung die Aktiengesellschaft für Kohleverwertung oder Ruhrgasaktiengesellschaft, die weit über Rheinlandwestfalen hinaus ihre Leitungen ausgedehnt hat und bis nach Hannover ihre Versorgung vorzunehmen gedenkt. Zu ihr sind schon einige Ferngasgesellschaften in anderen Kohlengebieten getreten. Die städtischen Gaswerke wie z. B. Frankfurt und Köln haben durch Erwerb von eigenen Kohlenlagern der drohenden Konkurrenz der Zechen ein Gegengewicht zu bieten versucht. Schon Ende 1929 konnte die Ruhrgasgesellschaft mindestens 900 Mill. cbm, d. h. rund 25% und mehr der gesamten deutschen Gaserzeugung decken. Die deutsche Erdölförderung (Hannover, Elsaß) hat sich nach der Abtretung Elsaß-Lothringens infolge weitgehender Erschließung des hannoverschen Gebietes 1928 um ein Drittel gehoben. Die deutsche Mineralöleinfuhr hat sich seit Vorkriegszeit verdoppelt. Auf die einzelnen Erdölprodukte in der Einfuhr entfielen 5,6% (1913 52,9%) auf Leuchtöl, 35,4 (16)% auf Benzin, 22,8 (15,7)% auf Schmieröl, 3,4 (3,2)% auf Gasöl. Heute werden mittels des Berginverfahrens sowohl aus der Ruhrkohle 50—55% wie auch aus der Braunkohle 40—45% Berginöl gewonnen. Berginöl aus der Steinkohle liefert aber andererseits etwa 20% Benzin und je 15—16% Gasöl und Schmieröl. Die deutschen Raffinerien erzeugten insgesamt 260 000 t Benzin.

Die Schwerpunkte der Elektrizitätsgewinnung in Deutschland bilden heute Rheinland-Westfalen mit seinen Steinkohlen und Braunkohlen (Kölner Gebiet), Mitteldeutschland (Prov. Sachsen, Thüringen) mit Braunkohle, Oberschlesien mit Steinkohle, während die Wasserkräfte einmal an die Zuflüsse der Voralpen knüpfen, wie Bayern und Baden, andererseits an die künstlichen Stromgefälle, Wasserstandwerke in Schlesien, im Gebiet der Donau und des Main sowie der Saale.

In Deutschland hatte sich die Elektrotechnik schon um die Jahrhundertwende immer mehr zu großen Trustbildungen konzentriert, wenn wir an die Konzerne der AEG., Siemens-Schuckert, Siemens-Halske denken. Diese großen Unternehmungen haben zuerst ihre Apparate und Maschinen, aber auch ihr Kapital zur

Herstellung von Elektrizitätswerken (Licht- und Kraftwerken, Bahnen usw.) in größtem Umfange zur Verfügung gestellt, zu einer Zeit, als noch keine öffentlichen Mittel für diese Unternehmungen verfügbar waren. Sie haben gleichzeitig auch die Finanzierung von Werken und Bahnen sowohl im In- wie Ausland übernommen, wobei sie sich für die Finanzierung besonderer Finanztrustgesellschaften bedienten, welche die Aktien der von den elektrotechnischen Fabriken erbauten Unternehmungen im eigenen Portefeuille behielten, um sie dann nach und nach abzustoßen, je mehr die städtischen Kommunen die privaten städtischen Werke und Bahnen, an denen sie sich bald in wachsenden Maße beteiligten, völlig verstadtlichten. So sind im Laufe der Jahre und letzten Jahrzehnte immer mehr Elektrizitätswerke und auch Bahnen in staatliche und städtische Betriebe und Rechte übergegangen. Nichtsdestoweniger existieren auch heute noch die großen Finanztrustgesellschaften sowohl in Deutschland wie auch in den übrigen europäischen Ländern fort, die in ihrem Portefeuille umfangreiche Beteiligungen von Unternehmungen besitzen und immer wieder neue Kapitalien zur Verfügung stellen. Schon während des Krieges aber beginnt die Mitwirkung des Staates. Zunächst erwarb das Reich die sogenannten Elektrowerke und baute sie zum Reichsbetrieb aus. Ihre Kraftgrundlage bildet die mitteldeutsche Braunkohle (heutige Energieerzeugung über 2 Milliarden kWh). Sie ist Hauptversorgerin der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke, der deutschen Reichsbahn, des Märkischen Elektrizitätswerks und der Sächsischen Werke. Preußen vereinigt heute in der Preußischen Elektrizitäts A. G. Berlin die ihm schon früher gehörigen Großkraftwerke Hannover A. G., Main-Weser A. G., Kraftwerke Oberweser und Norddeutsche Kraftwerke Hamburg. Hauptabnehmer sind der Elektrozweckverband Mitteldeutschland, die Thüringische Elektrizitätslieferungsgesellschaft, die Großindustrie des Wesergebietes und einige Städte, z. B. Frankfurt a. M. und Kassel, die hannoversche Industrie und die Industrie der Unterelbe. Die staatliche Elektrizitätswirtschaft Bayerns und Badens ruht auf den süddeutschen Wasserkräften. So besitzt das Bayernwerk Kraftwerke an der mittleren Isar und am Walchensee; Baden das an Wasserkräften reichste Land Deutschlands (15% der gesamten ausbauwürdigen deutschen Wasserkräfte) nutzt mit der Badischen Elektrizitätsversorgungs A. G. oder dem Baden-Werk vor allem die Schwarzwaldflüsse aus. Württemberg, das im Gegensatz zu den anderen Ländern noch keine geschlossene Elektrizitätsversorgung besitzt, ist an der Württembergischen Landeselektrizitätsgesellschaft beteiligt. Im übrigen dient seiner Versorgung die Neckar A. G. Sachsen faßte seine Elektrizitätsversorgung 1923 in den Sächsischen Werken zusammen, die sich hauptsächlich auf die Braunkohlenlager bei Hirschfelde und Böhlen stützen. Die Sächsichen Werke versorgen vor allem die sächsische Industrie und die großen städtischen Werke in Leipzig und Dresden. Thüringen besitzt heute die staatliche Elektrizitätsversorgungs A. G. in Weimar (Thüringer Werke) zur Nutzbarmachung der thüringischen Wasserkräfte. Neben der staatlich beherrschten Elektrizitätswirtschaft besteht aber auch heute noch in weitem Umfange eine private, deren Hauptvertreter das Rheinisch-Westfälische Elektrizi-

tätswerk (Braunkohlen im Kölner Gebiet) bildet, an dem selbst aber auch zahlreiche provinziale, Kreis-, kommunale Verbände, Städte beteiligt sind. Das Rheinische Elektrizitätswerk versorgt vor allem die großen rheinischen Städte Köln, Aachen usw. Die Provinz Westfalen wird durch die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen beliefert. Eine gemischte Elektrizitätswirtschaft besitzt ferner Hamburg (Hamburgische Elektrizitätswerke je zur Hälfte in den Händen des Staates und der Privaten). Konzerne der privaten Elektrizitätswirtschaft bestehen ferner namentlich in Form der sogenannten finanziellen Trustgesellschaften, so die Bank für elektrische Werte, Elektrizitätslieferungsgesellschaft (AEG.), Gesfürel (Interessen der ehemaligen Union), Elektrische Licht und Kraft (Siemens-Halske und Siemens-Schuckert), Schuckert, Continentale, Elektra, Rhein-Elektra.

Die Weststaaten

Englands (ohne Irland) Steinkohlenbeförderung ist in den letzten Jahren stark gesunken. Nach dem großen Bergarbeiterausstand 1926 hat sich wieder eine langsame Steigerung vollzogen. Die Steinkohlenausfuhr nach allen Ländern läßt einen großen Rückgang erkennen, der sich aus verschiedenen Ursachen herleitet wie namentlich aus der Emanzipation der Ausfuhrländer von der Kohle durch Ausbau von Wasserkräften (Italien, Frankreich, Schweden, Spanien). Die englische Elektrowirtschaft befindet sich auch heute noch im Zustande großer Uneinheitlichkeit. Erst nach dem Kriege hat der Staat hier rationalisierend eingegriffen. Eine Beteiligung der öffentlichen Hand hat bisher nur insoweit stattgefunden, als einzelne Städte eigene Elektrizitätswerke betreiben. Die elektrische Energieerzeugung ruht fast ganz auf Kohle (Dampfkraft). Irland sucht seine Wasserkräfte auszubauen und damit die Einfuhr englischer Kohle einzuschränken.

Frankreich hat seine Kohlenförderung gegenüber der Vorkriegszeit nicht unerheblich gesteigert und ist heute noch Nutznießer der Saar- und Pfalzproduktion wie Empfänger von Reparationskohle. Die französische Steinkohlengasgewinnung machte mit 1485 Mill. cbm (1925) kaum die Hälfte Deutschlands aus. Hier dürfte bald nach deutschem Vorbild eine Bewegung einsetzen dergestalt, daß auch die großen Zechen selbst Gas für den Fernbezug liefern. Die Erdölförderung (Elsaß) wurde in den letzten Jahren wesentlich gesteigert (1913 49600 t, 1928 81000 t). Die Mineralöleinfuhr betrug 1928 26,5 Mill. hl, davon 19,5 Mill. hl Benzin (1913 6,19 bezw. 2,46). Elektrische Energie wird im Süden aus den Wasserkräften der Alpen, Pyrenäen und der Flüsse des Zentralmassivs, im Norden, Zentrum und Lothringen aus der Kohle erzeugt. Frankreich führt elektrische Energie aus der Schweiz, Belgien, Deutschland ein (1927 350 Mill. kWh, davon 300 Mill. kWh aus der Schweiz, 40 Mill. kWh aus Deutschland, 5 Mill. kWh aus Belgien, kleine Mengen aus Spanien). Demgegenüber werden erheblich kleinere Energiemengen nach Belgien, Luxemburg und der Schweiz ausgeführt. Energie verbraucht besonders die Aluminiumerzeugung aus dem Bauxit. Für Herstellung von 100000 t künstlichem Dünger sind 2 Mill. kWh erforderlich (= 230000 kW), für Erzeugung

von jährlich 100000 t Elektrostahl 80 Mill. kWh. In Zukunft werden noch große Mengen Energie für die Elektrifizierung der Bahnen notwendig sein. Elektrizitätserzeugung 1928 13¾ Milliarden kWh.

Belgiens Steinkohlenförderung überschreitet die Vorkriegsförderung um 20—25%. Die Koksgewinnung hat sich um über 60% gehoben. Es werden wie 1913 etwa 9 Mill. t Kohle eingeführt, Koks dagegen mit über 2¾ Mill. t, über doppelt soviel wie vor dem Kriege, während die Kohlenausfuhr um etwa 12% gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist, die Koksausfuhr um etwa 35%. Die Mineralöleinfuhr beträgt zur Zeit etwa 500000 t, fast doppelt soviel wie im letzten Vorkriegsjahr. Die elektrische Energieerzeugung ruht fast ganz auf der Dampfkraft, da der Ausbau der im Lande vorhandenen wenigen Wasserkräfte sich zudem recht teuer stellt. Die Elektrizität 1928 3¾ Milliarden kWh dient namentlich den Bahnen, wogegen sie für Elektrostahlgewinnung noch nicht allzu weitgehend in Frage kommt.

Hollands Kohlenförderung hat sich infolge stärkerer Entwicklung der Staatsgruben gegenüber der Vorkriegszeit auf den fünffachen Betrag gehoben, die Einfuhr ist dementsprechend um 45% gesunken. Die gesamte Erdöleinfuhr beläuft sich heute auf etwa 1 Mill. t. Elektrische Energie wird durch Dampfkraft erzeugt, da die Kohlenreserven des Landes sehr groß sind, doch werden mit der Kanalisierung der Maas auch geringe Mengen Wasserkraft verfügbar. Die elektrische Energie dient hauptsächlich der Bahnelektrifikation, Landwirtschaft und Industrie stehen noch zurück. Holland kann elektrische Energie billig aus Deutschland und Belgien beziehen.

Die Südstaaten

Schweiz. Die Kohlenförderung macht nur wenige tausend Tonnen, die Einfuhr heute 1¾—2 Mill. t, ungefähr wie 1913, aus. Während 1913 Deutschland ungefähr rund ¾ der Steinkohleneinfuhr der Schweiz bestritt, ist heute sein Anteil auf 20% zurückgegangen, wogegen der Anteil Frankreichs von 10% auf 45% gestiegen ist. Die Mineralöleinfuhr stammt zu 50% aus den Vereinigten Staaten. Auf den Ausbau der Wasserkräfte ist die Schweiz durch die Natur des Landes von vornherein hingewiesen. In erster Linie forderte hier der Bahnbau die Unabhängigmachung von der Kohle. Von der installierten Elektrizitätsleistung entfallen heute 40,6% auf privatwirtschaftliche Unternehmungen, etwas über 8% auf kommunale Unternehmungen, 38,4% auf staatliche Unternehmungen sowie auf ganz oder vorwiegend von Gemeinwesen finanzierte Aktiengesellschaften, während die Bundesbahnen etwa 13% der installierten Kraftleistung beanspruchen. Von der Gesamtenergieerzeugung der Schweiz verbleiben 80% im Lande, 20% werden ausgeführt, davon etwa ⅗ nach Frankreich und ⅖ nach Deutschland, dazu treten noch kleinere Ausfuhrmengen nach Italien. Eine nicht sehr bedeutende Menge bringen umgekehrt Deutschland und Frankreich in die Schweiz. Die elektrische Energie wird in elektrotechnischen und metallurgischen Anlagen verwertet

(Aluminium, Elektrostahl), ferner zur Stickstofferzeugung für die schweizerische Landwirtschaft und als Ausfuhrprodukt. Die Elektrostahlgewinnung würde das Land von Kohle-, Koks- und Roheiseneinfuhr unabhängig machen und es ließe sich ebenso Schrott auf Stahl und Gußeisen aufarbeiten (1928 $5^1/_4$ Milliarden kWh).

Italiens Steinkohlenförderung war bis zum Kriege ganz minimal, nur wenige tausend t und ca. $^3/_4$ Mill. t Braunkohle. Sie hat sich seit dieser Zeit nicht nennenswert gehoben. Relativ bedeutend ist heute noch die Kohleneinfuhr aus England, wenn sie auch von 1913 auf 1928 fast auf die Hälfte gesunken ist. Italien hatte schon als erstes Land seit der Jahrhundertwende seine Wasserkräfte in den Dienst der Elektrizitätsgewinnung für den Bahnbau gestellt. Die Wärmekraft macht heute nur 5,3% der gesamten PS aus (Wasserkraft 94,7%), wird aber immerhin zur Ergänzung der Wasserkraft in ungünstigen Jahreszeiten herangezogen. Der Sitz der jetzt allerdings ebenfalls modern ausgebauten Wärmekraftwerke befindet sich namentlich in den Hafenstädten Genua, Livorno, Neapel, Venedig, wo ausländische Kohle relativ billig ist. Für die Wasserkraftgewinnung könnten Stauseen und Talsperren mehr als es infolge der weniger günstigen natürlichen Vorbedingungen geschehen ist, ausgebaut werden, wenn diese Bauten auch keineswegs fehlen (Arno See/Adamello, Avino See/Simplon, Sila See/Calabrien, Tirso See/Sardinien). Die schon zu österreichischen Zeiten in Südtirol und im Trentino bestehenden Kraftwerke sind bis zur Installationshöhe von 950000 kW mit 6 Milliarden kWh jährliche Leistung und 1,8 Milliarden sommerlicher Zusatzleistung erweitert worden. Die Sila-Werke werden für 1,2 Milliarden kWh eingerichtet. Italien verwendet heute seine elektrische Energie, 1928 10 Milliarden kWh abgesehen von der Bahnelektrifizierung, zum größten Teil für die Elektrometallurgie und Elektrochemie. Die Eisenindustrie (Elektroöfen) kann sich von der Einfuhr von Kohle und Roheisen wesentlich frei machen. An Elektrostahl werden jährlich mindestens 200000 t hergestellt, wozu man 150 Mill. kWh Energie verbraucht, während andererseits 140000 t Kohle erspart werden. Mit weiteren Energiemengen ließe sich die Stickstoffgewinnung (heute etwa 6000 t) auf über 9000 t jährlich steigern, für die allerdings bis zu 1800 Mill. kWh verbraucht würden.

Spaniens Steinkohlenförderung hat sich gegen die Vorkriegszeit wohl um über 50% gehoben, was aber angesichts der wenigen Mill. t, die hier gefördert werden, nicht viel besagen will. Die Einfuhr von 2 Mill. t wird so gut wie ganz von England bestritten. Für seine Eisenindustrie stellt Spanien heute etwa 1 Mill. t Koks her. Der Ausbau der recht bedeutenden Wasserkräfte des Landes ist erst seit einigen Jahren in Angriff genommen worden. Die Hauptwasserkräfte verteilen sich auf den Ebro mit etwa 70%, geringer sind die aus dem Jucar, Guadalquivir, Tajo, Duero gewonnen Wasserkräfte, die z. T. auch Portugal zugute kommen. Elektrische Energie dient dem Bahnbau, aber auch schon der Industrie und hier besonders den Hüttenwerken, wogegen die Gewinnung von künstlichen Düngemitteln mittels Elektrizität noch kaum eingeleitet worden ist. 1928 ca. 2 Milliarden kWh.

(*Fortsetzung in Heft 6.*)

Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung I

Anbau und Ernten wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Länder	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14) Anbaufläche 1000 ha	Ernte 1000 dz	1926 (1926/27)	1927 (1927/28)	1928 (1928/29) Anbaufläche 1000 ha	Ernte 1000 dz	Ertrag dz je ha	1929 (1929/30)
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Weizen								
Deutsches Reich	1657	37650	25972	32801	1728	38536	22,3	33495
Frankreich	6787	88627	63077	75150	5243	76554	14,6	87053
Großbritann. u. Irland	754	16231	14194	15563	603	13866	23,0	13542[3]
Rumänien[1]	1852	23893	30178	26327	3206	31446	9,8	27148
Rußland (UdSSR.)	29950	206000	242064	204641	27588	213161	7,7	—
Kanada	4025	53648	110806	130546	9761	145217	14,9	79988
USA	19060	187820	226176	239058	23360	245692	10,5	219499
Brit. Indien	11826	95726	88355	91170	13037	78601	6,0	86435
Argentinien	6023	40023	60100	[2]	7510	65090	8,7	39966
Australischer Bund	3077	24630	43753	32169	5735	43409	7,6	30482
Welt	**109376**	**1028609**	**1156726**	**1171507**	**124082**	**1255223**	**10,1**	—
Roggen								
Deutsches Reich	5164	95859	64050	68336	4634	85222	18,4	81550
Frankreich	1253	13336	7640	8625	769	8657	11,3	10017
Großbritann. u. Irland	25	—	297	188	13	200	15,4	—
Polen	5087	57112	51824	58871	5341	61102	11,4	62600
Rußland (UdSSR.)	25100	189100	235105	239944	25736	191992	7,5	—
USA	905	9168	10362	14774	1394	10609	7,6	10320
Welt	**44649**	**450393**	**441505**	**446094**	**44333**	**437592**	**9,9**	—
Gerste								
Deutsches Reich	1399	28701[4]	24624	27378	1518	33468	22,1	31807
Frankreich	804	11502	9984	10958	711	11073	15,6	12851
Großbritann. u. Irland	747	14237	11887	11099	578	12758	22,0	11185[6]
Spanien	1420	16262	20964	20079	1824	18039	9,9	21142
Polen	1265	14900	12141	12759	1156	15272	13,2	13700
Rußland (UdSSR.)	10520	90450	52447	44076	6966	53346	7,7	—
USA	3084	40237	40258	57887	5074	77832	15,3	66863
Brit. Indien	3592	31678[5]	28973	25919[5]	2762[5]	21276[5]	7,7	—
Japan	1290	20855	19181	17959	907	17740	19,6	17496
Algier	1373	10010	5008	7523	1380	8647	6,3	8917
Welt	**34380**	**380157**	**342258**	**347197**	**34431**	**403964**	**11,7**	—

[1] 1909—1913 im alten Gebietsumfang. — [2] Die Angaben für 1927 stehen in Sp. 6—8. Ernte 1928—1929: 83651000 dz. — [3] Ohne Irischen Freistaat (1928: 323000 dz.) — [4] 1909 bis 1913 nur Sommergerste. — [5] Ohne Eingeborenenstaaten. — [6] Ohne Irischen Freistaat (1928: 1338000 dz).

Länder	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14) Anbaufläche 1000 ha	Durchschnitt 1909/13 (1909/10—1913/14) Ernte 1000 dz	1926 (1926/27)	1927 (1927/28)	1928 (1928/29) Anbaufläche 1000 ha	1928 (1928/29) Ernte 1000 dz	1928 (1928/29) Ertrag dz je ha	1929 (1929/30)
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hafer								
Deutschland	3884	76803	63245	63467	3519	69957	19,9	73829
Frankreich	3978	53483	52852	49827	3503	49388	14,1	57444
Großbritann. u. Irland	1635	29990	32224	29540	1455	31099	21,2	26150[1]
Polen	2749	28143	19408	21390	2038	24977	12,3	25400
Rußland (UdSSR.)	16700	134300	150998	128584	16980	158433	9,3	—
Kanada	3884	54238	59130	67812	5316	69731	13,1	43223
USA.	15118	165965	180980	171654	16889	210399	12,5	179791
Welt	**57808**	**655487**	**676308**	**639338**	**59446**	**731625**	**12,3**	—
Mais								
Italien	1608[2]	25486	29996	22195	1502	16508	11,0	25237
Rumänien	2084[2]	27303	58399	35331	4455	27564	6,2	61000
USA.	42181	688967	683850	701853	40777	721378	17,7	666062
Mexiko	2466	33876	21992	20790	3078	21316	6,9	15665
Brit. Indien	2932	21050	19498	[3]	2396[3]	22902[3]	9,5	—
Argentinien	3525	48694	81500	[4]	3667	77650	21,8	—
Brasilien	3058	37978	35259	[3]	2204[3]	33067[3]	15,0[3]	—
Südafrik. Union	873	7545	16562	17405	2260	17628	7,8	—
Niederl. Indien	1546	12753	19970	—	—	—	—	—
Rußland (UdSSR.)	1320	13350	32663	33984	4423	33790	7,6	—
Welt	**71698**	**1045332**	**1129442**	**1105802**	**76775**	**1079119**	**14,1**	—
Reis								
Corea	1176	18413	27669	31283	1505	24434	16,2	24945
Brit. Indien	31991	486331	464407	441781	33235	495763	14,9	—
Indochina	3460	53880	60662	[5]	5474	64391	11,8	—
Japan	2954	90875	100533	112309	3165	109050	34,5	105559
Philippinen	1114	8201	21777	[5]	1787	21965	12,3	—
Siam	1831	28499	52678	[5]	2554	46006	18,0	—
Niederl. Indien	2409[6]	40678[6]	52611	54198	3526	52178	—	—
Welt	**48650**	**781560**	**851742**	**853992**	**55520**	**880163**	**15,9**	—
Kartoffeln								
Deutschland	2758	379621	300307	375501	2849	412693	144,9	400772
Frankreich	1646	143371	111365	175269	1473	112640	76,5	166181
Großbritann. u. Irland	472	69246	67695	74721	466	80719	172,0	59612[7]
Polen	2404	247899	213796	267710	2505	276605	110,4	240800
USA.	1488	97351	96434	109610	1548	125995	81,4	97284
Rußland (UdSSR.)	2925	202000	429694	412179	5653	399043	70,6	—
Welt	**15536**	**1490110**	**1603387**	**1840125**	**19012**	**1840500**	**96,8**	—

[1] Ohne Irischen Freistaat (1928: 6475000 dz). — [2] Früherer Gebietsumfang. — [3] Angaben für 1927 unter Spalte 6—8, da Angaben für 1928 fehlen. — [4] Angaben für 1927—1928 unter Spalte 6—8. Ernte 1928—29: 58856000 dz. — [5] Angaben für 1927 unter Spalte 6—8, da Angaben für 1928 fehlen. — [6] Nur bewässerte Kulturen. — [7] Ohne Irischen Freistaat (1928: 22000 dz).

BEMERKUNG ZUR STATISTIK DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGUNG

Die Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung, die in diesem und in folgendem Heft zur Veröffentlichung gelangt, umfaßt die wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Hackfrüchte) und Genußmittel; die wichtigeren Ölfrüchte; an Rohstoffen zur gewerblichen Verarbeitung die Textilstoffe*) und den Kautschuk.

Um ein Bild der Entwicklung der pflanzlichen Erzeugung gegen die Vorkriegszeit geben zu können, das durch die Zufallsschwankungen des Ernteausfalls nicht getrübt ist, sind bei den Jahren 1909/13**) und 1928 außer den Erntemengen auch die Anbauflächen angegeben***) (Spalte 2 und 6). Die Hektarerträge (Spalte 8) hängen im wesentlichen einerseits von der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens und dem Klima in den verschiedenen Ländern, andererseits von dem Stand der Ackerbautechnik ab.

*) Kunstseide s. Jahrg. 1930, H. 4, S. 334.

**) Zum Teil sind die Angaben nicht für 1909/13, sondern nur für einen anderen, diesem möglichst naheliegenden Zeitraum vor dem Kriege vorhanden. Da diese Einzelheiten nicht interessieren und das Lesen der Übersichten erschweren, sind die Abweichungen nicht besonders erwähnt. Bei Ländern, deren Gebiet seit der Vorkriegszeit sich geändert hat, gelten die Vorkriegsangaben für den heutigen Gebietsumfang.

***) Für einige Erzeugnisse mußten statt der Ernten die Ausfuhrüberschüsse herangezogen werden.

K. HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

Eine Sammelbesprechung von vier wichtigen, im Umfang sehr verschiedenen, aber im Grundzug gleichstrebigen Indienbüchern muß diesem Bericht vorangehen:

1. **Helmuth von Glasenapp: „Britisch-Indien und Ceylon."** Berlin 1929, Zentralverlag, in der höchst verdienstvollen Sammlung: Weltpolit. Bücherei, herausgegeben von Dr. A. Grabowsky. Bd. 14, 12 Karten, 88 S.; RM. 3.—.

2. Sir **Reginald Craddok: „The Dilemma in India".** London 1929. Constable. 380 S.; Sh. 15.—. Die Stimme der angloindischen Beamtenerfahrung.

3. **Brij Narain: „Indian economic life. Past and Present".** Lahore 1929. Uttar Chand Kapur & Sons. 580 S.; zahlreiche Tafeln und Diagramme; 7,8 Rupien.

4. **Franz Josef Furtwängler: „Die weltwirtschaftliche Konkurrenz des indischen Industriearbeiters".** Leipzig 1929; in: „Weltwirtschaftl. Vorträge u. Abhdlg.". Herausgeg. von Ernst Schulze, Deutsche wissenschaftliche Buchhandlung.

Diesem Urteil eines hervorragenden jungen Gewerkschaftsführers steht nah:

5. **„Zwangsarbeit".** Bericht und Fragebogen des Internationalen Arbeitsamts. Genf 1929, 371 S.; Zweigamt Berlin NW, Scharnhorststraße 35 — weil leider die meist offenen oder verschleierten Fälle von Zwangsarbeit dem indopazifischen (und afrikanischen) Bereich ange-

hören, die schärfsten Kontraste zwischen Taten und Worten aber sicher dem indopazifischen Gebiet.

Helmuth von Glasenapps im Umfang bescheidenes, aber im Gehalt unübertreffliches, durch 12 sprechende Karten und Diagramme in seiner wuchtigen Konzentration aufgelockertes Buch ist, was die länderkundliche Serie von Grabowsky als Ideal erstrebt: eine Landes- und Volkskunde von Indien „in nuce" im Kern, von einem Kenner ersten Ranges in knapper Skizzenform umrissen, für Jeden unentbehrlich, der nicht über eine gute, breitere Landeskunde verfügt. Nur von einem solchen sicheren Boden aus wird man der notwendig von Gunst und Haß verzerrten zeitgeschichtlichen Indien-Literatur gerecht, sei sie nun vorwiegend vom Standpunkte der Kultur, der Macht oder Wirtschaft angefaßt.

Es ist ein Glück, wenn einmal die Stimme eines in 40jährigem Indiendienst Erfahrenen versucht, alle drei gerecht abzuwägen: Sir Reginald Craddock geht bei seinem Lösungsvorschlag des „Dilemma in Indien" davon aus, daß die fast 90% der indischen Bevölkerung, die nicht lesen können, und die mehr als 99, die nicht englisch lesen können, der Bevormundung oder doch mindestens eines langen, schonenden Übergangs zur Selbstbestimmung bedürfen; daß sie sonst nur von einer Verknechtung in eine andere, aus der wohlwollenden Despotie der langjährigen angloindischen Verwaltung in die weit weniger selbstlose einer kleinen Schar von Politikern, Advokaten, Intellektuellen fallen würden. Dieser Standpunkt beeinflußt seine Stellung zu den Hauptproblemen: der Entfernungen und Raumweiten, wie der Rassengegensätze; der Religionszwiste; der Kasten; der Armut; der Unwissenheit; der Intellektuellen (Intelligentsija!); der britischen Dienste (services); der Wehrfragen und inneren Sicherheit; der Fürstenländer; der Europäer und Angloindier in Indien; der Sonderlage von Burma, die alle — mit blitzenden, geistreichen Streiflichtern aus 40jähriger Erfahrung — abgewandelt werden. Dann folgt die politische Entwicklung bis zum Kriege, während des Krieges und danach, aus lebendigem Mitschaffen heraus gesehen; endlich das Reizvollste, aber freilich auch am meisten Problematische: die Auseinandersetzung mit den „Schlagworten" und Craddocks Gegenvorschläge, von geopolitischem Witz durchtränkt. Im Ganzen: seit Al. Carthills „Lost Dominion" das geistvollste Buch aus britischer Feder, das mir an geopolitischen Leistungen über Indien unter die Hände gekommen ist, und jedenfalls viel positiver als jenes — aber: Zu spät!

Wie scharf im Kontrast zu der kleinen, vorsichtigen Landeskunde des deutschen Indienkenners v. Glasenapp, der monumentalen Kritik Craddocks steht des Pendjabinders Brij Narain mächtiges Wirtschaftswerk! Glitt Glasenapp elegant an der Gefahr vorbei, einen Handbuchauszug des Wissens über Indien zu schreiben, so der Professor aus Lahore kaum an der andern Gefahr, selbst eine „Encyclopaedia Indica", wenigstens wirtschaftlich, zu verfassen. Aber sein, schon 1925 in „Population of India" glänzend hervorgetretenes Material ist seitdem an britischen, deutschen und niederländischen Quellen sorgfältig überprüft: man fühlt die Stichfestigkeit seiner Unterlagen durch, und keine Spur mehr von der Verschwommenheit indischer Übergangsliteratur.

Hart und fest beweisen sich, aber auch stoßen sich im Raum die Sachen: Wie lange werden da die Gedanken in Kommissionen noch enge beieinander wohnen können?

Durchaus mit Recht geht V. auf die im wesentlichen autarkische Zeit des indischen Wirtschaftslebens unter den Mogulkaisern zurück, wo das sich selbstgenügende Wirtschaftsgebiet nur Überschüsse abgibt, Gold und Silber aufhäuft, und für Handwerker, Ackerbauer und Kaufleute bessere Daseinsbedingungen als heute aufweisen kann, allerdings bei beginnendem Niedergang der Schiffahrt, aber weniger Krisen. Besonderen Wert gewinnt natürlich der Abschnitt über Bevölkerungspolitik (Kap. XVI bis XIX), weil sich hier der tiefste Einblick in den rasend schnellen dynamischen Wandel des gewaltigen Wirtschaftsraumes mit seinen

politischen, wie wirtschaftlichen Folgen (auch S. 200) auftut, wie in die gleichmäßig erschreckend hohen Geburts- und Todesziffern. Leider nur zwei Seiten (342 u. 343) beschäftigen sich unmittelbar mit Verstädterung und Landflucht, obwohl doch der Widerstand gegen die Verstädterung bei den 4000jährigen Kulturen Chinas und Indiens eines der wichtigsten geopolitischen Probleme ist. Wie beneidenswert langsam vollzieht sich in beiden alten Kulturen im Gegensatz zu Europa aber auch zu Japan, US.-Amerika, Australien, der Urbanisationsvorgang! Auf S. 357 sind die Wanderdruckzahlen von Bedeutung, freilich künstlich abgeschnürt. S. 492—508 werden die, von Voigt (Geopol. II. Bd., S. 954) einheitlich behandelten indischen Eisenbahnfragen in den wirtschaftlichen Gesamtrahmen gestellt. Die Leitfrage dabei ist: Staats- oder Privatbahnsystem? — wobei die indische öffentliche Meinung das Staatsbahnsystem bevorzugt! (S. 493!) — im Gegensatz zu den Angelsachsen. „1921 befanden sich im Dienste der indischen Bahnen 710000 Angestellte, davon rund 700000 Inder und nur 7000 Europäer — diese aber wie eine dünne Ölschicht über einem ganzen Glas Wasser!" Geopolitische Dynamik, mit der Frage: Wie lange noch? — zwischen den Zeilen deutlich lesbar! So ist das lebendige, oft anklagende Buch hinter seinen Zahlen und Tabellen zugleich eine indische Wirtschaftspsychologie, überreich an Stoff, manchmal von seiner eigenen Wucht zu breit auseinandergedrängt — aber immer ein starkes Zeugnis wirtschaftspolitischen und kulturpolitischen Erwachens aus einer nun bald 200jährigen Hypnose. Dazu fehlt es nicht an Antrieben von außen her; und einer der lebendigsten ist sicher von britischen und deutschen Gewerkschaften ausgegangen!

Z. B. **Franz Josef Furtwängler: „Die weltwirtschaftliche Konkurrenz des indischen Industriearbeiters".** Leipzig 1929; in „Weltwirtsch. Vorträge und Abhdlg.". Herausgeg. von Ernst Schulze, Deutsche Wissensch. Buchhandlung. Nicht zum erstenmal tritt der weltkundige und verantwortungsfreudige junge Gewerkschaftsführer dringend empfohlen vor die Leser der „Geopolitik", die bereits „Das werktätige Indien" und den bessern, von ihm hinzugefügten Teil des „Neuen China" von Malone kennen. Auf nur 62 S. mit 8 klug gewählten Bildern erörtert er das Leitproblem des südostasiatischen Frühindustrialismus für die übrige Welt: wird es gelingen, zur rechten Zeit, im Dienst der Gesamtmenschheit, den furchtbar niedrigen Kulturfaktor der Menschenmassen der Monsunländer so weit zu heben, daß ihr Schleuderwettbewerb in minderwertigen, aber dem Massengebrauch genügenden Erzeugnissen die Lebenshaltung der weißen Industrieländer nicht unter das menschenwürdige Maß herabdrückt? In großartiger Linienführung wird gezeigt, wie Wirtschaftsimperialismus und „europäischer Bürgerkrieg" (S. 14) nun „damit gestraft werden, womit sie gesündigt haben". Aber mutig und stark werden auch Wege aus der augenblicklich düsteren Lage des indischen Frühindustrialismus heraus gezeigt, die sich freilich vielfach durchaus nicht mit den Wegen der Kolonialmächte, wohl aber mit denen der gegenstrebigen Selbstbestimmungsbewegung decken, und mit dem berühmten Konfuziuswort: „Alles Erkennen kommt uns nur durch die Liebe —" zu dem ringenden Mitmenschen nämlich in diesem Fall! Auf gleichem Felde ringt „Zwangsarbeit", der sehr inhaltreiche, wenn auch zurückhaltende Bericht des Internationalen Arbeitsamts, Genf 1929, vor dessen Forum gerade F. J. Furtwängler so viel rückhaltsloser verschleierte Zwangsarbeit in jeder Form bekämpfte. Aber auch die kluge Art der Erziehung der öffentlichen Meinung des Planeten, wie sie das Internationale Arbeitsamt mit der Veröffentlichung der Einwände, der rückständigen Ratifizierungen, der Staatenberichte, der Anbahnung von Normen pflegt, hat in wenigen Jahren große Erfolge aufzuweisen, die sich deutlich in den verdienstvollen Berichtsansammlungen der XII. Tagung zeigen. Ihre weisen Verfasser werden sicher dankbar sein, wenn sie das Temperament menschenfreundlicher Arbeiterführer zu einem rascheren

Tempo „zwingt", das ihnen nur willkommen sein kann!

Die Erneuerung eines Werkes, wie der von Sievers begründeten, von H. Meyer fortgeführten „Allgemeinen Länderkunde" nach dem Kriege bedeutet ein ganz ungewöhnliches Maß an Verantwortung; denn viele Tausende in Mitteleuropa hatten sich nach den stattlichen, bilder- und kartenreichen Bänden über die Weltteile ihr Urteil geformt und harrten ungeduldig der Neuzeichnung ihres Weltbildes. Nun liegt für die indopazifischen Räume endlich ein Band vor:

6. Prof. Dr. **Walter Geisler: „Australien und Ozeanien".** Leipzig 1930. Bibl. Institut. Farbentafeln; 28 Tafeln in Ätzung; 4 Kartenbeilagen; 47 Abbildg.-Karten, Profile und Diagramme im Text — 424 S. gegen 640 der 2. (Vorkriegs-)Auflage — die freilich die Polargebiete mit umfaßte. Stark zugunsten des festländischen Bestandteils Australien ist das innere Gleichgewicht verschoben. Wesentlich stärker klingen geopolitische Rücksichten an. Namentlich in den selbst vom V. gesehenen und durchforschten Teilen, aus offenbar im Laufe seiner jüngsten Forschung gewonnenen Überzeugungen, die Notwendigkeit, angesichts dieser Verantwortung, den Verfassern neuer Länderkunden eigenen Einblick in die wesentlichsten Lebensformen, besonders der von Mitteleuropa sehr verschiedenen Erdräume, zu verschaffen, die Unmöglichkeit, sich hier mit reinen Buchleistungen zu begnügen, betont Geisler selbst in seinem Vorwort mit Recht so stark, daß man gerade vom Standpunkt der „Geopolitik" nur beitreten und unterstreichen kann. Daß diese eigene Sicht vor allem der Gemeinwelt Australiens selbst zu gute kommen würde, war selbstverständlich, und drückt sich namentlich im Abschnitt VI: Wirtschaftliche und geopolitische Übersicht, mit größtem Nutzen aus. Der mehr ozeanische Teil ist — da dem V. leider Raum und Ausstattung beschränkt ward — darüber zu kurz gekommen; dem Deutschen ist der Abschied von dem am meisten ozeanischen Inselreich der Erde, das sein Eigen hätte bleiben können, zuleicht gemacht. Dafür aber danken wir dem V. so echt dynamische Karten, wie die Wirtschaftskarte von Australien (S. 363), den Mut seiner Werturteile, auch da, wo sie dem „sozialen Erdteil" unerfreulich lauten, wo dessen Vernachlässigung von Politik und Wirtschaft auf weite Sicht, dessen Raubbau zum Gericht kommen muß. Und wir danken ihm Klugheit und Tapferkeit seines geopolitischen Schauens!

Ähnliche Verantwortungen, wie wir sie auch schwer bei der Neuherausgabe von

7. **R. Kjellén: „Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege",** Leipzig 1930, B. G. Teubner, mit der Auflockerung des schweren Werks durch 80 Karten und Skizzen empfanden, lasten auch 8 auf den großen Nachschlagewerken in ihren Leitaufsätzen über die großen Länder, wie etwa dem IV. ausgezeichneten Band des Großen Brockhaus mit China.

Enthielten diese Sammelwerke gar nichts, als ihre großen und kleinen länderkundlichen Aufsätze, so würden sie in jedes Haus gehören, daß sie sich nach Kosten und Raum irgend leisten kann. Während kleinere Bücher oder Buchreihen auf knappen sachlichen Unterlagen über Riesenräume, wie „China" notgedrungen Sammlungen von Werturteilen sein müssen, bringt das Handbuch des Wissens nur alles sachlich einwandfrei Bekannte, dies aber in höchster Konzentration, und — wie im Großen Brockhaus — in höchst verwendungsbereiter Anordnung. Chinesische Kunst und Schrift sind so glücklich gefaßt und durch Bild erklärt, als auf so engem Raum möglich ist, und ein willkommenes Gegengewicht gegen die zu europazentrische Behandlung, die beide Gebiete zumeist in Sammeldarstellungen erfahren. Ein jüngst bei „Ceylon" vermißtes, gutes deutsches Buch von Trautz über die Insel fand sich an anderer richtigerer Stelle: ein Beweis mehr, wie gut und aufmerksam auch geopolitisch das Handbuch des Wissens seine Leser führt. Das neueste China-Werk:

9. **Georg Wegener: „China".** Eine Landes- und Volkskunde, Leipzig 1930, B. G. Teubner, 30 Abbildungen auf 16 Tafeln und 22 Text-

skizzen, hat freilich darin noch nicht Raum finden können. Darum kommen wir hier noch einmal auf das bisher zu flüchtig erwähnte Vermächtnis reifster Überschau des glänzenden Reiseschriftstellers (Zaubermantel!) und erfahrenen Verkehrsgeographen zurück, in dem er seine Chinakenntnis noch einmal ausgereift zusammenfaßt, in der Art, wie gerade ostasiatische Meister-Schwarzweiß-Zeichnungen das Wesentliche einer Landschaft und der darin erwachsenen Menschen geben. Mache man sich nur klar, was es bedeutet, das gleiche, was hier für die 450 Mill. Großchinas geschaffen wurde, für die ungefähr gleiche Zahl Europäer zu tun, und sie auf 233 S. durch ihre ganze Geschichte bis in die Dynamik von heute und morgen hineinzuführen! Dann erst wird man die volle Achtung für diese Meisterleistung von Zusammenraffung und doch scheinbar spielender Leichtigkeit geopolitischer Führung gewinnen.

Bewußtes Weltbild-Verantwortungsgefühl ihrer politischen Erzieherleistung adelt auch eine Reihe vorzüglicher kleinerer indopazifischer Neuerscheinungen:

10. **Gerhard Menz: „China“,** den würdigen Nachfolger von Glasenapps „Indien“, in der verdienstvollen Sammlung Grabowsky, Berlin 1930, Zentralverlag; 7 Karten; 88 S.; hier ist, wie in „Indien“, und den mit wesentlichen Lichtern indopazifisches Gebiet streifenden „Völkertoren“, von Richard Uhden gerade das geleistet, was Grabowskys Sammlung will: ein Taschenbuch zu Arbeit und Genuß für den körperlich oder geistig schwer Arbeitenden, der das Wesen eines Lebensraumproblems auf kleinem Raum will. Das kann ihm nur der mit seiner ganzen Persönlichkeit in ein vollendetes Werk geopolitischer Kleinkunst hineinschlüpfende Autor geben, der seine volle Sachkunde in eine Reihe wohlbegründeter Werturteile zusammenpreßt, also darin sein Bestes, die Quintessenz von Vorlesungen, Buch und Übung gibt: das, was sich aus vielen Bänden der geistige Mitarbeiter ausziehen würde, wenn er dazu käme! Dort findet er es gedruckt, für einen Betrag, um den ihm die eigenen Notizen keiner abschreiben würde! — Ähnliche Ziele sucht auf anderem Felde:

11. **Maximilian Esterer: „Chinas natürliche Ordnung und die Maschine“;** Stuttgart 1929, Cotta, als indopazifischer Typ in der Sammlung: Wege der Technik. „Ein moralisch für den Klassenkampf und physisch für die rationellen Methoden der Gütererzeugung überlegen ausgestatteter Mensch würde entstehen“ — „mit dem unchinesischen Chinesen“; „Ein industrialisiertes China wird Sibirien unabwendbar chinesich machen, und China an den Ural bringen“. — Das sind ein paar Sätze aus den Dynamik sprühenden nur 175 S. eines erfahrenen Weltwanderers, der nicht nur zu sehen, sondern zu schauen vermag: ein Augenöffner im besten Sinn! — Ein kulturpolitisches japanisches Seitenstück dazu liefert, als Ausnahme leider viel zu wenig schreibend, als zu viel der in Kioto und Osaka seit langem tätige

12. **Hans Überschaar: „Die Entwicklungstendenzen der japanischen Kultur und die Individualisation ihrer Menschen“.** Japanisch-deutsche Zeitschrift, Neue Folge, 2. Jahrgang, Berlin 1930, Walter de Gruyter, leider nur 11 S., aber in diese gepreßt die ganze Erfahrung von zwei Jahrzehnten tiefster, seelischer Fühlung mit der japanischen Kultur, in ihrer Knappheit ein würdiges Seitenstück zu

13. **F. Kanokogi: „Der Geist Japans“;** Leipzig 1930, Japaninstitut, von dem wir im Zusammenhang mit der Geistesleistung dieses Instituts im ganzen sprechen wollen.

In der Völkerannäherungsarbeit z. B. des Japaninstituts in den vorher erwähnten Schriften treten uns Spitzenleistungen evolutionärer Kräfte entgegen; wenn wir sie aber mit ernster Mahnung, auch nach den dort gezeigten dynamischen Einsichten zu handeln, an unsern zum Glück breiter und breiter werdenden Leserkreis weitergeben, so ist es, weil revolutionäre Kräfte von unerhörter Kühnheit und Wucht nicht lange mehr warten werden, bis sie das Heft, wenigstens im indopazifischen und asiatischen Kulturkreis, zu ergreifen suchen, wenn die evolutionäre Ent-

wicklung die Massen zu sehr durch ihre Langsamkeit enttäuscht!

14. Dafür gibt es kaum einen schlagenderen Beweis, als den uns vorliegenden Atlas; **Alex Radó: „Atlas für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung. 1. Der Imperialismus."** Verlag für Literatur und Politik; Wien-Berlin 1930. Mit einem Vorwort von E. Rothstein, Moskau — das sich auch die Mühe nimmt, mit der „Geopolitik" abzurechnen, deren Bewegung begrüßt wird, während der entstandene Versuch von zweifelhaftem Wert sei. Dessen ungeachtet bedient sich die Kartendarstellung durchaus der von der Geopolitik und Erdkunde gefundenen Mittel, auch ein wenig des Stoffes, wenn auch mit bewußt einseitiger wirtschaftlicher Einstellung und der Fiktion, als ob es erst 1875 einen Imperialismus gäbe, der doch ein so uraltes Inventarstück der Menschheit ist, wie die sieben Todsünden, unter denen sich bekanntlich auch der soziale Neid und seine Großorganisationen befinden. Aber nicht auf solche kleine Spitzfindigkeiten kommt es uns an, sondern darauf, die Kühnheit und Kraft zu zeigen, mit der in diesen 168 auf das Wesentliche mit packender Suggestion gestellten Blättern die furchtbare Ungerechtigkeit der Raumverteilung auf der Erde bloßgestellt ist, und die dynamische Wucht, die damit denen zugeführt wird, welche die Macht des Unrechts stürzen wollen. Daß sie dabei auch imperialistisches Unrecht im größten Stil verüben, wird bei der jeweils in einheitlichen Farbflächen angelegten Sowjetunion klug verschleiert, die sich selbst darin als die Herberge der Gerechtigkeit ipso facto darstellt. Aber sie hat eben so viel Unrecht zu zeigen, das unbestreitbar ist, daß sie selbst mit den eigenen Gewalttaten in Halbschatten zu treten vermag, und jedenfalls ihren Anhängern eine ausgezeichnete Unterlage zur Ausgestaltung ihres Weltbildes bietet.

Der langen Rede kurzer Sinn für Wesen und Ziele der Geopolitik aber bleibt: daß es für Erdkunde, wie Geschichte völlig nutzlos ist, die Augen gegen die Rolle der Geopolitik bei der Massenerziehung verschließen zu wollen. Denn, wenn sie dauernd die Hände davon lassen, wird dieses Erziehungsmittel mit seiner ganzen, nötigenfalls dämonischen Kraft in solche Hände geraten, die es nicht evolutionär verwenden wollen, sondern als Sprengstoff! Wer das bisher noch nicht geglaubt hat, überzeuge sich durch einen Einblick in den als Buchleistung geradezu gewinnend ausgestatteten Atlas von Radó, der jedem Salonkommunisten zur Zierde seines Arbeitszimmers gereicht, aber auch in keinem evolutionär eingestellten Arbeitsraum fehlen dürfte. Das ist die Spitzenleistung daran, wie bei einzelnen russischen Filmen: ein ausgezeichnetes Organ für das zur Massenerziehung Wesenhafte! Darin kann auch die feudalste Wissenschaft sehr viel von Radós Arbeit lernen, so sehr auch diese manchmal noch tief im Konventionellen steckengeblieben ist, z. B. beim Fortlassen des angelsächsisch-iberischen Gegensatzes im Atlantik (bei der Farbengebung), vielleicht auch bewußt im Weglassen aller imperialistischen Zeichen der Sowjettätigkeit in Mongolei, Mandschurei und Turkestan, die doch wohl auch zu den Tagesfragen gehören! Aber das sind gewollte Halbschatten neben vieler Wahrheit. Nannte nicht schon früher einmal eine welterschütternde Bewegung „auch die Tugenden der Heiden nur glänzende Laster?" — — Gibt es sozial nur eine marxistische Tugend? Auch vor dem im Vergleich zu ihr ewigen Antlitz der Erde?

Mit dieser Frage verabschieden wir uns in der alten Form eingehender Literaturberichte mit geopolitischer Führungsabsicht von den Lesern. Künftig sollen aus Raummangel nur Eingänge verzeichnet, und lediglich bahnbrechende Leistungen eingehend besprochen werden.

Diesem Hefte liegen Prospekte des Verlages Ferdinand Hirt, Breslau, und des Kurt Vowinckel Verlages bei.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckereiin Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

In Kürze erscheint:

COLIN ROSS

Der Unvollendete Kontinent

Mit 104 Abbildungen und einer Karte. Geheftet RM 6.30, Ganzleinen RM 8.—

Nach Amerika, Asien, Afrika nun Australien — damit ist der Kreis geschlossen, die Aufgabe gelöst, die sich Colin Ross nach dem Weltkrieg gestellt hat, die großen Zusammenhänge der politischen und wirtschaftlichen Fragen der Welt zu untersuchen und in Form spannender Reiseberichte wiederzugeben. Die Untersuchung des Problems Australien bildet gegenwärtig vielleicht die Hauptaufgabe weltpolitischer Forschung. „Der Unvollendete Kontinent", gesehen mit den Augen von Colin Ross und zergliedert in seiner malerischen, lebendigen, reizvollen, immer den Kern der Sache treffenden Schilderung, ist viel mehr als eine Reisebeschreibung. Er berichtet — um nur einiges in Stichwörtern aufzuführen — von Einfuhr und Ausfuhr, von Handel und Fabrikation, von Viehzucht und Ackerbau, von sozialer Gesetzgebung und Arbeiterfragen, von Steinzeitmenschen und aussterbenden Tieren, von Landflucht und Verstädterung, von Wollauktionen und Erzgewinnung, von Eisenbahnen und Autostraßen, von Schule und Häuslichkeit, von Einwanderungsfragen und dem Schaf, „das alles zahlt", von der „Doktorstraße" und der „Stadt auf Bestellung", von einem See ohne Wasser, von dem Land, in dem es seit sieben Jahren nicht regnete, vom australischen Ruhrgebiet, von den „Verbrechern", die als Verschickte als erste in Australien siedelten. **Es ist das erste Werk, das über Australien nicht nur berichtet, sondern das diesen Erdteil in unsern politischen Blickpunkt rückt und damit seine enge Verflechtung in die wirtschaftlichen und politischen Fragen der übrigen Welt aufdeckt.**

Die früheren Werke von Colin Ross:

Südamerika, die aufsteigende Welt. 4. Auflage. 314 Seiten Text, 54 Abbildungen und 2 Karten. Geheftet RM 7.—, in Ganzleinen RM 9.—.

Der Weg nach Osten. **Reise durch Rußland, Ukraine, Transkaukasien, Persien, Buchara und Turkestan.** 2. Auflage. 312 Seiten Text, 50 Abbildungen und 1 Karte. Geheftet RM 6.30, in Halbleinen RM 8.—.

Das Meer der Entscheidungen. **Beiderseits des Pazifik.** 3. Auflage. 333 Seiten Text, 97 Abbildungen und 7 Karten. Geheftet RM 7.—, in Ganzleinen RM 9.—.

Heute in Indien. 2. Auflage. 340 Seiten Text, 80 Abbildungen und 1 Karte. Geheftet RM 7.—, in Ganzleinen RM 9.50.

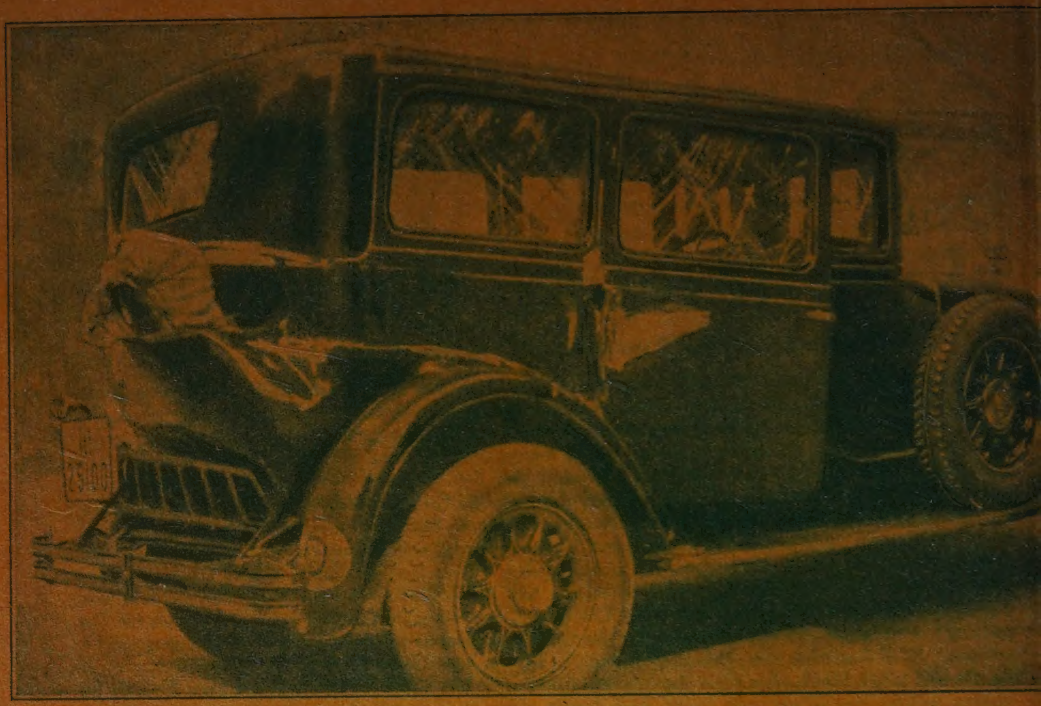
Die erwachende Sphinx. **Durch Afrika vom Kap nach Kairo.** 3. Auflage. 312 Seiten Text, 112 Abbildungen und 13 Karten. Geheftet RM 7.—, in Ganzleinen RM 9.50.

Mit Kamera, Kind und Kegel durch Afrika. 7. Auflage. 180 Seiten Text und 32 Abbildungen. Geheftet RM 3.25, in Ganzleinen RM 4.—.

Die Welt auf der Waage. **Der Querschnitt von 20 Jahren Weltreise.** 7. Auflage. 190 Seiten Text. Geheftet RM 3.25, in Leinen RM 4.—.

Verlangen Sie kostenlos und unverbindlich die reichbebilderten Prospekte.

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG



ZUSAMMENSTOSS
HORCHWAGEN – EISENBAHN

– – – Die sechs Insassen unverletzt – – –

Kinonglas splittert nicht!

K.G. Kinonglas splittert nicht

RÖDER, MEYER & Co.
Berlin-Hohenschönhausen 5
Tel.: E 5 Lichtenberg 5221.